

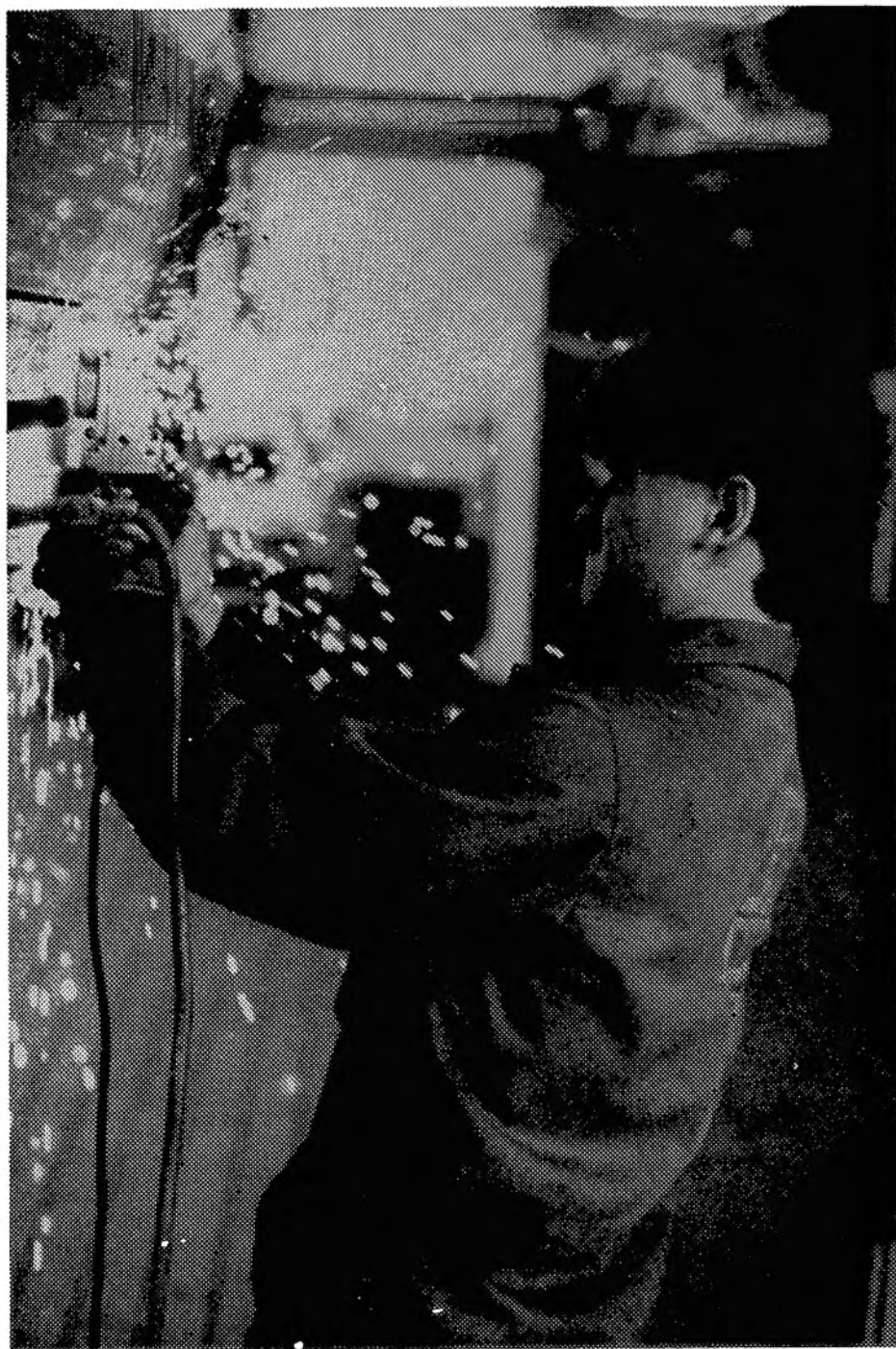
Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



13. Juli 1985
Jg. 6 Nr. 14

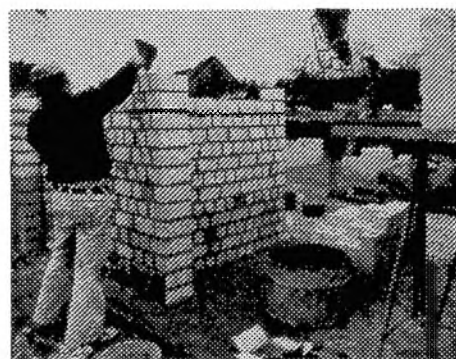
G 7756 D Preis:
2,50



Weißbuch 1985: Umfassendes Konzept zur Steigerung der Bundeswehrkriegsfähigkeit Seite 8



Demokratisches Kampuchea: Versuch der selbständigen Entwicklung, gestützt auf die armen Bauern Seite 10



Wohnungseigentum (II): Zusammenhang von Einkommenshöhe und Wohneigentum. Die Erwerber von Wohneigentum Seite 30

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK - 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

EG: Der BRD-Imperialismus macht beunruhigende Fortschritte bei der "Neuordnung Europas" 4

Sozialhilfe: Erhöhung nur für Einige, weniger in vielen Fällen... 7

Überstunden: Sollen die Zuschläge fallen?..... 7

Weißbuch 1985: Umfassendes Konzept zur Steigerung der Bundeswehrkriegsfähigkeit 8
Ausbildung und Erziehung der Soldaten..... 9

Auslandsberichterstattung

Demokratisches Kambodscha: Versuch der selbständigen Entwicklung, gestützt auf die armen Bauern 10
China-Vietnam: Erneuter Krieg nicht ausgeschlossen..... 11

Libanon: Friedensabkommen ohne die PLO 14

Zimbabwe: ZANU/PF gestärkt, aber Kolonialist Smith hielt sich .. 14

Brasilien: Streikniederlage der Gewerkschaften 14

Dänemark: Brauereiarbeiterstreik ergebnislos abgebrochen ... 15

VR Polen: Isolierung der Arbeiter durch Bildung von Gemeinwohlorganisationen..... 15

Internationale Meldungen..... 16

Aus Parteien und Verbänden

Veröffentlichungen

Dokumentation: Zukunft der Frauenarbeit 18
"Rekommunalisierung der Energieversorgung" 18
Beseitigung jeglichen Mieterschutzes gefordert..... 18
Gewerkschaftsjahrbuch 1985: genauer Überblick..... 18
"Mut zur Menschlichkeit, der alle Menschen einschließt" 19

GRÜNE: Hagener Parteitag — Noch ist nichts verbaut..... 19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten..... 21

Fahrpreisauseinandersetzung: Heilbronn: Tarifierhöhungen

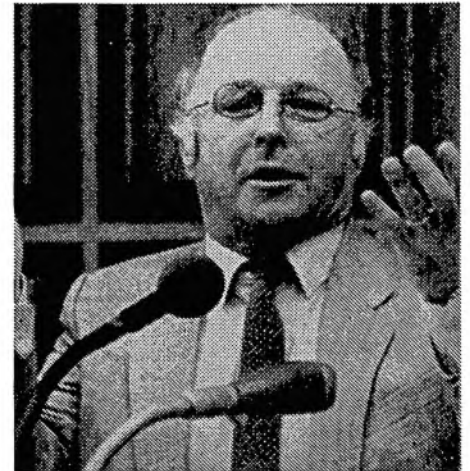
München: Polizeiaktion gegen WAA-Widerstand

Am Freitag, den 28. Juni, wurden in München sechs Wohnungen, eine Druckerei und der Infoladen von der Polizei und LKA-lern durchsucht. Außerdem eine Wohnung in Westberlin und eine in Regensburg, sowie am 2. Juli die Presseshütte der Blockierer in Mutlangen, wobei eine Person in U-Haft genommen wurde. Anlaß der Aktion, so der Durchsuchungsbeschuß, eine Erklärung aus dem WAA-Widerstand und der Aufruf zu weiteren Aktionen in Schwandorf (§111: "Aufruf zu Straftaten") in der Zeitschrift "Freiraum". Daß die Hausdurchsuchungen erst zwei Monate nach Erscheinen des "Freiraums" durchgeführt wurden, bestätigten die Annahme, daß es den bayerischen Behörden nicht in erster Linie um besagten Artikel ging. Auf der einen Seite wollte man sich wohl Einblick in die sich in den letzten Monaten entwickelnden Strukturen der anarchistisch-autonomen Szene in München verschaffen, auf der anderen Seite bereits frühzeitig den Widerstand gegen den im August erwarteten Baubeginn der WAA kriminalisieren und spalten. Dazu paßt auch ein Artikel in der Regensburger Zeitung "Die Woche" vom 30.5.85, wo unter Berufung auf das Bayerische LKA eine "RAF-Gruppe Süd" konstruiert wurde, die die Gegend mittels "erfahrener Widerstandsprofis" zu einem "Schwerpunkt terroristischer und widerständlicher Aktivitäten" machen wolle.— (ror)

"Flexi"-Appell von Regierung und Kapitalisten

Am 25.6. hat die Bundesregierung mit der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände sowie anderen Kapitalistenverbänden eine "gemeinsame Erklärung" herausgegeben. Die Erklärung benennt mehrere gemeinsame Absichten von Regierung und Kapitalisten insbesondere bei der Bundesanstalt für Arbeit und in den Krankenkassen. Eröffnet wird sie mit einem Appell an alle Kapitalisten, die Vorteile des neuen Beschäftigungsförderungsgesetzes zu nutzen. Wörtlich heißt es, die Kapitalisten sollten die "Instrumente und Regelungen des Beschäftigungsförderungsgesetzes" so weitgehend wie möglich einsetzen. "Die erweiterte Möglichkeit des Abschlusses befristeter Arbeitsverträge wird von der Wirtschaft begrüßt." Die Kapitalisten werden zur "Ausweitung des Angebots an Teilzeitarbeitsplätzen" und zur "Flexibilisierung der Arbeitszeit und Arbeitsorganisation" aufgerufen. Bundesregierung und Kapitalisten stimmen darin überein, "weitere Kostenbelastungen der Arbeit, insbesondere im Bereich der Lohnnebenkosten, zu vermeiden", heißt es dann. Das ist eine deutliche Warnung an die Krankenkassen, die

Krankenversicherungsbeiträge nicht — wie von verschiedenen Kassen bereits angekündigt — zum 1.1.87 zu erhöhen, sondern die "Kostendämpfung" voranzutreiben. Regierung und Kapitalisten sind sich schließlich einig, daß die Bundesanstalt für Arbeit "die arbeitsmarktpolitischen Instrumente ... zur Wiedereingliederung der von Arbeitslosigkeit Betroffenen und zur Stärkung der beruflichen Mobilität und Qualifikation intensiver nutzen"



Norbert Blüm verkündet die "gemeinsame Erklärung"

soll. Die "arbeitsmarktpolitischen Instrumente" der Bundesanstalt bestehen vornehmlich in der Sperrung des Arbeitslosengeldes, sobald ein arbeitsloser Lohnabhängiger nicht die Beschäftigung eingeht, für die ihn ein Kapitalist anfordert, sowie in der Übernahme von Lohnkosten der Kapitalisten in Form von "Umschulungshilfe", "Fortbildungshilfe" und "Wiedereingliederungshilfe". Sowohl im Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit wie in den Verwaltungsräten der Krankenkassen können die Gewerkschaftsvertreter solchen Plänen entgegengetreten.— (rül)

DGB: Gegen SDI, für stabile NATO

Der DGB-Bundesvorstand hat am 2. Juli eine Erklärung veröffentlicht, in der er eine Beteiligung der Bundesregierung an dem US-Weltraumwaffenprojekt SDI und an der "Militarisierung des Weltraums" ausdrücklich ablehnt. So weit, so gut. Der DGB-Bundesvorstand hat diese Ablehnung von SDI und Weltraumwaffen aber mit einer Begründung versehen, die sowohl die Stabilität des NATO-Bündnisses wie auch die Bemühungen der Bundesregierung und anderer EG-Staaten, das EG-Rüstungsprogramm "Eureka" zu starten, zum Anliegen der Gewerkschaften macht. Wörtlich heißt es in der Erklärung: "SDI zielt nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand ausschließlich auf die Sicherung des amerikanischen Kontinents ab. Dies würde das Entstehen von Zonen ungleicher Sicherheit und damit die Gefährdung

der Stabilität des NATO-Bündnisses bewirken." Daß die US-Regierung mit SDI den US-Kontinent "sichern" will, ist eine Beschreibung des SDI-Projekts, wie man sie sonst nur von Leuten wie Reagan, Kohl oder Strauß hört. Tatsächlich geht es den US-Imperialisten bei SDI um die "Sicherung" eines Angriffs auf die Sowjetunion. Und daß mit "SDI" "Zonen ungleicher Sicherheit" entstehen können, hat lange vor dem DGB-Vorstand schon Leute wie Strauß veranlaßt, eine "europäische SDI-Ergänzung" zu verlangen — zwecks Vernichtung sowjetischer atomarer Kurz- und Mittelstreckenraketen. Will der DGB-Vorstand etwa solche Rüstungsprojekte unterstützen? "Die Bundesregierung sei vielmehr aufgefordert, auf eine verstärkte europäische Zusammenarbeit in der zivilen Forschungspolitik hinzuwirken, um die wirtschaftliche und technologische Unabhängigkeit Europas zu erhalten und auszubauen", heißt es in der DGB-Erklärung weiter. Eine stabile NATO durch ein starkes Europa? Solche "Opposition" gegen das SDI-Programm schadet Kohl nicht, sie nutzt ihm. — (rül)

SPD-Programmdebatte: Apel für geringere Kapitalsteuern

Der ehemalige Finanzminister Hans Apel hat — bisher nur mündlich — "Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Unternehmensbesteuerung" vorgestellt. Als Leiter der vom SPD-Vorstand eingesetzten Arbeitsgruppe "Steuern und Abgaben" steckte er damit den Rahmen ab für den entsprechenden Abschnitt im neuen Grundsatzzprogramm der Sozialdemokraten. Allgemein zusammengefaßt "gehe es darum, die steuerlichen Strukturen so umzugestalten, daß Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erhalten und gesteigert werden". Im einzelnen:

Apel wirft das bisherige sozialdemokratische Lieblingsstück von der "arbeitsplatzschaffenden Investitionslenkung durch Steuern auf Spekulantengewinne" über Bord. Dividenden u.ä. dürften gegenüber dem nichtentnommenen Unternehmensgewinn nicht stärker besteuert werden. Er übernimmt die Kritik der Union, daß Investitionslenkung "technisch unmöglich" und bürokratisch sei.

Stattdessen müsse eine "gerechtere und anlageneutrale Besteuerung" dafür sorgen, daß sich die Eigenkapitalbasis verbessere. Dazu soll die sog. doppelte Vermögenssteuer (belastet wird sowohl die Kapitalgesellschaft als auch der Anteilseigner) beseitigt werden, ein Vorschlag, wie ihn auch die Regierungskoalition diskutiert. "Kleinere und mittlere Unternehmen" dürfen steuersenkend "Investitionsrücklagen" bilden, was ihre "Innenfinanzierung" erleichtere. Die Gesellschaft- und Börsenumsatzsteuer schließlich sollen fallen, "weil sie zunehmend für eine Abwanderung von Anlagekapital an ausländische Börsenplätze sorgten".

Die Steuern, die die Unternehmen zwecks höherer Kapitalschlagkraft weniger zahlen, kämen durch mehr Steuern von Immobilien- und Geldvermögensbesitzern wieder herein: Die "mittelständischen Anleger" will Apel zum Kauf von Aktien und Industrievermögen treiben.

Gegenüber dem Gewerkschaftsflügel stellt Apel klar, daß bei eventuell erneuter SPD-Regierung die Abgaben aufs Kapital nur neu geordnet werden, um die westdeutschen Imperialisten gegenüber der Konkurrenz zu stärken. Den "Wertschöpfungsbeitrag", den die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD fordert, um die Einnahmen der Rentenkassen zu erhöhen, lehne er ab, wenn die Unternehmen mehr zahlen müßten. — (alk)



Das Landesarbeitsgericht Hessen hat den Landesbezirk der IG Druck und Papier verurteilt, 80000 DM Schadensersatz an den Eigentümer der TER-Druckerei in Frankfurt zu zahlen. Die IG Druck verhinderte im April und Mai 1979 durch Streik (Bild), daß bei TER Streikbruchausgaben der Londoner "Times" gedruckt wurden. Die IG Druck hat Berufung eingelegt. — (uld)

beschlossen 22

Revanchismus: Stadt Essen soll Patenschaft über "Hindenburg" kündigen. 22

Lehrerausbildung in Bayern: Vorbereitungsdienst nur als Beamter. 23

Schulname: Bürgermeister diffamiert Edelweißpiraten. 23

Halbleiter-Industrie: Der Boom geht rapide zu Ende: Personalabbau und Schichtarbeit 24

Berufliche Bildung Nds.: Albrecht gegen Gewerkschaftsforderungen. 25

Kindertagesheime: Senat plant Zerschlagung des Betriebsrates... 25

Faschistische Schülerpresse: Konservative, Polizei und Justiz schützen faschistische Umtriebe. . 26
Schülerburschenschaft. 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung. 28

Berufsverbote MLPD: Extensive Anwendung von Beamtenrecht und KPD-Verbot 29

Sozialstatistik

Wohneigentum: (II) Die Erwerber von Wohneigentum 30

Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

Bücher: Frauen in der Dritten Welt 32

Großbritannien: Unruhe bei den Tories— Pym für die Volksgemeinschaft. 33

Katholische Soziallehre: Blüms Theorie von der "Selbstbeschränkung" der Gewerkschaft ... 34

Spezialberichte

Liberalismus / Faschismus: Führende FDP-Politiker wollen populär machen, daß Arbeiter wie Sachen behandelt werden. 36
Nationalsozialisten zur Sozialversicherung und Sozialpolitik der Nationalsozialisten. 37
Die liberale Ordnung des Prof. Dahrendorf. 39

Titelbild: Foto: Jugendlicher in der Autowerkstatt, mst, HH

S. 40: Neue Vertriebsbedingungen!

Mailänder Gipfel der EG

Der BRD-Imperialismus macht beunruhigende Fortschritte bei der "Neuordnung Europas"

Nach "schwierigen, teilweise heftigen und dramatischen Verhandlungen" habe jetzt die "Stunde der Wahrheit" für die europäische Einigung geschlagen, die BRD bleibe die "Speerspitze beim Kampf" um die Reform der Gemeinschaft— die Verlautbarungen der Bundesregierung nach dem Mailänder EG-Gipfel klingen sehr zufrieden. Sie ist überzeugt, daß inzwischen der Prozeß der Verschmelzung von EG-Apparat— also der EG-Kommission und der EG-Behörden — mit europaweit tätigen Monopolen so feste Formen angenommen hat, daß sich eine Art imperialistischer "Staat EG" mit allen Attributen eines imperialistischen Gewaltapparates unwiderruflich bilden wird. Für die Arbeiterbewegung in den einzelnen EG-Staaten bedeutet diese Entwicklung, wenn sie sie nicht stoppen kann, daß sie es bald nicht mehr nur mit einem "nationalen" Gewaltapparat der Bourgeoisie in den einzelnen EG-Staaten zu tun haben wird, sondern auch noch mit einem über diesen nationalen Gewaltapparat wirkenden, mit den großen Monopolen in der EG fest verschmolzenen "europäischen" Gewaltapparat, der ihr als zusätzlicher Feind mit Interventionsrecht in allen EG-Staaten gegenübersteht. Der Mailänder Gipfel hat dieser Entwicklung gleich mehrere weitere Anstöße verschafft.

"Eureka" kann beginnen— ein Rüstungsprogramm der EG

So beschlossen die Regierungschefs einstimmig, das Rüstungs- und Technologieprogramm "Eureka" in Angriff

zu nehmen. Am 13. Juli soll in Paris eine erste Konferenz von Regierungsvertretern und Kapitalisten tagen. Wegen der Einzelheiten dieses Programms ist der EG-Kommissionschef Delors in den letzten Wochen bereits bei fast allen großen Monopolen in der EG und selbst in Staaten außerhalb der EG vorstellig gewesen. "Eureka" soll insbesondere im Bereich der Raketentechnik, Satellitenentwicklung, elektronische Bauteile und Kommunikationstechnik die Kapitalisten in den EG-Staaten mit beträchtlichen Zuschüssen versorgen, so die militärische Rüstung der EG-Staaten vorantreiben und zugleich die Position der großen Monopole im Wirtschaftskrieg mit den USA und Japan verbessern.

Am 27.6. meldete das "Handelsblatt", daß die Elektrokonzerne Thomson (F), General Electric (GB), Philips (NL) und Siemens (BRD) am 26.6. in Paris vereinbart haben, für sechs gemeinsame Projekte Mittel aus dem "Eureka-Programm" zu beantragen. Diese Projekte sind: Ein neuer "Supercomputer", für dessen Entwicklung die Elektrokonzerne von der EG 800 Mio. DM verlangen, neue hochintegrierte Schaltungen mit Schaltzeiten unter einer Pico-Sekunde (4 Mrd. DM), flexibel automatisierte Montagesysteme (500 Mio. DM), eine gemeinsame Fabrik für Software-Werkzeuge (700 Mio. DM) sowie ein "lernfähiger flexibler Roboter", für dessen Entwicklung die EG im "Eureka"-Programm 300 Mio. DM zahlen soll. Allein diese Elektrokonzerne verlangen so von der EG "Eureka-Mittel" in Höhe

von 6,3 Mrd. DM.

Ebenfalls am 26.6. berieten in Bonn die Außen-, Verteidigungs- und Forschungsminister der BRD und Frankreichs, wie die Entwicklung von militärischen Satelliten sowie von Raketenwaffen mit "Eureka" vorangetrieben werden kann. Schließlich steht schon jetzt fest, daß auch Vertreter westeuropäischer Regierungen und großer Konzerne von außerhalb der EG an "Eureka" teilnehmen werden. Die norwegische Regierung hat gefordert, eine zwischen Norsk Data und dem französischen Rüstungsunternehmen Matra vereinbarte "Entwicklung eines kompakten Wissenschaftscomputers" mit "Eureka"-Mitteln zu fördern. Auch die Schweizer und die österreichische Regierung scheinen fest entschlossen, sich an "Eureka" zu beteiligen. Sollte die österreichische Beteiligung zustandekommen, wäre das der bisher schwerste Verstoß gegen den österreichischen Staatsvertrag, der jede militärische Kooperation mit der BRD verbietet. Knapp ein Jahr, nachdem der italienische Außenminister Andreotti die "pangermanischen" Bestrebungen der Regierung Kohl und der österreichischen Regierung, diesen Friedensvertrag außer Kraft zu setzen, angegriffen hat, wäre damit dieser Widerstand durch eine von der gesamten EG getragene Aktion überwunden.

Abgasvorschriften für PKW: BRD ist Hauptnutznießer

Auch für eine andere wichtige Branche haben die Innen- und Umweltmini-

"Erziehungsurlaub" — Geißlers Angebot an die Kapitalisten

Die Union bemüht sich um sozialen Anstrich. Gegen den Widerstand der FDP und Proteste der Unternehmer habe Familienminister Geißler folgende Koalitionsvereinbarung durchgesetzt: Künftig könnten Erziehende, in der Praxis also Mütter, bis zu zehn Monate nach der Geburt Erziehungsurlaub machen. Der Unternehmer sei verpflichtet, sie hernach wieder einzustellen, wobei halt Ausnahmen für "Existenzgefährdung" bei Kleinbetrieben und Stilllegungen gemacht werden mußten. Außerdem zahle der Staat in diesem Zeitraum ein Erziehungsgeld in Höhe von 600 DM monatlich. Wir wollen auf folgende Feinheit hinweisen: Z.B. eine Sachbearbeiterin nehme Geißlers Angebot in Anspruch. Ihr Kapitalist rekrutiert aus der wieder wachsenden Zahl von Frauen, die auf den Arbeitsmarkt zurückdrängen,

eine "Ersatzfrau"— Blüm hat die gesetzliche Grundlage für ihren befristeten Vertrag geschaffen. Der Konkurrenzdruck ("vielleicht ist eine feste Anstellung drin") sorgt fast von selbst dafür, daß neue Arbeitsnormen durchgesetzt sind, die die zurückkehrende "Erziehungsurleuberin" zu schlucken hat. — (alk)

"Vertreibungslüge"-Gesetz soll angewandt werden

Einen ersten Versuch, mit dem neuen § 194 im 21. Strafrechts-Änderungsgesetz revanchistische Hetze zu erzwingen, hat Edmund Stoiber, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, eingeleitet. Den deutsch-sowjetischen Film "Das Ufer" solle der Intendant des Bayerischen Rundfunks am 7. Juli in der ARD nicht senden. Der Film, der von der Roten Armee im Jahr 1945 in Berlin handelt, verharmlose die "massenhaften, offiziell geförderten Übergriffe und Mißhandlungen". Sozio-

logie-Professor Wilfried Schlaw hat die Staatsanwaltschaft und den Polizeipräsidenten in Köln aufgefordert, gegen die Sendung im WDR einzuschreiten. Über den Film müsse angenommen werden, daß er die an deutschen Frauen in den Vertreibungsgebieten begangenen Verbrechen verharmlose. Schlaw verweist auf die Pflicht der Behörden, von selbst einzuschreiten, wenn "Opfer einer Gewaltherrschaft beleidigt werden". — (düb)

§ 218: ÖTV protestiert gegen Verfassungsgerichtsklage

Das Kabinett Rheinland-Pfalz und der Landesjustizminister bereiten eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht zur Änderung des § 218 vor. Sie halten die Bestimmung der Reichsversicherungsordnung, wonach bei Schwangerschaftsabbruch aufgrund einer sozialen Notlage (soziale Indikation) die gesetzliche Kran-



Päpstlicher Segen für ein aggressives Bündnis: Am 20.5. besuchte Papst Johannes Paul II die EG-Kommission in Brüssel.

ster einen schweren EG-internen Handelskrieg abgewendet, als sie sich am 27.6. auf gemeinsame Mindestvorschriften für die Abgasentgiftung bei PKWs einigten. Die von der Bundesregierung beschlossenen Steuererleichterungen für "Katalysator"-Autos können damit wie geplant zum 1. Juli in Kraft treten und werden insbesondere Konzernen wie Daimler-Benz, BMW und Audi zugutekommen, während die sowieso schon durch schrumpfenden Absatz angestachelte Konkurrenzkampfschlacht im Bereich kleiner PKWs durch die Anhebung der westdeutschen Kfz-Steuer für kleine Fahrzeuge noch schärfer wird.

"EG-Binnenmarkt bis 1992" und Änderung des EG-Vertrags

Um einen "einheitlichen Binnenmarkt bis 1992" auch für andere Bereiche voranzutreiben, billigten die

Regierungschefs sodann einstimmig ein Weißbuch der EG-Kommission. Laut Presseerklärung der EG-Kommission enthält dieses Weißbuch u.a. folgende Festlegungen:

- Die Gesetze über den Waffenbesitz sollen bis 1988, die Gesetze gegen Drogenhandel bis 1989, die Meldegesetze, die Gesetze über Flüchtlinge und Asylbewerber und die Visagesetze bis 1990 "vereinheitlicht" werden, die Gesetze über Ausweisungen und Auslieferungen bis 1991;

- bis 1989 will die Kommission die Gesetze über Pharmazeutika, ein Jahr später die Lebensmittelgesetze vereinheitlichen;

- Schließlich schlägt die Kommission eine Änderung des EG-Vertrags vor, insbesondere der Vorschriften über Einstimmigkeit bei Entscheidungen der EG-Ministerräte über die weitere Steuerharmonisierung, über EG-

weite Industrienormen und andere "Fragen der Wettbewerbspolitik".

Die Billigung des Weißbuchs durch die Regierungschefs enthält damit gleich zwei gefährliche Elemente:

- Ihre Einigung über weitgehende Kooperation in allen Fragen der "inneren Sicherheit" bekräftigt die konterrevolutionäre Zusammenarbeit zwecks Niederhaltung der Arbeiterbewegung in der EG und ist eine direkte Drohung gegen Lohnabhängige und Bauern, daß jeder Widerstand gegen die "wirtschaftliche Neuordnung" der EG unterdrückt werden wird;

- Die Beseitigung von Expansionschranken für die großen Industriemonopole insbesondere im Bereich der Automobilindustrie, der Rüstungs- und Elektroindustrie, der chemischen Industrie und der Lebensmittelindustrie treibt die Konzentration und Zentralisation von Kapital voran und stachelt die Kapitalisten, denen damit ein 320 Mio. Menschen umfassender Markt offensteht, zu neuen Angriffen auf die Lohnabhängigen in allen EG-Staaten an.

Zu befürchten ist, daß insbesondere die BRD-Monopole bei diesem neuen "Einigungsschub" gewinnen werden. Schon jetzt sind ihre Kriegskassen gefüllt wie lange nicht mehr. 1985 rechnen westdeutsche Großbanken mit einem Anstieg des Exportüberschusses der BRD in die EG auf 27 bis 30 Mrd. DM.

Diese weitreichenden Beschlüsse der Regierungschefs sind auch der Grund, warum Kohl und andere auf eine Neufassung des EWG-Vertrages drängen. Die für die kommenden Jahre geplante "wirtschaftliche Neuordnung" findet nämlich bei weitgehend stagnierenden oder sogar schrumpfenden Märkten statt, jedenfalls in so wichtigen Branchen wie der Automobilindustrie, im Agrarbereich, bei

kenkasse die Kosten erstattet, für verfassungswidrig. Die ÖTV hat in einem Brief an Vogel (CDU) dagegen protestiert, 1983 seien 80 Prozent aller legalen Schwangerschaftsabbrüche durch soziale Notlage begründet worden. – (düb)

"Städtebauförderung" mit Folgen für den Arbeitsmarkt

Finanzminister Stoltenberg will mit den im Haushalt vorgesehenen Mitteln für die Bauwirtschaft nicht bloß den unzufriedenen Unionsanhang im Handwerk beruhigen; er beabsichtigt durchaus auch "beschäftigungswirksame" Folgen. Der Posten "Stadtplanung" (1986 und 1987 jeweils eine Mrd. DM) sieht insbesondere Gelder für "Dorferneuerung" vor. Zusammen mit der ebenfalls vom Kabinett beschlossenen kürzeren Abschreibung von neuen Fabrik- und Bürogebäuden (Steuerausfall ca. vier Mrd. DM) bewirkt das, daß die Kapitalisten billigt

Schreibbüros und Montageschuppen in den ländlichen Regionen hochziehen können. Die bisher durchs Eigenheim gebundene weibliche Arbeitskraft könnte dann in Teilzeit, "Hausfrauen-schichten" oder ähnlichem auf den Arbeitsmarkt geführt und zum Druck auf die Beschäftigten in den Städten genutzt werden. Die Lohnabhängigen bekämen die "Bauförderung" nicht nur als schärfere Konkurrenz zu spüren: Die Gemeinden sind verpflichtet, ergänzend Gelder für Bauinvestitionen bereitzustellen – mit geringeren kommunalen Leistungen für Lohnabhängige ist dann zu rechnen. – (alk)

Demonstrationsrecht: Straße frei für die Polizei

Die Regierungsfaktionen haben gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN folgende Verschärfungen des Demonstrationsrechts beschlossen: Im Versammlungsgesetz wird das "Mitführen von Schutz Waffen" und von Ge-

genständen, die der Polizei die Identifizierung von Demonstrationsteilnehmern erschweren, verboten, das Verbot kann für angemeldete Versammlungen und Demonstrationen aufgehoben werden. Die Polizei kann als Ordnungswidrigkeit verfolgen, wenn Demonstranten nach ihrer Auffassung verummmt sind. Dem Landfriedensbruchparagrafen (§ 125) im Strafgesetzbuch ist hinzugefügt, daß mit Geldstrafe oder Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft werden kann, wer sich mit "Schutz Waffen" oder verummmt in einer "gewalttätigen Menschenmenge" aufhält, wenn er Aufforderungen der Obrigkeit nicht nachkommt, die Versammlung zu verlassen. Die Änderung des § 303 StGB (Verfolgung von Sachbeschädigung) ermöglicht den Gerichten tätig zu werden, ohne daß die Geschädigten Anzeige erstatten, wenn Sachschäden durch Demonstrationen oder Versammlungen entstehen. – (uld)



"Auch im Norden ist jetzt keine Ruhe mehr", stellt das von der EG-Kommission herausgegebene "EG-Magazin" in seiner neuesten Ausgabe zu den Streiks in Dänemark fest (links). Rechts: Am 14.6.85 unterzeichneten die BRD, Frankreich und die Benelux-Staaten ein Abkommen über "offene Grenzen" sowie intensivere Polizeikooperationen.

Stahl, Werften usw. Sie wird also noch ganz anders als bisherige "Einigungsanstrengungen" als Vernichtungskonkurrenz ausgetragen werden, mit damit einhergehender Verödung riesiger Regionen, mit Verelendung hunderttausender von Lohnabhängigen und Bauern usw. Um den dagegen zu erwartenden Widerstand niederschlagen zu können, drängt insbesondere die BRD auf eine Stärkung des "Mehrheitsprinzips" bei EG-Entscheidungen. Zudem verlangt sowohl die BRD, aber auch Frankreich, eine ausdrückliche Anerkennung militärischer Allianzen wie der WEU als "Teil des europäischen Einigungsprozesses". Der EG-Vertrag soll auch förmlich zum Kriegspakt werden. Im Herbst soll darüber eine Konferenz von Regierungsvertretern beraten. Auf dem nächsten Gipfeltreffen im Dezember in Luxemburg soll die Vertragsände-

rung unterzeichnet werden. Bis dahin werden insbesondere die BRD und Frankreich ihren Druck auf Dänemark und Griechenland, die die Vertragsänderung abgelehnt haben, vervielfachen. Bei der britischen Regierung dürfte ein solches Verfahren wenig Aussichten haben. Diese hat aber sowohl der Schaffung des "europäischen Binnenmarktes bis 1992" wie auch dem Projekt Eureka zugestimmt, so daß eine Einigung möglich ist.

Am 28.6. hat Helmut Kohl die Entscheidungen des Mailänder Gipfels mit einem Aufruf zu allgemeiner "Vergangenheitsbewältigung" in der EG verbunden, frei nach dem Motto: Die BRD-Bourgeoisie "bewältigt" ihren faschistischen Versuch der "Neuordnung Europas" vor 50 Jahren, andere "bewältigen" ihre Kolonialverbrechen usw. Gegenüber der französischen Zeitung "L'Express" erklärte

er: "Ich weiß mich mit dem Präsidenten Mitterrand darin einig, daß unsere beiden Völker den geschichtlichen Auftrag haben, Motor zu sein für ein Europa, das seine Kräfte stärker als bisher bündeln muß, ... das sich endlich frei macht von Minderwertigkeitskomplexen, die es sich selbst einredet und für die es nicht den geringsten Grund gibt." Der gönnerhafte Ton, den Kohl anschlägt, ist ein warnendes Zeichen dafür, wie sicher sich die BRD ist, das zusammengeprügelte Bündnis "EG" zu dominieren.

Quellenhinweis: Arbeitsprogramm der EG-Kommission für 1985, Brüssel; Handelsblatt, FAZ, 27.6. bis 4.7.85; Pressemitteilung der EG-Kommission vom 15.6. über ihr Weißbuch "Europäischer Binnenmarkt bis 1992"; Bundesbank, Außenhandelsstatistik, Juni 1985; Entwurf eines Vertrages über die Europäische Union, 29.6.85— (rül)

Die "Terrorbilanz" des BKA: Stimmungsmache gegen Linke

Zwei Wochen nach dem weiterhin ungeklärten Bombenanschlag auf den Frankfurter Flughafen veröffentlichte das Bundeskriminalamt, es habe von Januar bis Mai dieses Jahres 160 "politisch motivierte" Brand- und Sprengstoffanschläge registriert, die "überwiegend" von sogenannten Linksextremisten durchgeführt worden seien. Die Zeitschrift "Innere Sicherheit" des Innenministeriums berichtet für denselben Zeitraum von etwa 85 Anschlägen, die die Rote Armee Fraktion, Revolutionäre Zellen und andere Angehörige des antiimperialistischen Widerstandes auf Rüstungsfirmen, Bundeswehr- und NATO-Einrichtungen durchgeführt haben sollen, die meisten davon während des Hungerstreiks der politischen Gefangenen im Januar/Februar. Durch die Anschläge entstanden "Sachschäden

in Millionenhöhe". Das BKA will die öffentliche Meinung beeinflussen. Terroranschläge wie in Frankfurt sollen Linken angehängt werden. Das BKA schließt aus, daß Rechte aus der BRD verantwortlich sind, gibt aber nichts über die Täter bekannt. Nach dem faschistischen Anschlag auf das Münchner Oktoberfest ist die Polizei ähnlich verfahren. — (uld)

Westdeutsche Zitrusplantagen in Äthiopien

Seit 1978 fördert die Bundesregierung in Äthiopien den Betrieb eines riesigen Plantagenareals in der Nähe von Merti Jeju. Darauf werden Zitrusfrüchte, Tomaten, Erdbeeren sowie Schnittblumen fast ausschließlich für den Export in die EG angebaut. Das hat die Fraktion der GRÜNEN in einer Anfrage an die Bundesregierung enthüllt und die damit einhergehende Beschlagnahme von Boden für Schnittblumen usw. zwecks Lieferung in die

EG statt für die Lebensmittelversorgung der äthiopischen Bevölkerung angegriffen. Die GRÜNEN fragen nun die Bundesregierung u.a., wie sich das mit ihrer Behauptung verträgt, sie fördere in "Entwicklungshilfe"-Projekten zumeist Kleinbauern. Eine Einstellung des Projekts und den Verzicht auf alle Kreditforderungen an Äthiopien verlangen sie nicht. Dennoch: Auf die Antwort der Bundesregierung darf man gespannt sein. (BT-DS 10/3549— rül)

BRD— RSA: Bundesregierung ermuntert BRD-Kapitalisten

Die Bundesregierung hat die fünfte Zusammenfassung der Berichte von BRD-Kapitalisten mit Betrieben in Südafrika über die Einhaltung des EG-Kodex veröffentlicht. Die Berichte von 47 Unternehmen, die in Südafrika insgesamt 19400 schwarze Arbeiter ausbeuten, faßt die Bundesregierung lobend zusammen: Für die "Verbesser-

Sozialhilfe

Erhöhung nur für Einige, weniger in vielen Fällen

Die Pressemeldungen, die von einer "erheblichen" Erhöhung der Sozialhilfesätze zum 1.7.1985 berichteten, kann man getrost als zynisch bezeichnen. Weniger Sozialhilfe bekommen alle, die "Hilfe in besonderen Lebenslagen" beantragen müssen und eigenes Einkommen haben.

Die Regelsätze wurden um durchschnittlich 7,3 Prozent oder 26 DM für den Haushaltsvorstand (Ecksatz) erhöht. Einen 20%-Mehrbedarfszuschlag erhalten Sozialhilfebezieher, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, sowie Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 Jahren. Den Zuschlag bekamen bisher Alleinerziehende mit 2 Kindern unter 16 Jahren und Rentner ab vollendetem 65. Lebensjahr. Der Eckregelsatz beträgt jetzt z.B. in Bayern 372,-, in NRW 379,- und in Niedersachsen 382,- DM. Der Zuschlag macht ca. 76,- DM aus. Für die Versorgung der Kinder hält der Gesetzgeber noch weniger für ausreichend, z.B. in Bayern 167 DM (unter 8 Jahren), 242 DM (unter 11 Jahren), 279 DM (unter 16) und 335 (16 bis 21 Jahre). Für weitere Erwachsene beträgt der Regelsatz 306 DM. Auf die dringende nötige Anpassung des völlig veralteten "Warenkorbes" von 1970 haben sich die Länderminister nicht geeinigt. Sie haben sich damit die Möglichkeit offengehalten, die Regelsätze völlig unabhängig vom Bedarf und der Preisentwicklung festzulegen, wie es das Gesetz noch vorschreibt. Die Finanz- und Innenminister sowie die Kommunen favorisieren ein Modell, nach dem in Abständen ermittelt wird, was Haushalte der

niedrigsten Lohn Einkommen ausgeben können. Die Höhe dieser Ausgaben soll mit einem Abschlag nach unten die Höhe der Regelsätze bestimmen.

Die Anpassung der Regelsätze lag in den letzten Jahren zwischen zwei und drei Prozent, also regelmäßig unter der Preissteigerungsrate. Der angebliche Geldsegen macht z.B. für eine Familie in Niedersachsen insgesamt 84 DM mehr aus für zwei Erwachsene und ein Kind unter acht, ein Kind unter 12 Jahren oder ganze 1223,- DM für alle Bedürfnisse außer Miete. Die "Zulage" bei älteren Sozialhilfebezieher und den Alleinerziehenden mit einem Kind unter Sieben entspricht noch nicht mal bei diesem "begünstigten" Personenkreis den Forderungen der Wohlfahrtsverbände. Sie verlangen, daß die Sozialhilfe um 30% erhöht werden soll. Der DGB fordert bis zu einer verbesserten Warenkorbfestsetzung eine Erhöhung der Regelsätze um 16 Prozent (Eckbetrag von ca. 413 DM). Die neuen Sätze bleiben also weit darunter.

Die Höhe der Einkommensgrenze ist für alle Anträge auf "Hilfe in besonderen Lebenslagen" von Bedeutung. Darunter fallen Taschengeld und z.T. Lebensunterhalt für Heimbewohner, Hilfe zum Aufbau und zur Sicherung der Lebensgrundlage, Ausbildungshilfe, vorbeugende Gesundheits- oder Krankenhilfe wie volle oder teilweise Übernahme von Kosten für Diät, Zahnersatz, Prothesen, Heilmitteln, Kuren, sowie einmalige Zahlungen in Notlagen. Eigenes Einkommen über der Einkommensgrenze kann ganz oder teilweise vom Sozialamt herangezogen werden. Bisher errechnete sich die Einkommensgrenze aus dem Doppelten (bzw. Drei- bzw. Sechsfachen) des Eckregelsatzes plus, wie auch jetzt noch, Miete und Familienzuschläge. Die Einkommensgrenze

steigt also, wenn der Eckregelsatz erhöht wird. Diese Anbindung wurde liquidiert und durch einen Festbetrag ersetzt, der jährlich wie die allgemeine Bemessungsgrundlage der Arbeiterrentenversicherung steigen soll. Die Änderung bewirkt, daß jetzt 32,- DM bzw. 48,- (besondere Einkommensgrenze) bzw. 96,- DM (Blinde und stark Behinderte) mehr vom eigenen Einkommen herangezogen werden, und damit fallen die Zuschüsse des Sozialamtes um diese Beträge niedriger aus. Die Senkung der Einkommensgrenzen wurde nicht mal durch die höheren Regelsätze aufgefangen.

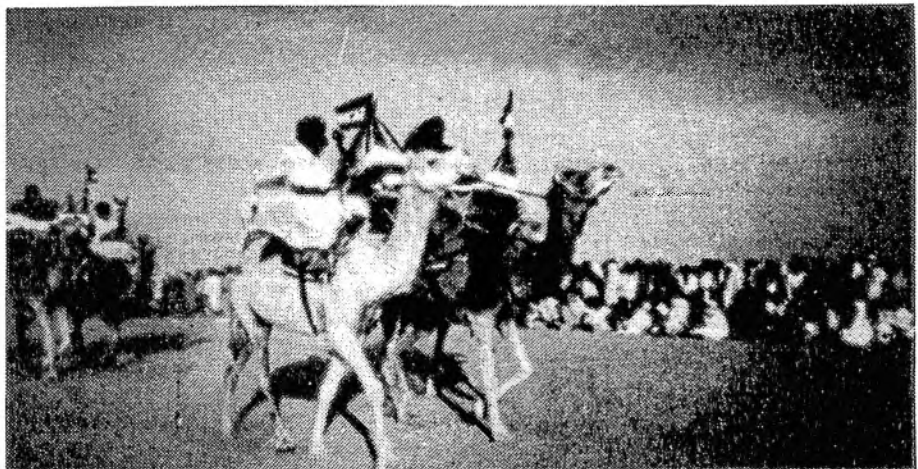
Die Festbeträge für die Einkommensgrenzen wurden auf 736 DM bzw. 1104 und 2208 DM festgesetzt. Die große Masse der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger und die Behinderten trifft das ganz besonders hart, sowie alle, die nur in bestimmten Notlagen auf das Sozialamt angewiesen sind. Die Klage der Städte, rd. 500 Mio DM würde sie die Änderung kosten, täuscht viele darüber, daß die Lage für die Masse der Sozialhilfebezieher unerträglich bleibt. — (düb)

Überstunden

Sollen die Zuschläge fallen?

Ausgerechnet Sozialminister und Arbeitgeberverbände fingen im Juni an, für Einschränkung der Überstunden zu appellieren. Die IGM geriet ins Hintertreffen. Ihr Vorstandsmitglied Horst Klaus "forderte die Betriebsräte auf, mit den Appellen der Arbeitgeberverbände und der Bundesregierung zur Einschränkung der Überstunden Druck auf die Geschäftsleitungen auszuüben. Es dürfte nicht der Eindruck

rung materieller Leistungen" sei die wirtschaftliche Lage ungünstig gewesen, um so mehr müsse sie anerkennen, "daß die deutschen Unternehmen hinsichtlich der Bezahlung der niedrigsten Lohngruppen ... nicht hinter dem Stand des Vorjahres zurückgeblieben". Die meisten BRD-Kapitalisten haben die Niedriglöhne also nicht oder kaum erhöht, und die Regierung ermuntert sie: weiter so. Nur vier der berichtenden Unternehmen haben schriftliche Verträge mit unabhängigen schwarzen Gewerkschaften abgeschlossen, alle anderen erkennen entweder gar keine oder nur von Weißen kontrollierte Gewerkschaften an. Und lediglich in den vier Tarifverträgen, die unabhängige Gewerkschaften erzwingen konnten, sind die Mindestlöhne, wie im EG-Kodex gefordert, 50% höher als das Existenzminimum festgelegt. (Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik Nr. 39/85, Presse- u. Inf.-Amt d. BR — uld)



Der Militärattaché der BRD in Marokko hat im April marokkanische Truppen auf das Gebiet der Demokratischen Republik Sahara (DARS) begleitet und sich über "militärische Fachfragen" des Wüstenkrieges unterrichten lassen. Das gab die Bundesregierung am 4.6. im Bundestag zu. Auf dem Territorium der DARS befinden sich große Phosphatlager. Um diese zu plündern, hält Marokko das Gebiet besetzt und versucht, die von der OAU als Regierung der DARS anerkannte Befreiungsbewegung FPOLISARIO (Bild) zu vernichten. — (rül)

entstehen, daß die Arbeiter und ihre Betriebsräte Überstunden akzeptieren. Es müsse vielmehr deutlich gemacht werden, daß die Betriebe sich über die Appelle ihrer Verbände hinwegsetzen..." An welchem Strick ziehen die Kapitalistenverbände?

Bereits 1982/1983, zu Beginn der AZO-Diskussion, war in Unionskreisen die Vorstellung da, Überstunden im wesentlichen abfeiern zu lassen. Dagegen legten damals Kapitalistenverbände ihr Veto ein, die Sache starb. Inzwischen zeichnet sich für die Spitzenverbände der Kapitalisten klar ab, daß in der allgemeinen Einführung von Schichtarbeit das Heil der deutschen Industrie liegt. Die Einführung ist aber gar nicht so leicht. Bis heute ist das Arbeitstempo in Schichten außerhalb der Normalzeit bedeutend niedriger, findet sich für die regelmäßige Beaufichtigung nötiges Führungspersonal nur schwer, gesellschaftlicher Widerstand ist spürbar da. Viele Betriebe ziehen vor, zur Normalzeit zu arbeiten und entweder ziemlich regelmäßig oder zur Bewältigung von Auftragspitzen Überstunden fahren zu lassen. Das ist leichter organisierbar. Die metallverarbeitende Industrie tendiert gegenwärtig zwar stark zur Ausdehnung der Schichtarbeit, aber die Möglichkeit, permanent Überstunden fahren zu lassen, erweist sich als Schranke.

Das Ministerium und mit ihm die Sozialausschüsse der Union können leicht Stimmung machen gegen die Überstunden. So lange sie auf Flexibilität achten, die erlaubt, Überstunden für "Spitzen" zu kriegen, aber nicht als solche zu bezahlen, tun sie dem Kapital im allgemeinen nicht weh. Allerdings einigen konkreten Kapitalisten schon, für die es eben nicht rentierlich wäre, ihre Organisationsstruktur so einzurichten, daß alles drin wäre; von Dreischicht-Voll-Conti bei guter Auftragslage bis zu ein paar Stunden pro Woche wegen Flaute. Bald wird man deswegen hören, daß um Gottes Willen nichts gleichmacherisches, rasenmäherartiges usw. vorgesehen sei. Ein Comeback der Überstunden als "echte Alternative zur Schichtarbeit" steht an.

Die IG-Metall erlebt zur Zeit, wie in den Betrieben Arbeiter um Überstunden anstehen, und das ist bitter, zeigt es doch, wie die Widerstandskraft in einer wichtigen Frage geschwächt ist. Aber fragen nicht vor allem die Kapitalisten Überstunden nach? Da wäre doch eine Bewegung möglich. Hohe Antrittsgelder z.B. würden den Arbeitern Geld bringen und einen Anreiz zur Überstundenvermeidung schaffen, der im Prinzip beliebig erhöht werden kann und auch sollte: gegen den schmutzigen Plan der Verwandlung der Überstunden in Normalstunden durch Bezahlung als Normalzeit. Quellenhinweis: IGM-Pressemitteilungen; Süddt. Ztg., 2.7.85— (alk, maf)

Weißbuch 1985

Umfassendes Konzept zur Steigerung der Bundeswehrkriegsfähigkeit

Als eine positive Bilanz einer Weichenstellung für die 90er Jahre präsen- tierte Wörner in der vergangenen Woche das Weißbuch 1985. "zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr". Im Zentrum der Planung bis zum Jahr 2000 stehen die bereits beschlossenen Maßnahmen zur Ausdehnung des Soldatenmaterials im Frieden und im Krieg:

- Ab 1988 soll der Grundwehrdienst von derzeit 15 auf 18 Monate verlängert werden.

- Durch Herabsetzung der Tauglichkeitskriterien bei der Musterung werden weniger Wehrpflichtige vom Militärdienst ausgenommen.

- Von Jahr zu Jahr werden Anzahl und Dauer der Wehrübungen für Männer, die ihren Grundwehrdienst bereits hinter sich haben, gesteigert.

- Die Zahl der Zeitsoldaten soll jährlich weiter steigen. Seit 1982 ist ihre Zahl um 12000 auf jetzt knapp 200000 angewachsen und soll bis 1990 noch einmal um 12000 steigen.

zur "Bereinigung der Altersstruktur" (Weißbuch) 1200 Offiziere der Jahrgänge 1935 bis 1944 bei Fortzahlung von 71 % des Gehalts sowie einer einmaligen "Abfindung" vorzeitig in den Ruhestand gehen zu lassen. Diese Oberstleutnante, Oberste usw. werden mit Anstellungsgesuchen von Rüstungskonzernen und einschlägigen Verlagen umworben werden. Die hinterlassenen freien Stellen werden ein Anfachen der Karrierekonkurrenz bei der Schleiferei untergeordneter Soldaten innerhalb des Offiziersnachwuchses und somit eine Steigerung der "Leistungsfähigkeit der Bundeswehr" bewirken. Im Kriegsfall kann die Bundeswehr auf diese erfahrenen Armeeführer zusätzlich zurückgreifen.

Insgesamt bedeuten die personalpolitischen Maßnahmen, daß die Bundeswehr mit dem stehenden Heer und den Reservistenverbänden über 1,34 Millionen bereitstehende und ausgebildete Soldaten zum Einsatz bringen kann,



Bremen am 6. Mai 1980: Rauchwolken über dem Weserstadion. Eine Demonstration und Angriffe auf das öffentliche Gelöbnis verhinderten ein harmonisches Bundeswehr-Spektakel.

All diese Maßnahmen sind bereits im Oktober 1984 von der Bundesregierung beschlossen worden und werden praktisch schon durchgeführt. Der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 1986 z.B. sieht im Verteidigungsetat 2500 neue Planstellen für längerdienende Soldaten vor sowie die Steigerung der Wehrübungsplätze um 500 auf 6600, was bedeutet, daß im nächsten Jahr mindestens 15000 Reservisten mehr zu Reserveübungen gezogen werden.

Darüberhinaus haben der Bundestag am 13.6. und der Bundesrat am 5.7., übrigens mit der Stimme des SPD-Bundesland Bremen, beschlossen

welche im Falle der Generalmobilmachung den Kern von Streitkräften bilden, die sich aus mittlerweile über fünf Millionen bundeswehrausgebildeter Männer in der BRD zusammensetzen können.

Wie mit dem soldatischen Menschenmaterial zwecks Herstellung optimaler Kriegseinsatzbereitschaft verfahren werden soll, ist nachzulesen im Kapitel "Innere Führung, Erziehung und Ausbildung". Priorität hat— vorausgesetzt sind Selbstüberwindung, Disziplin und Gehorsam —, daß jeder Soldat "seine Waffen und Ausrüstung sowie die ihm übertragenen Aufgaben unter den Bedingungen des

Ausbildung und Erziehung der Soldaten

Auf der Kommandeurstagung des Heeres Ende April in Hammelburg legte der seit Herbst 1984 neue Generalinspekteur des Heeres, Generalleutnant von Sandrart, den versammelten Heerführern seine Forderungen u.a. in Bezug auf die Ausbildung und Erziehung der Soldaten dar.

Für den Bereich Ausbildung nennt er als erste Forderung: "In der Ausbildung darf nicht gelehrt und gelernt werden, was der Krieg verwirft". Zweitens: "Die militärischen Fertigkeiten sind mit voller Anspannung zu üben". Der einfache Soldat darf im Gefecht nicht den Kopf verlieren, darum ist das Wichtigste die Gefechtsdisziplin. Diese wird zunächst hergestellt im Ausbildungsdienst unter freiem Himmel, wo der Soldat zukünftig immer in eine Lage zu stellen ist, "die von ihm dauernde Bereitschaft erfordert; seine Waffe ist am Mann zu tragen oder griffbereit zu halten; das Waffensystem steht klar zum Gefecht." Neben solcher Verschärfung des Gefechts- und Manöverdienstes beinhaltet die zweite Stufe der Gefechtsdisziplin eine drillmäßige Abrufung von Bewegungsabläufen durch den einfachen Soldaten: "... sicher ist, daß die grundlegenden Tätigkeiten des Soldaten in jedem Augenblick des Krieges gefordert werden können; sie müssen daher zu seiner zweiten Natur geworden sein. Von diesem Ziel sind wir weit entfernt". Solch Ausbildungskonzept des sich gern in historischen Ausschweifungen ergehenden von Sandrart entspricht bis hin zur Begriffswahl dem des kaiserlichen Militärs unter Kriegsfanati-

kern wie Moltke und Roon. Die "Deutsche Heereszeitung" von 1876 beschreibt z.B. die Soldaten erst von dem Punkt an als diszipliniert, wo der Zwang "allen Gliedern der Armee zur Gewohnheit, gewissermaßen zur zweiten Natur geworden ist" (nach: R. Höhn, Sozialismus und Heer, Bd. II, Bad Harzburg 1959). Kein Wort mehr von der "Inneren Führung" oder vom "Staatsbürger in Uniform". Ohne irgendwelche Verkleisterung fordert der Heeresinspekteur seine Kommandeure auf, das ihnen unterstellte Soldatenmaterial mit allen Mitteln zu rechtzuschleifen zu blind gehorchenden Kampfmaschinen.

Auch im Bereich der Erziehung ist noch allerhand im argen; der Inspekteur hat verschiedentlich beobachtet, "wie nachlässig oft Soldaten auftreten, ungepflegt in der Kleidung und in der Haltung kaum gestrafft; wie ungezügelt oft gesprochen wird, im Gebrauch der Begriffe undifferenziert und selten zweifelsfrei bei der Erstattung von Meldungen; wie sie reagieren, wenn Vorgesetzte vollständigen Gehorsam fordern, erschrocken die einen, die anderen ihre 'verletzten' Freiheitsrechte einklagend oder auf die Einhaltung des Prinzips 'Führend durch Aufträge' pochend. Zeichen eines selektiven Gehorsams oder latenten Ungehorsams, bewußten wie unbeachteten, finden sich in allen Dienstgradgruppen." Gehorsam, nichts als Gehorsam, verlangt von Sandrart, mit dem Soldatengesetz drohend, von jedem Soldaten, das ist der schlichte Kern seines Erziehungskonzepts.

Der Inspekteur des Heeres, der erste auf diesem Posten ohne persönliche Kriegserfahrung, präsentiert sich als Generalstyp, der sich, sowohl was die Führungsgrundsätze als auch was die Menschenführung betrifft, bewußt



Generalleutnant Hans-Henning von Sandrart

in die Nachfolge des deutschen Offizierskorps stellt. Dieses hat es seit Bestehen des Deutschen Reiches immer wieder verstanden, bis zur Besinnungslosigkeit gedrillte Soldaten gegen die Völker und Staaten Europas zu hetzen, diesen Vorgang gleichzeitig als Ausdruck von Erziehungskunst zu preisen und sich darüberhinaus deshalb als gesellschaftliche Elite zu begreifen. Aus General von Sandrarts ganzen Ausführungen ist förmlich der Wunsch herauszulesen, nun auch mal endlich dem mit viel Geschichte und Ethos beschworenen Zweck des Soldatseins nachzukommen. Erste Entzugserscheinung einer jetzt 40-jährigen kriegslosen Phase? Zumindest bringt der Generationswechsel an der Spitze der Bundeswehr Offiziere in die Kommandostellen, die sich ihre Sporen noch verdienen müssen.

Quellenhinweis: bundeswehr-aktuell, 6.5., 20.5.85)

Einsatzes beherrschen" kann. Das bedeutet Drill und nochmals Drill und wird in den Streitkräften unter dem Stichwort "kriegsnahe Ausbildung" bereits in die Praxis umgesetzt (siehe Kasten). Darüberhinaus soll der Soldat "den Sinn und Zweck seines Dienstes erkennen", was die intensivere Bearbeitung der Wehrpflichtigenköpfe vor und während der Dienstzeit verlangt. Entsprechend hat das Verteidigungsministerium in den letzten Jahren die Organisation der Offiziersausbildung geändert mit dem Ergebnis, daß die militärischen Führer weniger mit Pädagogik belastet, in Bereichen aber wie "Bewegungsarten im Gelände" umso bewanderter sind.

Wörners Weißbuch erscheint, darauf wird immer wieder hingewiesen, im 30. Jubiläumsjahr der Bundeswehr (am 12. November). Erstmals ist ein Kapitel "Die Bundeswehr in der Gesellschaft" aufgenommen, in dem kühn behauptet wird: "Die Bürger der Bun-

desrepublik Deutschland erkennen Verteidigungswürdigkeit und -notwendigkeit dieser Wert- und Lebensordnung an und sind gewillt, Recht und Freiheit notfalls auch unter Einsatz der Streitkräfte zu verteidigen." Dennoch sieht sich das Weißbuch genötigt, von "Schule und Elternhaus" die Erziehung der jungen Generation für die "Friedens- und Sicherheitspolitik" der BRD zu verlangen und eine Reihe von "Beweisen" für die Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft anzuführen: Katastropheneinsätze, Förderung des Spitzensports, Umweltschutz. Das 30. Jubiläum wird wieder begangen werden durch öffentliche Auftritte der Bundeswehr in großem Stil, um die Verbundenheit mit der Bevölkerung zu demonstrieren. Die Erfahrungen bei den Feierlichkeiten zum 25. Jubiläum 1980 sitzen jedem Militär noch wie ein Kloß im Hals, denn durch Demonstrationen und Störaktionen, beginnend im Bremen

am 6.5.1980, gerieten viele Auftritte zu Reinfällen. Obige Charakterisierung "der Bürger" läßt die Absicht erkennen, mit allen Mitteln dieses Jubiläum von Behinderungen durch Kriegsgegner freizuhalten.

Wörner wird verschiedentlich als "schwacher" Minister geschildert. Das wäre ja gut. Jedoch die mit dem Weißbuch vorgelegte Bilanz weist deutlich darauf hin, daß diese Regierung mit wilder Entschlossenheit und einer klaren Vorstellung daran arbeitet, die Kriegsfähigkeit der Bundeswehr noch einmal drastisch zu erhöhen. Dies betrifft auch das Forschungs- und Rüstungsprogramm, welches die Wirkung der vorwärtsrückenden Vorneverteidigung erhöht. Gelingt der Bundeswehr im Herbst noch eine glanzvolle Selbstdarstellung, wird dies ihre Zuversicht auf weitere ungehinderte Kriegsplanung fördern und den Kriegsgegnern Anlaß zu großer Sorge geben müssen.— (jok)

Demokratisches Kampuchea

Versuch der selbständigen Entwicklung, gestützt auf die armen Bauern

Kampuchea hatte 1970 — zum Zeitpunkt des von den USA inszenierten Lon Nol-Putsches gegen das halbfeudale, außenpolitisch neutralistische Regime des Prinzen Sihanouk — etwa 7 Mio. Einwohner. Ca. 20% der Bevölkerung lebte in den Städten. Kampuchea war ein Agrarland: Die Bauern in der Mekong-Ebene und im Gebiet des Großen Sees (Tonle Sap) produzierten Reis für die Vermarktung in den Städten und zum Export, in den an Vietnam angrenzenden Provinzen betrieben in- und ausländische Großgrundbesitzer kapitalistische Plantagenwirtschaft (Gummi), und in den entlegenen, wenig fruchtbaren Gebieten im Nordosten und Südwesten des Landes herrschte bäuerliche Subsistenzproduktion vor.

Die Produktionsverhältnisse waren schon nicht mehr feudal: In der fruchtbaren Mekong-Ebene hatten sich drückende Pachtverhältnisse herausgebildet, und immer mehr Bauern waren hoch verschuldet bei Geldverleihern, die bis zu 300% Zins verlangten. In seiner 1959 in Paris vorgelegten Doktorarbeit über die kampucheanische Ökonomie hatte Khieu Samphan, später Staatspräsident des Demokratischen Kampuchea, hervorgehoben, daß Kampuchea Integration in die kapitalistische Weltwirtschaft angesichts des Fehlens jeder Industrie und industrieller Kapitalanlagemöglichkeiten die Entwicklung des kapitalistischen Großgrundbesitzes forcierte. Die Landlords, die zunehmend importierte Luxusgüter kauften, pressten den Bauern nun Bargeld statt Naturalien ab. Die Bauern mußten ihre Produkte also verkaufen, was wiederum zur Ausdehnung der Händlerklasse führte. So blieb das agrarische Mehrprodukt weder bei den Produzenten noch überhaupt in den Landgebieten und konnte nicht die Entwicklung der kampucheanischen Ökonomie fördern, sondern war für die parasitären Klassen Mittel zum Import von Luxusgütern. Luxusgüter machten in den 50er Jahren 50% aller kampucheanischen Importe aus.

In anderen Studien wird bestritten, daß der Großgrundbesitz die Hauptbürde der kampucheanischen Bauern war, da die meisten Khmer-Bauern — anders als etwa im vorrevolutionären Vietnam oder China — etwas Land, Agrargeräte und Zugtiere besaßen. Aber oft war durch das Erbrecht das Familienland so klein geworden, daß die Bauern hinzupachten mußten. Unbestritten ist jedoch die Tatsache der drückenden Verschuldung der Bauern gerade in den fruchtbarsten Landes- teilen.

In den Städten gab es keine nennenswerte Industrie. Dort residierten die Angehörigen der Kompradorenklassen, Großgrundbesitzer, Bürokraten, Großhändler. 85% aller Beschäftigten in Phnom Penh waren laut Khieu Samphan unproduktiv tätig — als Hausangestellte, Rikschafahrer oder Staatsangestellte. Die amerikanische Entwicklungshilfe, die bis zum Abbruch der Beziehungen durch Sihanouk 1963 ins Land floß, stärkte den Parasitismus, förderte "den Wunsch eines besonderen Teils der Khmer-Gesellschaft, den 'American Way of Life' zu imitieren".

In den 60er Jahren verschlechterte

wieder aufgetischte Bild von den "glücklichen buddhistischen Reisbauern", die mit sich und ihrem Prinzen Sihanouk zufrieden waren, war schon in den 50er und 60er Jahren eine Fiktion. Tagtägliche Ausbeutung, politische Unterdrückung, willkürliche Verurteilungen, Hinrichtungen und Massaker bestimmten die Existenz der Bauern. Daneben wird in der Untersuchung von Vickery der Widerspruch "zwischen Stadt und stadtorientierter Reis- und Gartenbauernschaft und den ländlichen Gruppen, die aufgrund von Entfernung, Armut, tiefsitzender Feindseligkeit oder dem bewußten Streben nach Autarkie außerhalb der



Guerillakämpfer des Demokratischen Kampuchea am Großen See (Tonle Sap) in Zentralkampuchea. Das Foto entstand 1982. Die Großoffensive der vietnamesischen Besatzungstruppen gegen die Stützpunktgebiete des Demokratischen Kampuchea im Frühjahr 1985 entlang der Grenze zu Thailand führte zwar zur Räumung einiger Stützpunkte, aber auch zur verstärkten Bildung kleiner Guerillatruppen, die inzwischen im ganzen Land operieren.

sich die ökonomische Situation der Landbevölkerung noch mehr, als das Sihanouk-Regime nach dem Ausbleiben des US-Kapitalzuflusses die Agrarsteuern in die Höhe trieb und Reis zwangsweise unter Weltmarktpreis aufkaufte und exportierte. Das führte zu Bauernaufständen Ende der 60er Jahre, die Sihanouk durch das Militär niederschlagen ließ. Tausende Bauern wurden ermordet. In diesen Aufständen konnte sich die KP Kampuchea unter der Landbevölkerung verankern und in nennenswertem Maße Guerillaeinheiten aufbauen.

Der Widerspruch zwischen Stadt und Land bestimmte also die kampucheanische Gesellschaft, und unter den gegebenen Verhältnissen waren die Bauern die Hauptkraft der Revolution — noch mehr als etwa in China, wo es in den großen Städten ein, wenn auch zahlenmäßig kleines Industrieproletariat gegeben hatte. Das heute in der westlichen Propaganda immer

kampucheanischen Gesellschaft bleiben... genannt. Gemeint ist die bäuerliche Bevölkerung in den entlegenen Randgebieten Kampuchea, die eine nahezu autonome Subsistenzproduktion betrieb. Etwa 1/3 der Bevölkerung lebte in diesen Gebieten. Dort waren die ersten Stützpunktgebiete der KP Kampuchea.

Entwicklung der KP Kampuchea und ihrer Ideologie

Weil die ökonomische Basis Kampuchea in der Landwirtschaft lag, die Entwicklung des Landes und besonders der Landwirtschaft aber durch die Integration in den Weltmarkt stagnierte, die Städte gleichzeitig parasitär waren und keinerlei Impulse für die Entwicklung des Landes gaben, war es nur konsequent, wenn Khieu Samphan es als Aufgabe der kampucheanischen Revolution formulierte, die kampucheanische Gesellschaft zu reorganisieren, die Bevölkerung der Städte zur

China–Vietnam: Erneuter Krieg nicht ausgeschlossen

Nach wie vor herrscht Unruhe an der chinesisch-vietnamesischen Grenze. Beide Seiten melden regelmäßig Grenzprovokationen der jeweils anderen Seite. Die Gefahr eines zweiten Grenzkrieges ist gut sechs Jahre nach dem ersten Krieg zwischen der VR China und der SR Vietnam nicht gebannt. Am 17.2.1979 hatte China "fortgesetzt(e) bewaffnete Provokationen und feindselige Aktionen" Vietnams "in den chinesischen Grenzgebieten" zum Anlaß für einen militärischen "Gegenschlag" (1) genommen.

Tatsächlich ist der genaue Grenzverlauf zwischen China und Vietnam zum Teil umstritten. Die allgemeine Grenzlinie war 1887 bzw. 1895 zwischen Frankreich und China vereinbart worden. Da an einigen Abschnitten Uneinigkeit über die genaue Grenzziehung herrschte, hatten die Zentralkomitees der KP Chinas und der Partei der Werktätigen Vietnams 1957/58 vereinbart, den Status quo an der Grenze zu respektieren und die endgültige Lösung aller Grenzfragen Verhandlungen zwischen den Regierungen vorzubehalten. Einige Anzeichen sprechen dafür, daß der Vorwurf Chinas nicht ganz unberechtigt ist, Vietnam habe seit 1974 versucht, den Status quo zu ändern und sein Hoheitsgebiet auszuweiten (2).

Denn in den chinesisch-vietnamesischen Verhandlungen nach dem Krieg bestand die chinesische Delegation darauf, daß sich beide Seiten bis zur Lösung der Grenzfrage an den Status quo halten, wie er 1957/58 bestanden habe; die vietnamesische Delegation hingegen bleibt in ihrem Vorschlag zur Beilegung des Konflikts diesbezüglich allgemein, schlägt als Ausgangslinie für die Entmilitarisierung der Grenzzone aber die Kontrollinie vor, wie sie vor dem 17.2.1979 bestanden habe. (3)

Obwohl sich China wie Vietnam nach dem Grenzkrieg offiziell zur Lösung der Grenzstreitigkeiten auf dem Verhandlungsweg bereit erklärten, sind sie darin keinen Schritt weiter. Solange jedoch das jeweilige Hoheitsgebiet nicht eindeutig und unstrittig abgegrenzt ist, kann jede Seite der anderen Verletzung der territorialen Integrität, Grundprinzip des friedlichen Zusammenlebens, vorwerfen. Deshalb auch ist die Lage brandgefährlich, weil, wie es scheint, beide Länder nicht bestrebt sind, diesen von der VR China schon einmal in Anspruch genommenen und jederzeit wieder in Anspruch zu nehmenden Kriegsgrund aus der Welt zu schaffen.

Denn: Die Widersprüche zwischen China und Vietnam sind nicht gelöst, und ihre Lösung ist auch nicht absehbar. Über den Charakter dieser Widersprüche gibt die Abfolge folgender dem Krieg 1979 vorausgehender Ereignisse einigen Aufschluß:

Am 27.–29.6.1978 tritt Vietnam dem RGW bei. Am 3.7.78 stellt China jede Hilfe an Vietnam ein und ruft seine Techniker und Ingenieure aus Vietnam zurück. Am 12.8.78 schließen China und Japan einen "Friedens- und Freundschaftsvertrag" ab, der die sogenannte Anti-Hegemonie-Klausel enthält, die eindeutig, wenn auch nicht ausdrücklich gegen die Sowjetunion gerichtet ist. (4) Am 3.11.78 schließen die Sowjetunion und Vietnam einen "Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit" ab, der nicht die bindende Verpflichtung, aber die Möglichkeit des gegenseitigen Beistands im Fall eines Angriffs oder einer Angriffsdrohung enthält. (5) Im gleichen Monat beginnt Vietnam eine Großoffensive gegen das Demokratische Kampuchea. Der vietnamesische Außenminister begründet die Aggression damit, Kampuchea "strafen (zu) müssen". (6) Am 3.12.78 gibt Vietnam die Bildung einer "Nationalen Vereinigten Front für die Rettung der Nation" für Kampuchea bekannt. Am 16.12.78 nehmen China und die USA diplomatische Beziehungen auf. Nachdem die vietnamesischen Truppen Anfang Januar größere Teile Kampuchéas eroberten und besetzten, wird am 11.1.1979 die "Volksrepublik Kampuchea" ausgerufen. Am 29.1.79 reist der damalige stellvertretende chinesische Ministerpräsident Deng Xiaoping in die USA, wo er öffentlich verkündet, daß "man" den Vietnamesen, die er als "Kubaner des Ostens" bezeichnet, "eine Lehre erteilen" müsse. (7) Am 16.2.79 reist der vietnamesische Ministerpräsident Pham Van Dong zwecks Abschluß eines "Vertrags über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit" nach Kampuchea. Am 17.2.79 dringen chinesische Truppen in einer von Deng Xiaoping so bezeichneten "Strafaktion" nach Vietnam ein. Der Krieg dauert einen Monat und ist überaus blutig.

Vietnam hatte sich endgültig für ein enges Bündnis mit der Sowjetunion entschieden. Ein Grund dafür ist sicher, daß die UdSSR den vietnamesischen Expansionismus in Südostasien deckt(e).

China hingegen versuchte mit allen Mitteln – erst dem erpresserischen Rückzug der Hilfe, dann militärisch –, das vietnamesisch-sowjetische Bündnis zu verhindern und ein chinesisch-vietnamesisches Bündnis zu er-

zwingen. Dabei trat die Volksrepublik, deren eigene Interessen mit den expansionistischen Interessen Vietnams kollidierten, als Garantiemacht des alten Status quo in Südostasien auf. Die Vermutung liegt nahe, daß sie sich in ihrem Vorgehen gegen Vietnam, das leicht ein militärisches Eingreifen der Sowjetunion hätte provozieren können, der stillschweigenden Duldung v.a. der USA versichert hatte. Die VR China, die den vietnamesischen Hegemonismus bekämpfte, hat selbst als Großmacht mit Hegemonialanspruch gehandelt.

Die Interessen, die sie dabei – nicht zuletzt durch die von Deng zynisch, aber treffend so bezeichnete "Strafaktion" – durchzusetzen versuchte, sind wahrscheinlich richtig nur im Zusammenhang der Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse in China aufzuklären, die zum damaligen Zeitpunkt noch im vollen Gange war und die unter anderem auch die Ausrichtung der chinesischen Wirtschaft auf den Weltmarkt und ihre Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung zum Ziel hatte. Die Herausbildung eines größeren asiatischen Wirtschaftsraumes unter Kontrolle Chinas wäre den ehrgeizigen Plänen der Betreiber und Interessenten dieser Politik unter der Führung Deng Xiaopings sicher entgegengekommen.

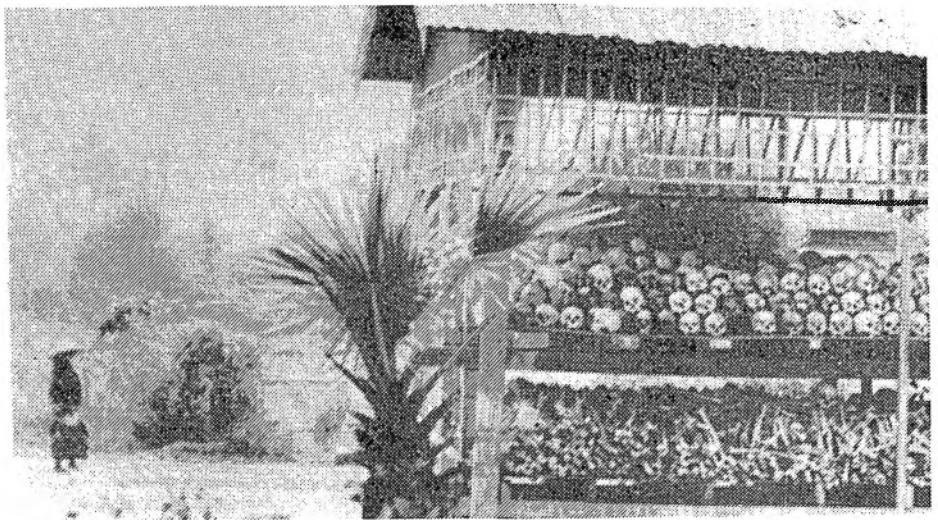
Einiges spricht dafür, daß die Linken in der KP Chinas, die den Kurs Dengs bekämpften, auch der Vorbereitung und Durchführung der "Strafaktion" gegen Vietnam Widerstand entgegensetzten. So wird in einer "internen Außenministerrede" von 1977 über "Chinas Haltung zur kriegesischen Eskalation zwischen Vietnam und Kambodscha" (8) hinsichtlich der Politik gegenüber Vietnam und seiner Annäherung an die Sowjetunion vorsichtiges Abwarten statt Hektik vorgeschlagen. Mit der "Strafaktion" gegen Vietnam wurde auch der Linken eine schwere Niederlage zugefügt.

Quellenhinweis: (1) Autorisierte Erklärung der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua vom 17.2.79 zu der militärischen Aktion gegen Vietnam, in: Europa Archiv 12/1979, S. D 309; (2) Memorandum über das Gespräch des Vizeministerpräsidenten Li Xiannian mit Ministerpräsident Pham Van Dong, 10.6.1977, in: P. Roell, Brennpunkt Indochina, Teil 2, S. 134; (3) Acht-Punkte-Vorschlag der VR China bzw. Drei-Punkte-Vorschlag der SR Vietnam, in: EA 12/79, S. D 314; (4) s. P. Roell, a.a.O., S. 218; (5) s. EA 6/79, S. D 157; (6) Erklärung des vietnamesischen Außenministeriums vom 17.1.79, in: EA 12/79, S. D 303; (7) s. EA 6/79, S. 152; (8) in: Peter Roell, a.a.O., S. 224

produktiven Arbeit, d.h. aufs Land zu bringen und die gegenwärtigen Wirtschaftsbeziehungen Kampuchéas abzuschneiden. Er argumentierte nicht für den Abbruch aller Außenwirtschaftsbeziehungen, sondern für ihre Umwälzung durch Nationalisierung des Außenhandels und der Banken mit dem Ziel, die kampucheanische Ökonomie zu schützen und die Landwirtschaftsreform als Voraussetzung jeglicher Industrialisierung in Angriff nehmen zu können. Auf dem Lande sollten zunächst die Pachtsätze gesenkt, der Geldverleih unterbunden und die Bauern zur Bildung von Genossenschaften ermutigt werden. "Mit Genossenschaften kann neues Land erschlossen werden ... Die landwirtschaftliche Entwicklung wird die industrielle Expansion stimulieren und ist gleichzeitig davon abhängig."

Khieu Samphans Arbeit, über deren programmatische Vorstellungen die kampucheanische Revolution in ihrem Verlauf allerdings hinausging, ist der erste Versuch der kampucheanischen Kommunisten, ihre ideologische Eigenständigkeit gegenüber der KP Vietnams zu entwickeln. Als 1930 die Indochinesische Kommunistische Partei gegründet wurde – ein Dokument der IKP von 1934 sagte: "Es gibt keinen Platz für Überlegungen einer eigenen kampucheanischen Revolution. Es kann nur eine indochinesische Revolution geben" –, hatte sie in ihrer Arbeit in Kampuchea kaum Erfolge. Die Khmer, die sich der IKP anschlossen, kamen zumeist aus der antifranzösischen Widerstandsbewegung Khmer Issarak (Freie Khmer). Nach Auflösung der IKP 1951 wurde die Revolutionäre Kampucheanische Volkspartei gebildet mit einer an der vietnamesischen Partei orientierten Führung. Der Abschluß des Genfer Indochina-Abkommens 1954, das ohne Beteiligung der kampucheanischen Kommunisten ausgehandelt wurde, führte zur Spaltung der kampucheanischen Kommunisten: Denn das Abkommen sah ihre Beteiligung an der von ihnen bekämpften Sihanouk-Regierung vor sowie den Abzug der Vietminh-Verbände aus Kampuchea. Damals gingen mehrere tausend kampucheanische Kommunisten mit den Vietminh nach Nordvietnam, während wenige hundert kampucheanische Guerillas in ihren Stützpunkten blieben und weiterkämpften. Pol Pot sagte 1977 dazu, "daß sich durch das Genfer Abkommen der revolutionäre Kampf unseres Volkes ... in Luft auflöste".

Die kommunistischen Kräfte, die den Guerillakampf in Kampuchea fortsetzten mit Stützpunkten im gebirgigen Nordosten und im Cardamon-Gebirge im Südwesten, hatten bis Mitte der 60er Jahre auch unter der Landbevölkerung wenig Erfolg und bekamen von den vietnamesischen Kommunisten, die in erster Linie an einem neutralen Kampuchea unter Sihanouk



Von den vietnamesischen Medien nach der Eroberung Pnom Penhs veröffentlichtes Foto eines angeblichen Massengrabes. Die Zahl der Toten nach der Befreiung 1975 ist eine Quelle nicht abreißender Spekulationen. Dabei wird gern ein unbestätigtes Pol Pot-Zitat herangezogen: "Obwohl 1 Mio. Menschenleben verloren gegangen sind, bedauert es unsere Partei nicht."

und an der ihnen von Sihanouk zugestanden Logistik auf kampucheanischem Gebiet interessiert waren, kaum Unterstützung. In den 60er Jahren schlossen sich allerdings unter dem Eindruck des zunehmenden politischen Terrors in den Städten zahlreiche Intellektuelle – darunter Pol Pot, Jeng Sary und Khieu Samphan – der Guerilla an.

Zum Zeitpunkt des von den USA gegen Sihanouk inszenierten Putsches 1970 hatten die kampucheanischen Kommunisten nach eigenen Angaben 4000 reguläre Soldaten und 50000 Guerillas. Andere Quellen setzen die Zahlen wesentlich niedriger an. Und was für die Beurteilung des Fortgangs der Revolution besonders wichtig ist: Die KP Kampuchéas hatte damals nur etwa 1000 ausgebildete Mitglieder.

Die KP Kampuchéas leitete mit dem Putsch die Bildung einer Einheitsfront unter Einschluß der Pro-Sihanouk-Kräfte ein; Sihanouk selbst wurde Chef der Exilregierung, die in Peking ihren Sitz hatte. Das Programm der Einheitsfront FUNK war: Sturz des Lon Nol-Regimes, nationale Befreiung, Durchführung von Land- und Sozialreformen. Unter diesem Programm konnte der Befreiungskrieg erfolgreich organisiert werden. 1971 kontrollierte die FUNK 65% des Landes mit 35% der Bevölkerung. Aus den Jahren des Krieges ist nichts von Massakern bekannt. Vielmehr mußte z.B. der CIA aus der Provinz Takeo über die kampucheanischen Kommunisten melden, daß "sie sehr besorgt sind, nicht die Bauern gegen sich aufzubringen. Sie helfen bei der Ernte, zahlen einen vernünftigen Preis für die benötigten Vorräte ... Sie haben beträchtliche Sympathien unter der Bauernschaft gewonnen ... Die einzigen in diesem Gebiet, die nicht aktiv die Khmer-Kommunisten und die Vietcong unterstützen, sind reiche Kauf-

leute, lokale Beamte und Lehrer." Die KP Vietnams hatte mit dem US-Putsch gegen Sihanouk und der Verwandlung des neutralen Nachbarstaates in eine US-Kolonie ihre Politik gegenüber der KP Kampuchéas ändern müssen; jetzt war sie an einem wirksamen Widerstand interessiert, um die Versorgung der FNL über den Ho-Chih-Minh-Pfad in Kampuchea zu erhalten und US-Kräfte zu binden, und lieferte Waffen an die kampucheanische Front. Die nach Vietnam gegangenen kampucheanischen Kommunisten kehrten jetzt ins Land zurück.

Schon 1971 begann die FUNK in den befreiten Gebieten mit der Umwälzung der Produktionsverhältnisse: Genossenschaften wurden gebildet, die Produktion und teilweise auch die Versorgung kollektiv organisiert, Geld als Tauschmittel abgeschafft. Diese Maßnahmen gingen zum Teil schon über das FUNK-Programm hinaus. Zum einen waren diese Schritte sicherlich durch den Zwang diktiert, angesichts der enormen Kriegszerstörungen der Landgebiete und des Bewässerungssystems alle Kräfte zur Versorgung der Bevölkerung in den befreiten Gebieten anzuspannen. Über Widerstand der Bauern dagegen liegen keine Berichte vor. Vielmehr ist es wahrscheinlich, daß solche Maßnahmen durchaus den Interessen der bäuerlichen Produzenten in den befreiten Gebieten entsprochen haben: Befreit waren vor allem die Randgebiete Kampuchéas, in denen Subsistenzproduktion vorherrschte, autarke Dorfgemeinschaften ohne Einbindung in den Markt lebten. Das Interesse dieser Produzenten an der Erhaltung ihrer Subsistenzwirtschaft ging konform mit den Maßnahmen der FUNK, die auf die Stärkung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Dorfgemeinschaften gerichtet waren.

In diesen befreiten Gebieten ent-

wickelte die KP Kampuchas im Rahmen der FUNK also die Gesellschaftsreformen, die nach dem 17.4.1975 im ganzen Land durchgeführt wurden. Der Vorwurf des "Steinzeitkommunismus" mit "Arbeitslagern" gegen diese Politik ist absurd, denn angesichts des Fehlens jeder industriellen Basis konnte eine selbständige Entwicklung Kampuchas nur durch die Förderung der kollektiven Produktion und die Stärkung der Autarkie der Kollektive eingeleitet werden. Eine Alternative dazu bestand nur in der fortgesetzten wirtschaftlichen Bindung an den Weltmarkt. Allerdings mußte diese Politik zu Widersprüchen unter der Stadtbevölkerung, die durch den Krieg auf 3,5 Mio. aufgebläht war, und wohl auch unter wohlhabenderen Bauern führen, die in den fruchtbaren Gebieten für den Markt produziert hatten.

Die Räumung Pnom Penhs, Hunger und Massaker

Die Liste der der KP Kampuchas zugeschriebenen Verbrechen lautet gemeinhin so: "Vertreibung der Bevölkerung aus den Städten, Ausrottung der Intelligenz, Zerschlagung der sozialen Strukturen der Familie und des Dorfes, totale Informations- und Bildungssperre, Zwangsarbeit und Unterdrückung der gesamten Bevölkerung, Aggression gegen Vietnam." (zitiert nach AIB-Sonderheft 1/85) Anhand der Räumung Pnom Penhs sollen diese Vorwürfe diskutiert werden:

Kaum waren die Kämpfer der Front am 17.4.75 in Pnom Penh einmarschiert, ordneten sie die komplette Räumung der Stadt an. Ein solcher Schritt ist beispiellos in der revolutionären Geschichte. Es handelte sich um etwa 3 Mio. Menschen, von denen ein Großteil vor den US-Flächenbombardements in die Hauptstadt geflohen war. Die KP Kampuchas hat die Maßnahme, die kurzfristig aufgrund des überraschend schnellen Zusammenbruchs des Lon Nol-Regimes beschlossen wurde und nach eigenem Eingeständnis schlecht vorbereitet war, in erster Linie mit der katastrophalen Ernährungslage begründet und dem Zwang, sofort den Wiederaufbau der Landwirtschaft und des Bewässerungssystems in Angriff zu nehmen.

Die Probleme bestanden in der Tat: Große Teile der landwirtschaftlichen Anbaufläche waren verwüstet, das in Jahrhunderten aufgebaute Bewässerungssystem zerstört. Die 3,5 Mio. Menschen in den Städten hingen völlig von der US-Luftbrücke ab. Die Vorräte in Pnom Penh reichten nach dem Abzug der USA noch für zehn Tage. Nach einem Bericht eines US-AID-Teams an das Pentagon "wurde Kampuchea innerhalb von fünf Jahren von einem großen Reisexporteur zu einem großen Importeur und rutschte, mit dem Ende der Importe im April 1975, an die Schwelle des Verhungerns ... Sklavenarbeit und Hungerrationen für

die Hälfte der Bevölkerung ... wird eine grausame Notwendigkeit in diesem Jahr sein." Für die auf dem Lande gesammelten Vorräte gab es keine Transportmittel, sie in die Stadt zu bringen. 75% aller Zugtiere waren vernichtet. Und internationale Hilfe war ausgeschlossen, es sei denn um den Preis der Selbstaufgabe der gerade erkämpften Befreiung: Die internationalen Hilfsorganisationen hatten das Lon Nol-Regime unterstützt, die UN hatte bis zum Schluß Lon Nol anerkannt, und die USA kamen sowieso nicht in Frage. Die Evakuierung der Städte hatte als Ergebnis, daß auch nach kampucheanischen Angaben mehrere Hunderttausend verhungerten, weil auch die von der FUNK auf dem Land angelegten Vorräte nicht ausreichten. Andererseits hätte der Hunger noch schlimmer gewütet, wäre die Hälfte der Bevölkerung des Landes (gegenüber 20% vor dem Krieg) in den Städten geblieben. Der gewaltige Arbeitseinsatz der gesamten Bevölkerung in den Landgebieten nach 1975 hatte aber auch eine andere Wirkung: Das Bewässerungssystem wurde wiederhergestellt, und 1978



Tempel von Angkor. Entgegen der Programmatik der FUNK hatte die Regierung des Demokratischen Kampuchea die Religionsfreiheit negiert.

war die landwirtschaftliche Produktion soweit entwickelt, daß jeder täglich 900g Reis bekommen konnte.

Es ist einfach, der KP Kampuchas dafür die Schuld zuzuweisen und die Hungertoten ihrem "Bauernfetischismus" zuzuschreiben. Dabei hatten die US-Imperialisten mit der Zerstörung des Landes und der Anbauflächen, die noch größere Ausmaße als in Vietnam hatte, diese Katastrophe vorbereitet und die kampucheanischen Revolutionäre damit vor die Alternative gestellt, das Verhungern eines Teils der Bevölkerung in Kauf zu nehmen oder aber das Land erneut imperialistischem Zugriff auszuliefern und damit einer unendlichen Verlängerung der Leiden der Bevölkerung. Und völlig in Vergessenheit geraten dabei die 600000 Kriegstoten und 1 Mio. Verwundeten, die auf das Konto des US-

Imperialismus gehen.

Ein weiterer Grund der KP Kampuchas, die Städte zu evakuieren, war die Absicht, das weitverzeigte US-Spionage- und Sabotagenetz im Lande zu zerschlagen. Schon in den 50er und 60er Jahren hatte die CIA dieses Netz aufgebaut, in deren Sold mehrere Zehntausend standen, konzentriert in den Städten. Angesichts der zahlenmäßigen Schwäche der KP Kampuchas und der zum Zeitpunkt der Befreiung 1975 erst in den Anfängen befindlichen Politik der FUNK unter der Bevölkerung in den Städten war die gerade errungene Befreiung im höchsten Maße gefährdet, anders als z.B. im Süden Vietnams, wo die FNL immerhin über 20 Jahre politisch gearbeitet hatte. Die Evakuierung der Städte sicherte überhaupt erst die effektive Kontrolle über das Land.

Unbestreitbar, auch nach dem Eingeständnis der KP Kampuchas, ist es bei der Evakuierung der Stadtbevölkerung und ihrer Ansiedlung auf dem Land zu Ausschreitungen und Hinrichtungen gekommen. Der Führungskern des Lon Nol-Regimes, soweit dessen Mitglieder nicht geflohen waren, wurde hingerichtet. Es hat auch Fälle gegeben, daß z.B. langhaarige Jugendliche aus Pnom Penh von bäuerlichen Guerillas umgebracht wurden. Und schwer zu verstehen ist die Maßnahme, auch die großenteils schwerkranken Patienten und Kriegsverwundeten der Hospitäler Pnom Penhs bei der Evakuierung der Städte mitzunehmen – ohne jede medizinische Versorgung. Die Gründe dafür müssen in der unzureichenden politischen Vorbereitung der KP Kampuchas, ihrer Mitglieder und der meist bäuerlichen Soldaten und Guerillakämpfer auf die Aufgaben nach der Befreiung gesucht werden.

Andererseits waren – nach den wenigen ernstzunehmenden westlichen Quellen – diese Erscheinungen zahlenmäßig gering im Verhältnis zu den Hungertoten. Und zu den oft zitierten Säuberungen kam es erst 1977 und später, als die KP Vietnams auf ihrem IV. Parteitag "besondere Beziehungen" zu Kampuchea und Laos beschloß und daran ging, mit Infiltration und Subversion das Demokratische Kampuchea, das diese "besonderen Beziehungen" ablehnte, zu destabilisieren und schon 1978 zum ersten Mal zu überfallen.

Quellenhinweis: William Shawcross: Schattenkrieg, Frankfurt/Berlin 1980; ders.: The Quality of Mercy, New York 1984; Francois Ponchaud: Cambodia, Year Zero, London 1980; Michael Vickery: Cambodia 1975-1982, London 1984; Peter Schier: Die politische Entwicklung Kambodschas seit 1970, in: China aktuell 7/81; Far Eastern Ec. Review; Veröffentlichungen der ständigen Vertretung des Demokratischen Kampuchea bei der UNESCO, Paris – (wom, scc)

Libanon/Lagerkrieg

**Friedensabkommen
ohne die PLO**

Eine Woche nach Abschluß des Waffenstillstands kamen die Kämpfe um die Beirut Flüchtlingslager zum Stillstand. Am 17.6. wurde in Damaskus ein "Friedensabkommen" unterzeichnet, das unter syrischer Vermittlung von Vertretern der Amal, der palästinensischen "Nationalen Errettungsfront" (Anti-Arafat-Fraktionen) und der libanesischen "Nationalen Demokratischen Front" (libanesischen Linksparteien unter Führung Jumblatts) ausgearbeitet worden war. Die 13 Paragraphen des Vertrags sehen den Rückzug der Amalmilizen und der 6. Brigade der libanesischen Armee auf die Positionen vor Beginn der Kämpfe vor. Die schweren und die mittelschweren Waffen der Palästinenser sollen in Depots eingelagert werden, die unter Kontrolle einer Siebner-Kommission (2 Amal, 2 "Errettungsfront", 2 "Nat. Dem. Front", 1 Syrien) stehen. Die Palästinenser können ihre individuellen Waffen behalten, für die Ordnung in den Lagern soll die libanesischen Polizei sorgen. Die "Errettungsfront" soll von allen Beteiligten als alleinige Vertretung der Palästinenser im Libanon anerkannt werden, bis wieder eine Einheit aller palästinensischen Gruppen hergestellt sei. Im Zuge der späteren Entwaffnung aller Milizen sollen die Palästinenser gleich behandelt werden.

Die PLO unter Arafat war an den Verhandlungen um dieses Abkommen nicht beteiligt worden. Sie hat und hätte es auch nicht unterschrieben. Sie betrachtet das Abkommen als einen einseitigen Waffenstillstand ohne bindende Wirkung. Die PLO sei bereit, an allen Abkommen mit dem libanesischen Staat festzuhalten, dazu gehöre das Kairoer Abkommen von 1969 (bewaffnete Autonomie der Lager) und die Vereinbarungen beim Abzug aus Beirut 1982 (über PLO-Büros, soziale Fragen, Schutz der Lager, Einrichtung von Schulen, Gesundheitszentren, Arbeit des Palästinensischen Roten Halbmonds u.a.). Das Zentralkomitee der Al-Fatah beharrt auf der Einberufung einer arabischen Gipfelkonferenz, um Garantien für einen gesicherten Waffenstillstand zu erzielen. Das Abkommen sei ein "taktischer Schachzug" Syriens, ein Vorwand, die geforderte arabische Gipfelkonferenz zu torpedieren.

Al-Fatah appellierte an alle Fraktionen des palästinensischen Widerstands, die Differenzen jetzt zu überwinden. Im Rahmen eines offenen und unbegrenzten Gesprächs sollten alle strittigen Punkte erörtert werden. Die alleinige Vertretung der Palästinenser durch die "Errettungsfront" sei unzulässig und illegal. Tatsächlich

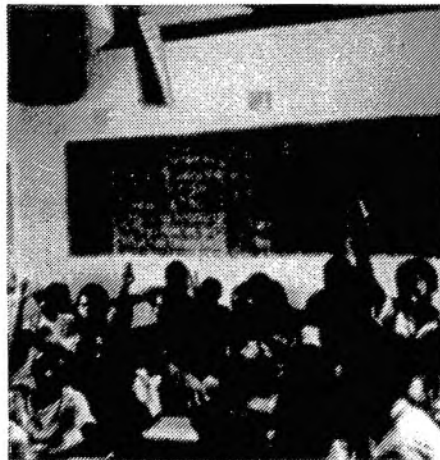
entspricht die Aufwertung der "Errettungsfront" durch den Abschluß eines Waffenstillstandsabkommens mit ihr unter völliger Umgehung der PLO weder den wirklichen Kräfteverhältnissen unter den Palästinensern im Libanon, noch dürfte sie der Stimmung jener Mitglieder der "Errettungsfront" entsprechen, die sich an der Verteidigung der Lager beteiligt haben. Auch die Volksfront (FPLP unter Habbash) und die Demokratische Front (FDLP unter Hawatmeh) haben bei dem Abkommen nicht mitverhandelt und nicht unterzeichnet. Daß der jetzige Waffenstillstand nur eine Art Atempause für die Belagerten sein könnte, befürchtet nicht nur die PLO.

Quellenhinweis: Palästina Bulletin 24-27, NZZ 21.6. – (bar)

Zimbabwe/Parlamentswahlen

ZANU/PF gestärkt, aber Kolonialist Smith hielt sich

Aus den zweiten Parlamentswahlen nach der Unabhängigkeit ist die regierende ZANU/PF gestärkt hervorgegangen. Die ZANU/PF wird nach den vorläufigen Ergebnissen 64 der 80 für Schwarze vorgesehenen Parlamentar-



Neue Schule auf dem Lande, sie wird von den Bauern verwaltet.

ier stellen, bei den Wahlen 1980 hatte sie 54 Sitze erhalten. Die ZAPU, die mit der ZANU/PF gemeinsam in der Patriotischen Front die Unabhängigkeit Zimbabwes erkämpft hat, hat in allen Wahlkreisen der Provinz Matabeleland die Wahlen gewonnen, sie wird 15 Abgeordnete haben. 1980 hatte sie auch in anderen Provinzen einige Wahlkreise gewonnen und so insgesamt 20 Abgeordnete. Der UANC von Bischof Muzorewa, der vor 1980 mit der Smith-Regierung kollaborierte, wird wahrscheinlich keinen Sitz mehr erhalten. Für einen Wahlkreis lag noch kein Ergebnis vor.

Die getrennt durchgeführten Wahlen der Weißen hat die "Konservative Allianz", geführt vom ehemaligen Regierungschef und Rassisten Smith, ge-

wonnen. Sie wird 15 der 20 für Weiße reservierten Abgeordneten stellen. Die "Gruppe der Unabhängigen Zimbabwes", die die ZANU/PF unterstützt und zu deren Wahl die ZANU/PF die Weißen aufgerufen hat, erhielt vier Sitze. Ein Abgeordneter gehört keiner Partei an.

Ministerpräsident Mugabe hat auf einer Pressekonferenz nach den Wahlen erklärt, die ZANU/PF werde die Verfassungsbestimmungen abschaffen, die die Weißen privilegieren. Die Weißen hätten durch ihre Wahlen bewiesen, daß sie an ihren alten kolonialen Vorhaben festhielten. Die ZANU/PF werde nicht bis 1990 warten, wenn das Verfassungsabkommen mit den ehemaligen britischen Kolonialherren ausläuft.

Großbritannien hatte im Verfassungsabkommen 1979 den Schutz der weißen Großgrundbesitzer vor Enteignung durchgesetzt und der weißen Minderheit 20 Parlamentssitze reserviert. Das Abkommen sieht vor, daß einzelne Verfassungsänderungen ab 1987 durchgeführt werden können, wenn 70 der 100 Abgeordneten dafür stimmen. Wenn sich ZANU/PF und ZAPU auf einen gemeinsamen Kurs gegen neokoloniale Umtriebe der Weißen einigen, könnten sie also die Landfrage lösen, ohne daß Großbritannien einen Vorwand zum Eingreifen hätte.

Quellenhinweis: FAZ v. 29.6., 8.7. 85; Financial Times v. 8.7.85 – (uld)

Brasilien

**Streikniederlagen der
Gewerkschaften**

Die großen Streiks der brasilianischen Arbeiter und Angestellten im April und Mai endeten zumeist mit Niederlagen. Die Automobilarbeiter streikten acht Wochen. Die imperialistischen Konzerne entließen über 3000 Beschäftigte. VW läßt den "Streikverlust" mit einer dritten zusätzlichen Schicht z.T. wieder hereinfahren und will die Produktion gegenüber 1984 um 20% auf 362000 Fahrzeuge steigern. Der Konzern plant Exporte in Höhe von 450 Mio. US\$.

Die Hoffnung vieler brasilianischer Lohnabhängiger, mit der neuen Regierung würde vieles besser, erweist sich immer mehr als wenig realistisch. Zwar erhöhte die Regierung den gesetzlichen Mindestlohn auf rund umgerechnet 65 US\$. Bei halbjährlicher Anpassung an eine Inflationsrate von über 200% bleibt fast nichts mehr. Das Wahlrecht für 20 Mio. Analphabeten wurde eingeführt. Das Streikrecht soll gesetzlich verankert werden, "lebenswichtige Dienstleistungsbereiche" bleiben weiterhin unter Sonderrecht gestellt. Während der Streiks im April und Mai trat Ministerpräsident Sarney gegen "Verletzung des Privat-

eigentums und der nationalen Sicherheit" auf. Er beschwor, die wirtschaftliche Gesundung und die Reformpolitik nicht zu gefährden. Ein Schwerpunkt der Regierung – die angekündigte Landreform – versprach, 30 Mio. Kleinbauern- und Landarbeiterfamilien Land zu übereignen. Nur 130000 ha stehen im ersten Stadium zur Verteilung an; darunter Land, das sich im Staatsbesitz befindet. Die Besitzer werden mit verzinster Staatsanleihe entschädigt. Die armen Bauern- und Landarbeiterfamilien müssen das Land innerhalb von 15 bis 20 Jahren bezahlen. Viele Landarbeitergewerkschaften haben dieses Programm inzwischen abgelehnt. Sie halten an Landbesetzungen fest. Sarney kündigte die Landverteilung u.a. an, daß dadurch der "Kapitalismus vervollkommen" werde.

Gegen den Widerstand von Linken in der größten Regierungspartei PMDB (Partei der demokratischen Bewegung Brasiliens) ist die Regierung mit dem Internationalen Währungsfonds einig geworden. Die imperialistischen Gläubiger setzten sich mit einem Sanierungsprogramm durch. Die Staatsausgaben sollen um 6 Mrd. US\$ gesenkt werden. Steuererhöhungen sollen weitere 2,8 Mrd. US\$ bringen. Im einzelnen: Subventionen in den Bereichen Zucker und Alkohol werden abgebaut, Beihilfen an die Bauern eingestellt, der Preis für Alkohol als Treibstoffzusatz wird erhöht. Für die Staatsbetriebe verordnet der IWF weiter die Streichung von Stellen und Sozialleistungen. Nach Angaben des Arbeitsministeriums wird eine Senkung der Staatsausgaben um 3 Mrd. DM den Abbau von 20000 Arbeitsplätzen bedeuten. Der ab 1.3. gültige Preisstop wird aufgehoben. Die Strompreise werden in zwei Etappen um 50% erhöht, die für Nahrungsmittel u.a. zwischen 12 und 20%.
Quellenhinweis: Brasilien-Ausschnittendienst; FAZ und NZZ versch. Ausgaben. – (sie)

Dänemark

Brauereiarbeiterstreik ergebnislos abgebrochen

Am 4. Juli beschlossen die 3600 Brauereiarbeiter bei Carlsberg und Tuborg in Kopenhagen, ihren Streik nach acht Wochen ergebnislos abzubrechen. Die ökonomischen Verluste für die Streikenden waren zu hoch. Sie haben lediglich die Zusage, daß bis zum neuen Jahr keiner entlassen wird.

Der Streik hatte das Ziel, den Auswirkungen der Rationalisierungsmaßnahmen durch ein neues betriebliches Rahmenabkommen, das für die nächsten fünf Jahre gilt, Schranken zu setzen. Die Arbeiter fordern, daß in

den nächsten fünf Jahren die Belegschaft außer denen, die altersbedingt ausscheiden, nicht reduziert wird. Außerdem wollen sie höheren Lohn – "Teilhabe am Rationalisierungsgewinn" der letzten Jahre. Die Akkordbezahlung soll von 26 auf 30 Kronen die Stunde steigen. Die Geschäftsleitung ist überhaupt nicht bereit, auf Lohnforderungen einzugehen. Zusätzliche Lohnkosten von 30 Mio. Kronen seien zuviel.

In den letzten fünf Jahren haben die Brauereien 1100 Arbeiter entlassen. Dadurch haben sie 750 Mio. Kronen an Lohnkosten gespart. Für die gleiche Summe haben sie investiert. Die Gewinne haben sich in diesem Zeitraum vervierfacht. "Die Brauereiarbeiter haben die Investitionen bezahlt", heißt es in der Streikzeitung der Brauereiarbeiter. "Während der Gewinn der Brauereien wächst und wächst, ist unser Reallohn um 20% heruntergegangen ... Unsere Lohnentwicklung liegt unter den 2 bis 3 niedrigsten in der Industrie."

Der Streik hatte die Brauereikapitalisten nur begrenzt getroffen. Die Brauereiniederlassung in Fredericia,

die den westlichen Teil Dänemarks versorgt, produzierte weiter.

Die Streikenden hatten zwar große Sympathie unter den dänischen Arbeitern, es wurden Unterstützungskomitees gebildet und 3,5 Mio. Kronen gesammelt, aber der ökonomische Druck für die Streikenden war doch zu groß. Die Gewerkschaft hatte zum Schluß beschlossen, die Streikkasse nicht zu öffnen. Das Arbeitsgericht erließ zweimal hohe Strafen. Jeder einzelne Arbeiter hatte einen Lohnverlust von ca. 24000 Kronen. Dazu kommt die Geldstrafe vom Arbeitsgericht, die sich zusammen auf 8000 Kronen für jeden Arbeiter beläuft. Zusammen müssen die Arbeiter also 24,4 Mio. Kronen an den dänischen Arbeitgeberverband bezahlen. Außerdem haben die zwei zuständigen Gewerkschaften eine Strafe von zusammen 12 Mio. Kronen erhalten. Das ist, bezogen auf die Mitgliederzahl von 4600 in Kopenhagen, die härteste Strafe, die bisher eine Gewerkschaft erhalten hat.

Quellenhinweis: Politiken, lfd. Nummern; Streikzeitung der Brauereiarbeiter. – (wiw)

Gewerkschaften in der VR Polen

Isolierung der Arbeiter durch Bildung von Gemeinwohlorganisationen

Um festzustellen, welche Möglichkeiten heute die Arbeiterbewegung in der Volksrepublik Polen hat, Klassenorganisationen zu bilden, muß man sich nicht nur mit den Gewerkschaften befassen, sondern auch mit den gesetzlichen Maßnahmen der Regierung, die nach Aufhebung des Kriegsrechtes am 22. Juli 1983 ihre Wirkung entfalteten.

Mit der Verkündung des Kriegs-

rechtes am 13.12. 1981 wurden alle Gewerkschaften suspendiert. Aufgelöst wurde die Gewerkschaft "Solidarität". Suspendiert waren aber auch die Reste der regierungstreuen Gewerkschaften, denen die Mitglieder weggelaufen waren. Durch das Gewerkschaftsgesetz vom 8.10.1982 konnten in ihrer Aktion beschränkte Gewerkschaften neu gebildet werden. Sie sind nur auf Betriebsebene zuge-



Nicht wiederholbar: Gewerkschaftsführer als Ziehkinder der Kirche



Ende Juni demonstrierten in Tianjin, Hafenstadt bei Peking, 2000 Menschen gegen die Preiserhöhungen für Lebensmittel. Nach Agenturberichten waren die Demonstranten, die die Stadtverwaltung blockierten, vor allem Fischer und Bauern aus den Vororten Tianjins (Bild). Sie verlangten die Zahlung einer Teuerungszulage, wie sie für Arbeiter und Angestellte der staatlichen Betriebe und Verwaltungen gezahlt wird. Die eingesetzte Polizei vertrieb die Demonstranten, einige wurden verhaftet. Gegen die Preiserhöhungen hatten Pekinger Busfahrer schon im April eine Teuerungszulage erstreikt. Offensichtlich gehen die Preiserhöhungen jetzt vor allem zu Lasten der Bauern, die bislang von der neuen Wirtschaftspolitik profitiert hatten. — (wom)

Wo man tatsächlich etwas über Gorbatschow erfahren kann

Die Spekulationen in der westlichen Presse über den Generalsekretär der KPdSU, ob er jetzt jemanden hinauf- oder hinabbefördert habe, sind wenig erhellend. Wir möchten deshalb auf einige in Deutsch vorliegende Aufsätze Gorbatschows hinweisen, aus denen die politischen Auffassungen der neuen Führung der KPdSU hervorgehen und die für die bevorstehende Programmrevision wichtig sind: "UdSSR konsequent auf leninschem Friedenskurs", 23.4.85 zur Außenpolitik; "Unsterbliche Tat des Sowjetvolkes", 8.5.85; zur Lage und den Perspektiven der UdSSR; "Die Grundfrage der Wirtschaftspolitik der Partei", 11.6.85.

Alle Titel sind erhältlich bei: Nowosti, Von-Groote-Str. 52, 5000 Köln 51, Tel.: 0221/385872. — (alk)

Hotel-Streik in New York erfolgreich beendet

Vom 1. bis 26.6. streikten 16000 Beschäftigte von 53 New Yorker Luxus-hotels. Die Kapitalisten hatten für die nächsten fünf Jahre eine Lohnerhöhung von 5% angeboten. Nach dem bisherigen Tarif bekamen Hotelbeschäftigte wöchentlich im Durchschnitt 315–320\$. Der neue Vertrag sieht eine durchschnittliche jährliche Lohnerhöhung von 6% für die nächsten fünf Jahre vor. Die Kapitalisten konnten aber Verschlechterungen bei der Aufgabenbestimmung bestimmter Tätigkeiten durchsetzen. — (gba)

lassen und können höchstens auf der Ebene der Branche tätig werden. Diese Gewerkschaften umfassen mittlerweile 4,3 Millionen Mitglieder, davon ein Viertel Rentner. Sie organisieren also bei weitem nicht die Zahl ihrer früheren Mitglieder und höchstens ein Drittel der Mitgliedszahl der Gewerkschaft "Solidarität". Man darf aber nicht vergessen, daß diese nie in der Mehrzahl aus Arbeitern bestand. Der größere Teil setzte sich zusammen aus Leuten mit Hochschulausbildung, Künstlern, Bauern und Studenten. Daß sich heute nicht dieser ganze Personenkreis in einer gemeinsamen gewerkschaftlichen Organisation zusammenfindet, hat Gründe, die über die Zerschlagung der "Solidarität" hinausgehen.

Das Interesse der Bauern, die heftige Kämpfe um das Recht geführt hatten, auch eine Gewerkschaft "Solidarität" zu gründen, wurde umgelenkt durch eine Initiative der katholischen

Kirche. Der Plan des polnischen Episkopats, eine Agrarstiftung ins Leben zu rufen, die dem privaten Eigentum in der VR Polen auf die Beine helfen soll, band die Energie der Bauern und kleinen Gewerbetreibenden an den Zweck der Stiftung, über Kredite Geldmittel flüssig zu machen für Investitionen. Schwerpunkte des Projekts betreffen Milchwirtschaft, Reparaturwerkstätten, kleine Verarbeitungsanlagen, Maschinenstationen, Anschaffung von Landmaschinen, chemischen Mitteln und Ersatzteilen. Zwar sind erhebliche Geldmittel durch brüderliche Vermittlung der Kirche vor allem in der BRD und den USA beigebracht worden, und die polnische Regierung schien sich mit dem Projekt abzufinden. Die Durchführung ist jedoch blockiert durch fehlende Ausführungsbestimmungen. Die Satzung der Stiftung ist noch nicht genehmigt. Zwar hat der Sejm ein Stiftungsgesetz beschlossen, aber bislang

scheitert das Projekt an dem Ansinnen der Kirche, die Stiftung solle von Steuern und Zöllen befreit sein.

In der Verfassung hat sich am Koalitionsrecht der Arbeiter nichts geändert. Nach wie vor gelten der Artikel 84, der allen Bürgern der Volksrepublik Polen das Recht garantiert, Vereinigungen zu bilden, und der Artikel 85, der die Aufgaben der Gewerkschaften beschreibt. Die Regierung hat diese Rechte nicht geschmälert. Sie hat sich jedoch sehr bemüht, eine Organisation auf nationaler Ebene zu beleben, in der die Arbeiter in der Minderheit sind. Die 1982 geschaffene "Patriotische Bewegung der Nationalen Wiedergeburt (PRON)" setzt die Tätigkeit der seit den fünfziger Jahren bestehenden "Front der Nationalen Einheit" fort. In den Artikel 3 der Verfassung wurde eigens eingefügt: "Die Patriotische Bewegung für Nationale Erneuerung ist die Ebene für die Vereinigung der Gesellschaft

Erklärung des PAC zum Tode von N. J. Pokela

Mit Bestürzung teilen wir Euch das plötzliche Ableben von unserem hochgeschätzten Vorsitzenden und Führer des PAC, des geliebten Genossen Nyati John Pokela, mit. Der Genosse verstarb am Sonntag, dem 30.6.85, in Harare, Zimbabwe, in den Morgenstunden nach sehr kurzem Unwohlfühlen.

Pokela war auf seinem Weg von Gaborone, Botswana, nach Dar es Salaam, Tansania, in Harare auf Zwischenstation. Am Donnerstag, dem 27.6.85, wurde er in ein Krankenhaus gebracht, weil er sich nicht wohl fühlte. Er erholte sich zwar bis Samstag,



aber hatte einen Rückfall am Sonntagmorgen, von dem er sich nicht mehr erholte.

Genosse Pokela wurde im Distrikt Herschel im Kapland geboren und wuchs teilweise in Lesotho (Mokhotlong) auf. Er machte sein Abitur ab 1946 in Healdtown Highschool und traf sich in diesem Jahr mit Mangaliso

R. Sobukwe, Gründungspräsident des PAC. Beide gingen nach dem Abitur zur Universität Fort Hare (Kapland), wo sie auch die Führungsrolle in der Jugendliga des ANC übernahmen. Zu ihnen stießen auch Robert M. Mugabe, Ministerpräsident von Zimbabwe, und der verstorbene Chitepo.

Als Delegierte besuchten Pokela als Führungsmittglied und Sobukwe als Vorsitzender der Fort Hare Jugendliga die Delegiertenkonferenz des ANC 1949. Auf dieser Konferenz wurde das "Action- and Nation-building"-Programm von der Jugendliga durchgesetzt.

Bei Gründung des PAC war für den Genossen Pokela zwar ein Amt in der Führung vorgesehen, aber das gestaltete sich nach dem Willen der Delegierten ganz anders: Er wurde vorgesehen als Koordinator der Aktivitäten des PAC, falls die Führung verhaftet würde.

Der PAC wurde 1959 gegründet. Beim Verbot, oder noch besser, nach dem Verbot des PAC 1960 wuchsen seine Aufgaben enorm an, aber er meisterte sie mit Bravour. Er berief ungezählte Versammlungen des PAC im Untergrund ein. Deren Höhepunkt war eine Konferenz, die als historische Konferenz in die Geschichte eingehen wird. Auf dieser Konferenz im September 1961 beschlossen wir den bewaffneten Kampf als Hauptkampfmittel. In dieser Zeit reiste Genosse Pokela unter den verschiedensten Pseudonymen durchs Land. 1962 eröffnete Pokela die erste Auslandsvertretung der Befreiungsbewegung in Maseru, Lesotho (damals: Basuthuland Protectorate, ein britisches "Protektorat"). Die große Razzia gegen PAC-Mitglieder 1963 (über 10000 Verhaftete) veranlaßte ihn, nach Maseru zu fliehen.

1965 wurde er wegen Anstiftung zur

Gewalt im Ausland in Lesotho verhaftet und vor den Kadi gezerzt, mußte aber mangels Beweisen freigelassen werden. Durch ein Zusammenspiel der britischen und südafrikanischen Polizei wurde er aus Lesotho verschleppt und vor die südafrikanischen "Richter" gezerzt. Von ihnen erhielt er 20 Jahre Haft, von denen 7 "parallel" verlaufen durften. Im April 1980 wurde er endlich freigelassen.

Nach der Entlassung forderte ihn die Führung des PAC im In- und Ausland auf, den Vorsitz des ZK des PAC zu übernehmen. Seit Januar 1981 erfüllte er diese Aufgabe. Bei der An-

nahme sagte er: "Ich werde mit der Arbeit meines alten Freundes, meines Kollegen, meines Genossen im Kampf, Mangaliso Sobukwe, wofür er gelebt hat und gestorben ist, fortfahren. Ich werde die unterdrückten und kämpfenden Menschen meines Vaterlandes nicht im Stich lassen."

Und genau das ist es, was Pokela tat: Er wirkte und starb für die kämpfenden Massen unseres Vaterlandes, des azanischen Volkes.

Pan Africanist Congress of Azania, Mission to the german-speaking areas, Italy and the Balkan-States, Dortmund, 3.7.1985



Zu einem eintägigen Generalstreik kam es am 2. Juli in Israel aus Protest gegen das durch Notstandsrecht durchgesetzte dritte Sparprogramm der Regierung. Kern des "Notstandspakets" ist die Erhöhung der Preise für Grundnahrungsmittel um durchschnittlich 65%, für Benzin um 27%, aller anderen Preise um 17%, ein dreimonatiger Lohnstopp, Lohnsenkungen im öffentlichen Dienst um 3%, Entlassung von 3% aller Staatsbediensteten (ca. 10000), Kürzung des Staatshaushalts um 1,5 Mrd. Dollar (= 7,5%), davon 50 Mio. Dollar im Sozialhaushalt, Einschränkungen und Verteuerung des Sozial- und Gesundheitsbereichs, Abwertung des israelischen Schekels um 18%, Sperrung von auf Devisen lautenden Bankkonten für mindestens ein Jahr. Als Folge des Sparprogramms wird nach Ansicht der Gewerkschaft das Realeinkommen um 30% sinken. Am Vorabend des Streiks kam es im Jerusalemer Armenviertel zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Tausenden von Demonstranten und der Polizei. Ungeachtet des Generalstreiks hat das israelische Parlament das Vorgehen der Regierung mit 70 gegen 19 Stimmen gebilligt. — (bar)

zum Wohle der Volksrepublik Polen und ebenso für das Zusammenwirken der politischen Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und Vereinigungen sowie der Bürger unabhängig von ihrer Weltanschauung, die darauf abzielt, den sozialistischen Staat zu festigen und zur allseitigen Entwicklung des Landes beizutragen."

Auf dem I. PRON-Kongreß behauptete Ministerpräsident Jaruzelski, es gehe nicht darum, wer sich mit wem verständigen solle, sondern darum, "warum zu welcher Frage eine Verständigung erzielt werden" müsse. Dreierlei sei grundlegend für die nationale Verständigung: die äußere Sicherheit Polens, die innere Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, reale Voraussetzungen für die Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebens des Volkes und für den zivilisatorischen Fortschritt Polens zu schaffen. "Hier ist ein Betätigungsfeld für jede Bevölkerungsgruppe, für jeden

Einzelmenschen, der seinen Lebensweg mit dem Gemeinwohl in Einklang bringt." Die Bewegung stehe jedem offen, der diese Ziele unterstütze. Den Einzelmenschen versicherte Jaruzelski: "Wir fragen sie nicht nach ihren Lebensläufen. Die Verirrten und Desorientierten stuften wir nicht übereilt ein. Wir nehmen alle jene, die sich von reinen patriotischen Beweggründen leiten lassen, auch jene, die in der Vergangenheit unsere Gegner waren, auf. Wir wollen keine Gegner mehr haben, zumal wir jedes Paar polnische Hände brauchen." Der Arbeiterprotest von 1980 sei begründet gewesen. "Wir verstehen die Absichten der Millionen von Werktätigen, darunter auch vieler Parteimitglieder, die der ehemaligen 'Solidarität' angehörten und deren Vertrauen so hinterhältig mißbraucht wurde."

Nicht zuletzt erläutert Jaruzelski hier den Charakter der Patriotischen Bewegung der nationalen Wiedergeburt

als Erziehungsanstalt für abtrünnige PVAP-Mitglieder. Die Aktivierung der "schweigenden Mehrheit" durch die PRON hat die Funktionäre der "Solidarität" im Untergrund weiter isoliert. Auf diesem Hintergrund ist eine weitere Verfassungsänderung zu würdigen, die sich mit der Arbeiterklasse befaßt und ihrer Ausnutzung für die Nation Lorbeeren windet. Zum Artikel 4, der die Ziele der Tätigkeit des Staates festlegt, wurde hinzugefügt: "Die Volksrepublik Polen verwirklicht die gesamtationalen Bestrebungen der Arbeiterklasse, nutzt ihre Errungenschaften und Aktivität, vergrößert die Mitwirkung der Arbeiter bei der Lösung der Probleme des Staates, der Gesellschaft und Wirtschaft und festigt das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft."

Quellenhiweis: Europa Archiv 1984 und 1985; Herder Korrespondenz 2/85 — (anl)

* Veröffentlichungen *

Dokumentation: Zukunft der Frauenarbeit

Das vorliegende Buch wurde herausgegeben von der "Arbeitsgruppe: Zukunft der Frauenarbeit", Bielefeld und geht auf einen 1983 durchgeführten Kongreß zu o.g. Thema zurück. Es beinhaltet Protokolle und Dokumentationen zur Frauenerwerbsarbeit in der BRD. Folgende Zitate zeigen in etwa die Richtung an, unter der der Kongreß stattfand: "Es wurde nicht von unserer Arbeit gesprochen, deren Entwicklung dahin geht, daß uns fast nur noch Beschäftigungsverhältnisse zur Verfügung stehen, die nicht arbeitslosen-, kranken- und rentenversichert sind, daß diese Arbeit immer schlechter bezahlt ist bzw. Arbeitsleistungen, die wir unbezahlt verrichten müssen, gerade im sozialen Bereich, ständig zunehmen ... Denn das ist es ja, was den Feminismus ausmacht, seine umfassende Radikalität, der Kampf gegen eine rassistische, sexistische und militaristische Klassenherrschaft und eben nicht abstrakt und eins nach dem anderen, sondern grundsätzlich jeden Tag." Die Frauen werden "gewaltsam zur Naturbasis dieses Systems gemacht, um dann mit ihren Produkten wie mit Naturprodukten, mit ihrer ganzen Person und Arbeit wie mit Naturvorkommen umzugehen, d.h. sie anzueignen, zu rauben, zu zerstören ..."

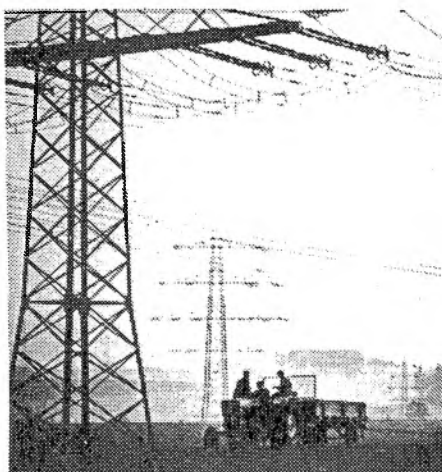
Im Anhang wird die Struktur der Frauenerwerbsarbeit untersucht, wo die Autorinnen u.a. zu dem Ergebnis kommen, "daß die Kluft zwischen den Einkommen von Männern und Frauen im Dienstleistungssektor am größten ist: Die Einkommen der Frauen betragen 2/3 dessen, was die Männer verdienen ..." (Erschienen im AJZ-Verlag, 15,00 DM — heg)

"Rekommunalisierung der Energieversorgung"

In der "Werkstattreihe" des Öko-Instituts erschienen zwei Beiträge der "Projektgruppe Energiewende II" des Instituts. "Leitgedanke der Energiewende-II-Studie ist die 'Rekommunalisierung' der Energiepolitik", so die Einleitung, als Voraussetzung für eine "energetisch, ökologisch und sozial verträgliche" Ausrichtung, bewußt in Abgrenzung von "einer 'Gürtel-enger-schnallen- Ideologie'".

Der erste Beitrag behandelt "Die Geschichte der deutschen Elektrizitätswirtschaft und ihre Auswirkungen auf die kommunale und regionale Energieversorgung"; dies als Begründung für die vorgeschlagene Rekommunalisierungsstrategie, gegen die Interessen und die Vorherrschaft der zehn großen Verbund-Energie-Versorgungsunternehmen als "Hemmschuh einer rationalen Energiepolitik". Die

Lektüre erleichtert wirklich das Verständnis der Interessen, denen die herrschende zentralistische Organisation der Strom-Erzeugungs- und -Transportsysteme geschuldet war und ist: Kriegsfähigmachung der Energieversorgung v.a. im Faschismus, damals und heute spezifische Energiebedürfnisse der großen Industrie und der großen Verbund-EVU. Der systematische Zwang des Versorgungssystems gegen die EVUs, den Industriebetrieben Preise zu bieten, die durch überteuerte Haushaltstarife subventioniert sind, wird systematisch dargestellt und am Beispiel "Hamburger Aluminiumwerke" belegt. Die Rekommunalisierung wird



Großkraftwerke, Überlandleitungen, zentralisiertes Energie-Verbund-System: Nicht technisch notwendig, sondern fürs Profitmachen.

als nötige Grundlage erläutert, "um in demokratischen Gremien ... Berücksichtigung und Abstimmung der verschiedenen Interessen" — eben zwischen Haushalten und Industrie usw. — zu erreichen, anstatt der sonst sich automatisch durchsetzenden Kapital-Interessen.

Der zweite Beitrag — "Energiekonzepte in Ballungsgebieten; das Beispiel Mannheim" — zeigt, warum auch in noch kommunalen EVUs eine "industriefreundliche Orientierung der Investitions- und Tarifpolitik" (die an auch für andere Orte nachvollziehbaren Beispielen belegt wird) zu weit überteuerten Haushaltstarifen führt. Die Verbindungen der EVUs zu den Kommunalhaushalten werden untersucht sowie der dadurch bewirkte Druck auf Energie-Umsatzmaximierung (statt bedarfsorientierter Dienstleistung für die Bevölkerung).

Insgesamt für alle mit kommunaler Energiepolitik Befasste eine lohnende Lektüre, die Anhaltspunkte zur eigenen örtlichen Tätigkeit gibt. (Werkstattreihe des Öko-Instituts, Wittmannstr. 45, 78 Freiburg, Heft Nr. 10; 15,00 DM — bef)

Beseitigung jeglichen Mieterschutzes gefordert

"Mehr Markt in der Wohnungswirtschaft" — unter diesem Titel fordern sieben als "Kronberger Kreis" firmierende Wissenschaftler in einer Broschüre des "Frankfurter Instituts für wirtschaftspolitische Forschung e.V." die Bundesregierung auf, den mit der Einführung der Staffelmiete und von Zeitmietverträgen eingeschlagenen Weg konsequent fortzusetzen. Ihre Hauptforderungen: Die staatliche Förderung des Wohnungsbaus soll eingestellt werden, weil in der Bundesrepublik eine Überversorgung mit Wohnraum drohe. Statt Schlafplätze solle der Staat Arbeitsplätze fördern. Die "Vertragsfreiheit" im Mietrecht solle eingeführt werden. "Der Anschein der Wohnungsnot wäre dann in ganz kurzer Zeit beseitigt. Die Leute würden an dem Ort und in der Ausstattung und Größe eine Wohnung finden, die ihren Wünschen und Möglichkeiten entspricht." Eine höhere Wohneigentumsquote sei anzustreben durch Privatisierung des "geballten Wohnungseigentums" gemeinnütziger Gesellschaften, der Kommunen, Kirchen und Gewerkschaften. "Auf das eigene Heim wird mehr Sorgfalt verwendet, und es werden größere Eigenleistungen erbracht." — (pek)

Gewerkschaftsjahrbuch 1985: genauer Überblick

Die Verfasser der einzelnen Abschnitte des 700 Seiten starken Handbuchs — 1985 zum zweiten Mal erschienen — sind meist Referenten in Institutionen des DGB oder Hochschulwissenschaftler. In 22 Kapiteln fassen die Schreiber eine Fülle von Informationen zusammen, die sonst nur in kaum zugänglichen Veröffentlichungen verstreut zu erhalten sind. Der Bereich der Abschnitte geht von "Mitgliederzahlen und insbesondere Entwicklung der jugendlichen Mitglieder", "Wirtschaft", "Technologie", "Sozialpolitik" (umfassende Übersicht über die Maßnahmen der Regierung), "Internationale Arbeit — Westeuropa und Welt" bis "Literatur zu Gewerkschaftsfragen". Durch Querverweise sind für den Leser Zusammenhänge deutlicher gemacht, zu einzelnen Kapiteln sind Aufsätze und Gewerkschaftsveröffentlichungen aufgelistet. Im Mittelpunkt der Darstellung "Tarifpolitik und Arbeitskämpfe" steht der Kampf um Arbeitszeitverkürzung im Jahr 1984. Der Bericht erfolgt "im Hinblick auf die weitere Perspektive der gewerkschaftlichen Arbeitszeitpolitik". Nachdem die Verfasserin festgestellt hat, daß "die Spielräume für variable und differenzierte Arbeitszeiten der Tendenz nach negative Effekte" haben, fordert sie aber, daß die Perspektive sein solle: "Mehr 'Zeitsouveränität' für die Arbeitnehmer", worunter auch fallen

solle die "freie Handhabung von Lage und Dauer der Arbeitszeit an den einzelnen Arbeitstagen je nach persönlichen Bedürfnissen". Sie glaubt, "mehr Zeitsouveränität für die Arbeitnehmer steht zur arbeitgeberseitig geforderten Arbeitszeitflexibilisierung in einem noch schärferen Widerspruch als die Forderung nach genereller Arbeitszeitverkürzung". Die Kapitalisten haben jedoch durch ihr Vorgehen gezeigt, daß für sie dieser behauptete Widerspruch nicht vorhanden ist. Mit dieser Art Zeitsouveränität kann die Arbeiterbewegung kaum verhindern, daß "das kollektive Schutzniveau ... insgesamt abgesenkt" wird, dessen Verteidigung in diesem Band als Aufgabe formuliert wird. (Gewerkschaftsjahrbuch 1985. Daten—Fakten—Analysen, Hrsg. M. Kittner, Bund-Verlag, 24,80 DM — gba)

"Mut zur Menschlichkeit, der alle Menschen einschließt"

"Friedensreden und Streitschriften" aus den Jahren 1971 bis jetzt hat die Spitzenkandidatin der Friedensliste zu den Landtagswahlen in NRW jetzt veröffentlicht. Uta Ranke-Heinemann ist heute Professorin für katholische Theologie. Alle Reden richten sich gegen den "drohenden Krieg", das atomare Ende. Eine wiederkehrende Kritik ist die Unterstützung der Kirchen für den Faschismus, für "gerechte Kriege", "als ob das Wort 'Krieg' je das Wort 'gerecht' neben sich verdienen könnte", an der Rolle der Militärseelsorge. Sie weist dies als unchristlich zurück, oft in bösen und bissigen Worten. So auch z.B. in den zehn Streitschriften "Kirche und Christen", u.a. in "Beklemmende Bilanz — Der Gott des Friedens, die Christen und der Krieg" oder in "Gott hängt, rädert, enthauptet, würgt, krieget — Todesstrafe und Religion im Lauf der Geschichte". Man könnte sagen "Krieg und Religion seien geradezu füreinander bestimmt und arbeiteten sich gegenseitig zu" ... "zu fragen ist, ob nicht auch noch heute bei der maßlosen Aufrüstung solche pervertierte christliche Religiosität im Spiel ist" wie die "vom 'hl. Kreuzzug für Christus', für die 'Errettung der Welt vom gottlosen, christusfeindlichen Bolschewismus' usw". Das macht die "Kirche von unten" für Jugendliche interessant. Die Autorin geißelt die Masse der "Ja-Sager", "Mitläufer" und vernebelt so, wer für welche Zwecke Kriege veranstaltet. Es sind "Wahnsinnige" in "Ost und West". Was bleibt zu tun? Das strategische Konzept (für die Friedensbewegung): besser mit "Nein sagen" untergehen, als zum Mitläufer werden, ist nicht bloß eklig, es verschnürt die Gegner der Kriegstreiber zu einem resignierten Bündel. (Widerworte, Friedensreden und Streitschriften, Torso-Verlag, Essen 1985, 248 S., 19,80 DM — düb)

GRÜNE

Hagener Parteitag — Noch ist nichts verbaut

Der Parteitag der GRÜNEN in Hagen, eine Verlängerung des wegen Zeitnot abgebrochenen Hamburger Parteitags und schlau nach den wichtigen NRW-Wahlen terminiert, sah sich — immer noch verblüfft — vor der Notwendigkeit, Gründe für die schweren Wahlniederlagen zu finden. Bedenkt man die forsche Unverschämtheit, mit der Matadore wie Schily, Bahro u.a.m. die Schwierigkeiten der GRÜNEN Äußerungen dieser oder jener Parteiströmung zuschreiben, muß man den umseitig abgedruckten Parteitagsbeschluß eher begrüßen. Die Antragsteller suchen ihre Erklärung nicht ausschließlich in den Eingeweiden der GRÜNEN Partei. Dennoch fragt sich, ist die gegebene Beurteilung auch richtig?

Partei schwach, Bewegung o.k.?

Der Parteitag stellt fest, daß für die Schwäche der GRÜNEN das Nachlassen von "Druck und Schwung" sozialer Bewegungen, genannt werden Friedens-, Anti-AKW-Bewegung, wesentlich sei. Einen Grund dafür nennt die Resolution nicht, sie sucht nicht einmal. Das Dogma, wonach Bewegungen gesund sind und nur Parteifehler zu Rückschlägen führen, bewirkt auch eine schiefe Beurteilung der SPD. Diese sei in ihrer Oppositionsrolle gestärkt worden, weil Erwerbsarbeit und soziale Gerechtigkeit klassische Themen der Sozialdemokratie seien, und habe Integrationskraft gewonnen, indem sie sich ökologischen und alternativen Fragestellungen geöffnet habe. Ganz richtig bemerkt die Resolution weiter unten, daß die SPD-Lösung "Arbeit und Um-

welt" nicht die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie bedeute, sondern: "den Kreislauf von Umweltzerstörung und Reparatur". Aber: Zustrom aus dem Wählerbereich der GRÜNEN hat die SPD erhalten, obwohl diese Tatsache bekannt war, weil viele auf Posten als Reparatoren hoffen, weil reparieren immer noch besser wäre als bloß verrotten lassen ... Das Programm "Arbeit und Umwelt" wurde ja als Programm "Arbeitsplätze durch Förderung der Umwelttechnologie" gehandelt, das Ziel, ein großes internationales Geschäft durch Export von Umwelttechnologie und den Erwerb einer Weltspitzenstellung in der Umwelttechnologie zu machen, offen propagiert. Das hat gezogen. Das hat die "Bewegungen" nicht unbeschadet gelassen. Das hat nicht nur "Druck und Schwung" genommen, sondern Richtungsverluste gebracht. Dazu paßt dann auch besser die Stabilisierung der FDP, zu der der Parteitag nichts sagt.

Druck und Schwung durch Koordination

Auf den ersten Blick makaber wirkt unter solchen Voraussetzungen der Vorschlag zur Problemlösung, "i. Wiederaneignung der politischen Initiative: Kampagnenfähigkeit". Druck und Schwung können danach erzeugt werden durch inhaltliche Zuspitzung auf wenige Brennpunkthemen, Kontaktaufnahme, Koordination, Einbeziehung, zeitliche Abstimmung.

Dieser Parteitagsbeschluß ermöglicht den Parteispitzen inhaltliche Zensur der Arbeit der GRÜNEN Basis-einheiten, denn: wer wird feststellen, welcher Punkt "brennt" oder nicht?

Und sowas zieht eben!

"Die grünen Emotionen, ihre Wertvorstellungen, angesiedelt zwischen dem absoluten Primat der Ökologie und zweifelsohne sozialistisch-kommunistischen Idealen sind und bleiben für unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit gefährlich, sehr gefährlich sogar! Was die autarkieähnlichen Vorstellungen der Grünen für unser Land bedeuten, das mit seinen Exporten direkt sechs Millionen Arbeitnehmer und ihre Familien ernährt, das bedarf hier keiner Erörterung. Hinzu kommt: Wir sind heute so weit, daß die deutsche Wirtschaft, aber auch die Landesregierungen, bei ihren Investitionsentscheidungen politische Risiken innerhalb der Bundesrepublik beachten muß. Das bayerische Wackersdorf erhielt den Zuschlag in Sachen Wiederaufbereitungsanlage — so heißt es —, weil in Bayern im Gegensatz zu Niedersachsen grün-rote Mehrheiten auf absehbare Zeit ausgeschlossen sind. So etwas kann sich sehr schnell zu einem negativen Faktor für den internationalen Standort "Wirtschaft in der Bundesrepublik" ausweiten. Wenn in der Folge bei uns die Lichter ausgehen, werden sie vielen grünen Wählern erst aufgehen. Aber dann ist es vielleicht zu spät." (von Amerongen)



Dazu muß man lesen, daß "in der Koordination von Partei- und Parlamentsarbeit" die "Stärke der GRÜNEN" läge. So entzieht sich die "Parlamentsarbeit" der Kontrolle durch die Partei, mit der sie bloß noch koordiniert werden muß. Der Versuch, Geschlossenheit durch bürokratischen Zwang zu erzielen, ist gefährlich, darüber sollte man nicht übersehen, daß der Beschluß, in dem die GRÜNEN ein "Politikdefizit" feststellen, auch die Möglichkeit zu einer fruchtbaren Behandlung der "Programmfrage" läßt.

Politikdefizit und Programmfragen

Programme, auch ganz konkrete, habe man in "respektabler Fülle" erarbeitet, umweltschonende Energiebereitstellung, Rentenmodell, Müllkonzept, es fehle aber "die Kraft zur Konzentration der Inhalte auf die politischen Brennpunkte". Was kann gemeint sein? Anerkannte, beispielhafte Brennpunkte sind: "Erwerbslosigkeit, Armut, SDI u.a." Ein typisches Programm das Rentenmodell. Nun wird wohl gemeint sein, man müsse das Rentenmodell auf seinen Inhalt konzentrieren und würde so zu einem Brennpunkt gelangen. Der Inhalt des Rentenmodells kann letzten Endes bloß die Behauptung der Menschenwürde alter, arbeitsunfähiger, ohne Versicherung zur Armut verurteilter Leute sein. Mit anderen Worten: ein Rentenmodell, ein Mindesteinkommensmodell, irgendein Sozialmodell, wird sinnlose Spielerei ohne Kritik der Armut, ohne Kritik der gesellschaftlichen Ursachen der Armut.

Umkehr der Entwicklungslogik

Die Schwierigkeiten der GRÜNEN Partei lassen sich am Beispiel "Armut" vielleicht am besten begreifen. Die GRÜNEN kritisieren den individuellen Verbrauch mit Begriffen wie Konsumzwang, Wegwerfgesellschaft und dergleichen. Das ist eine ideologische Auseinandersetzung, die sich, wenn auch eigenartig vermittelt, gegen das Karrieredenken, gegen die Laufbahnkonkurrenz stellt. Diese Begriffe versagen jedoch angesichts wirklicher Armut, tatsächlicher Unterkonsumtion. Würden die GRÜNEN zur Frage von Einkommen und Eigentum die Haltung zulassen: mehr ist besser als weniger und Leistungskonkurrenz bringt die Welt voran, könnten sie zur FDP gehen. Treten sie jedoch angesichts zunehmender Unterkonsumtion mit kritischen Begriffen wie Konsumzwang an, klingt das auch blöde. Unter dem Stichwort "Entwicklungslogik" kann die GRÜNE Partei versuchen zu charakterisieren, wie die unterschiedlichen Bedrückungen der arbeitenden Klassen in der BRD zusammenhängen, und eine Position entwickeln, die sie nicht wie jetzt stets unter den Kiel der SPD treibt, wenn Arbeiterinteressen zur Sprache kommen. — (maf, jöd)

Resolution der a.o. Bundesversammlung der Grünen Politische Initiativen durch politische Kampagnen

Die derzeitige Schwäche der GRÜNEN ist das Ergebnis wirtschaftlich-politischer Entwicklungen auf Bundesebene und der ganz unterschiedlichen Reaktionsweisen von GRÜNEN und SPD auf diese Entwicklungen. Das politische Hauptversprechen der Bundesregierung, der wirtschaftliche Aufschwung, bescherte zwar mäßige Wachstumsraten, änderte aber nichts an der steigenden Massenverwerbslosigkeit, und der Sozialabbau der letzten Jahre entfaltet allmählich seine Langzeit- und Breitenwirkung.

Dies stärkt die Oppositionsrolle der SPD gegen die Bonner Wende, da Erwerbsarbeit und soziale Gerechtigkeit klassische Themen der Sozialdemokratie sind. Zusätzlich öffnet sich die SPD gegenüber ökologischen und alternativen Fragestellungen und gewinnt dadurch neue Integrationskraft. Die GRÜNEN hingegen zelebrieren bundesweit einen oft inhaltsleeren Streit um Strategie- und Bündnisfragen, versenken sich in Programmexzesse wie in NRW, treten aber an zentralen Brennpunkten der politischen Auseinandersetzung (Erwerbslosigkeit, Armut, SDI u.a.) wenig in Erscheinung. Hinzu kommt wesentlich, daß der Druck und der Schwung von sozialen Bewegungen (Friedens-, Anti-AKW-Bewegung) in der Öffentlichkeit stark nachgelassen hat.

1. Wiederaneignung der politischen Initiative: Kampagnenfähigkeit

Rezepturen für eine Erholung von dem grünen Schwächeanfall gibt es viele: Programmarbeit, Programm-erneuerung gar, Strukturreformen und dazu eine Menge neuer Kommissionen. Ohne den Sinn dieser Vorschläge gänzlich in Abrede stellen zu wollen, ihre Reichweite ist sehr begrenzt. Die GRÜNEN haben schon eine respektable Fülle ganz konkreter Programmkonzepte entwickelt: Zur umweltschonenden Energiebereitstellung, ökologische Umbauprogramme, Konzepte zur Arbeitszeitverkürzung, alternatives Rentenmodell, Müllkonzepte und viele andere mehr. Allein, es fehlt die Kraft zur Konzentration der Inhalte auf die politischen Brennpunkte und die Fähigkeit ihrer politischen Umsetzung mit den vorhandenen Mitteln unserer Partei und Fraktionen. Wir haben weniger ein Programmdefizit als ein Politikdefizit. Die größte Schwäche der Partei liegt in der mangelnden Koordination der zahlreichen Parteigremien und der vielen hundert Fraktionen. Jedes Gremium und jede Fraktion auf Kreis-, Landes- und Bundesebene wurschtelt vor sich hin. Die politische Stärke, die in der Koordination auf ein Ziel im gleichen Zeitraum liegt, bleibt ungenutzt brach liegen.

Vordringlich ist es für DIE GRÜNEN, die Fähigkeit zur politischen Kampagne zu entwickeln und dadurch politische Initiative zu entfalten. Parlamentarische Bündnisse können hilfreich sein, aber ohne die Fähigkeit der Partei zur politischen Kampagne kommen sie einer Abtretung des politischen Mandats an einige wenige Parlamentarier gleich. Unter Kampagne ist hier eine politische Initiative verstanden, die auf Kreis-, Länder- und Bundesebene außerparlamentarische Aktivitäten und parlamentarische Initiativen auf ein gemeinsames Ziel hin orientiert und koordiniert. Durch solche Initiativen gewinnen DIE GRÜNEN Profil, nicht durch endlose Programmdebatten.

Die bundesweite Kampagne der Partei gegen die "Wiederaufbereitungsanlage und Entsorgungslügen" kann und muß hier ein wichtiger Anfang und Lernmöglichkeit sein. Die Herbstaktionen der Gewerkschaften gegen die Massenarbeitslosigkeit sind eine weitere Herausforderung an DIE GRÜNEN, mit eigenen Konzepten und Aktionen konzentrierte Unterstützung zu leisten.

Die Partei ist heute organisatorisch kaum in der Lage, wirksame bundesweite Kampagnen zu initiieren und zu organisieren. Vorrangiges Ziel der Debatte um Strukturreformen müßte es sein, die organisatorischen Voraussetzungen für Kampagnenfähigkeit zu entwickeln. Kampagnenfähigkeit verlangt:

- inhaltliche Zuspitzung auf wenige Brennpunkthemen;
- Kontaktaufnahme und -pflege mit den entsprechenden Initiativen, Verbänden, Organisationen;
- Verbindliche Koordination der Parteigremien auf Kreis-, Länder- und Bundesebene
- Einbeziehung aller Fraktionen der GRÜNEN: Koordinierte parlamentarische Initiativen der Bundestags-, Landtags-, Kreis- und Ratsfraktionen;
- ein zeitlich und inhaltlich abgestimmter Fahrplan von außerparlamentarischen Aktivitäten und parlamentarischen Initiativen: Demo, dezentrale Aktionen, Fachtagungen, Bundestagsdebatten, Ratsinitiativen.

In der Koordination unserer Partei- und Parlamentsarbeit liegt unsere Stärke. Wir müssen sie nutzen für wenige gezielte Kampagnen.

2. Herrschende Entwicklungslogik und Doppelstrategie der SPD

Der SPD gelingt es in zunehmendem Maße wieder, sich als Alternative gegen Bonn darzustellen. Doch wie alternativ ist die SPD? In ihrer Oppositionsrolle hat die SPD eine neue Doppelstrategie entwickelt. Zum einen hält sie entschlossen an ihrer alten Industrie- und Sicherheitspolitik fest. Zum anderen macht sie Anleihen bei der Ökologie- und Friedensbewegung, soweit dies nicht in einen substantiellen Widerspruch zu ihrer bisherigen Politik führt. Auf diese Weise werden verlorene gegangene grün-alternative Wählergruppen re-integriert. Mit geringfügigen Kurskorrekturen erweckt die SPD den Eindruck einer erneuerten Partei:

- Das Programm "Arbeit und Umwelt" verheißt die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie, bedeutet aber den Kreislauf von Umweltzerstörung und Reparatur. Wachstumszwang und undemokratische Verhältnisse in der Wirtschaft werden gar nicht erst in Frage gestellt.
- Die Absage an SDI wird verknüpft mit Truebekenntnissen zur NATO und der Einstimmung auf Eureka, d.h. auf einen weiteren technologisch-wirtschaftlichen Wettlauf mit den USA und Japan.
- Das alleinige Nein zur Plutoniumwirtschaft und WAA lenkt davon ab, daß die SPD den weiteren Ausbau der Atomenergie betreibt (AKW Lingen II, THTR Hamm, Schneller Nicht-Brüter Kalkar, Zwischenlager Ahaus) und dies noch als "längerfristigen Ausstieg" verkauft.

Die SPD bewegt sich auch in der Opposition ganz im Rahmen der herrschenden industriell-kapitalistischen Entwicklungslogik. Auch ihre Sicherheitspolitik folgt weiterhin der Abschreckungslogik. Eine parlamentarische Zusammenarbeit mit der SPD, die diesen politischen Charakter der SPD nicht berücksichtigt, wird eher zum Werkzeug ihrer Integrations- und Doppelstrategie, als daß sie die SPD zum anderen Ufer bewegt.

3. Ziel '87: Umkehr der Entwicklungslogik

Um unsere langfristigen Ziele — ökologische und demokratische Wirtschaft, gewaltfreie Friedensordnung — zu erreichen, brauchen wir zunächst eine Umkehr der herrschenden Entwicklungslogik in den Bereichen, die der Motor der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung sind: In der Wirtschaft, Technologieentwicklung, Sicherheitspolitik. Eine Reformstrategie wird dazu nicht auf den Tag X warten, sondern dort Reformen einleiten, wo sie nach dem Stand der gesellschaftlichen und parlamentarischen Kräfteverhältnisse möglich sind. Aber wir streben Reformen zur Umkehr der zentralen Entwicklungslogik an.

Eine Umkehr der Entwicklungslogik erfordert von den GRÜNEN den konzentrierten Kampf gegen die Politik der Bundesregierung, da sie am härtesten die Umweltzerstörung, Arbeitsplatzvernichtung, Verarmung und Aufrüstung vorantreibt. Die notwendige Auseinandersetzung mit der SPD darf uns nicht davon ablenken, daß der politische Hauptgegner die Bundesregierung ist.

Wir GRÜNE wissen, daß die Ablösung der Bundesregierung von den GRÜNEN nur in parlamentarischer Zusammenarbeit mit der SPD gelingen kann. Wir GRÜNEN wollen diese Zusammenarbeit, wenn sie die Gewähr dafür bietet, daß mit ihr der Einstieg in eine andere Entwicklungslogik gelingt, d.h. wenn die SPD zu einschneidenden Kursänderungen bereit ist. Eine Bündnispolitik mit der SPD unter der Formel "GEMEINSAM GEGEN RECHTS" unterstellt, daß die SPD eine substantiell andere Politik als die Bundesregierung will. Wer aber heute den Unterschied zwischen CDU/CSU und SPD zur entscheidenden Differenz aufbauscht, läuft Gefahr, der Integrationsstrategie der SPD auf den Leim zu gehen.

Wir werden im kommenden Jahr die entscheidenden inhaltlichen Punkte herausarbeiten, an denen sich für DIE GRÜNEN 1987 der Einstieg in eine andere Entwicklungslogik entscheidet.

Suspendierung aufgehoben

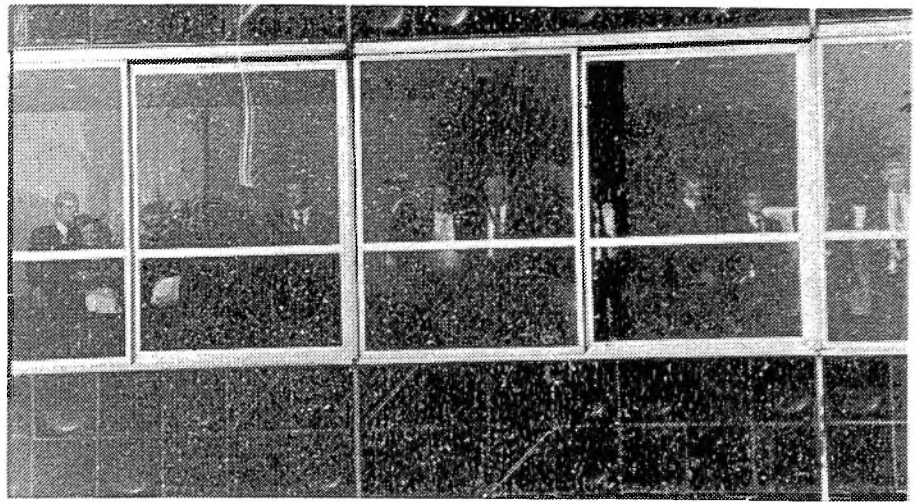
Hannover. Das OVG Lüneburg hat die Suspendierung des Lehrers Eckartsberg aufgehoben. Er war der erste von 15 Lehrern, der wegen seiner Kandidatur zu den Kommunalwahlen für die DKP aus dem Schuldienst entfernt wurde. In der Entscheidung des OVG drückt sich die erfolgreiche Arbeit der DKP gegen die Berufsverbote aus. Die Entscheidung ist eine Niederlage für die Landesregierung. Gericht und Landesregierung lassen verbreiten, Eckartsbergs habe vorher versichert, jede Entscheidung des OVG in seiner Zukunft zu berücksichtigen. Sein Anwalt, SPD-MdL Holtfort, erklärte demgegenüber, Eckartsberg habe eine Antwort auf die Frage abgelehnt, ob er weiterhin für die DKP kandidieren werde. Dennoch ist die Landesregierung weitergekommen. Stand im ersten Verfahren das Programm der DKP im Mittelpunkt, so stellte Eckartsberg jetzt seinen persönlichen und politischen Werdegang ins Zentrum und hat sich damit der Forderung nach "Einzelfallprüfung" unterworfen, anstatt generell für gewerkschaftliche und politische Freiheiten im öffentlichen Dienst einzutreten. — (kar)

Revanchismus in S.-H. — Broschüre der Volksfront—

Nach einer Darstellung der Gründe, weshalb Deutsche nach 1945 aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten in das heutige Gebiet der DDR bzw. der BRD umgesiedelt worden sind, sowie, weshalb in der BRD Revancheforderungen gegenüber den östlichen Nachbarstaaten entstehen konnten, beschreibt die Broschüre das vom Land Schleswig-Holstein geförderte "Pommern-Zentrum", das revanchistische Museum "Albatros", und untersucht den Landeshaushalt 1985 auf die Unterstützung revanchistischer Organisationen. Zum Schluß folgt eine Dokumentation der Satzung der "Pommerschen Landsmannschaften" sowie der "14 Leitsätze zur Ostpolitik".

Das "Pommern-Zentrum" soll — außer als Altersheim — vor allem als Ausbildungsstätte junger Führungskräfte für die Revanchisten genutzt werden. Das Land Schleswig-Holstein sowie der Bund finanzieren dieses Projekt mit je mindestens 8 Millionen.

Das Museumsschiff "Albatros" liegt in Damp 2000, einem schleswig-holsteinischen Badeort. Der von den Revanchisten behauptete Grund liegt darin, daß überwiegend hier 1945 westwärts gehende deutsche Schiffe Land machten — in Wirklichkeit geht es den Revanchisten darum, möglichst viele Badegäste in dieses Museum zur Verherrlichung Dönitz' zu locken. — 36 Seiten A 5, Bestellungen an: W. Reimers, Otto-Hahn-Str.2, 2308 Preetz, 1,50 DM. — (hap)



Göttingen. 170-jähriges Stiftungsfest der Jenaischen Burschenschaft — ein dreitägiger Aufmarsch der schwarz-braunen Elite. Zwei Hundertschaften sichern den Festkommers der etwa 650 Hackepetergesichter gegen 500 Demonstranten. Das Besäufnis mit großdeutschen Schlachtgesängen auf dem Marktplatz am nächsten Morgen mußte ins Private verlegt werden. — (jüw)

Gegen Polizeieinsätze auf Mai-Demonstrationen

Hamburg. Auf Antrag der grafischen Jugend verurteilte die Delegiertenversammlung der IG Druck und Papier den Polizeieinsatz auf der diesjährigen 1. Mai-Demonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes und verlangte Aufklärung über das Vorgehen. Die Polizei hatte versucht, den Block der Arbeitslosen und ihren Lautsprecherwagen aus dem Zug zu entfernen, was nicht gelang. Im Antrag heißt es: Wie kommt es, daß die Polizei ihre Einsatzleitung alljährlich im DGB-Haus hat? Wer hat es erlaubt, daß Polizisten während der Kundgebung vom Dach des DGB filmen konnten? ... Wir fordern den Ortsvereinsvorstand auf, sich im DGB-Kreisvorstand dafür einzusetzen, daß die Arbeitslosen einzeln in ihren Gewerkschaften oder als Block sich an der Mai-Demonstration beteiligen können, daß sie das Recht haben, sich auf der Mai-Demonstration zu äußern, auch auf Transparenten, und ein Vertreter auf der Abschlußkundgebung sprechen kann. — (hao)

Radio Dreyeckland weiter unter Polizeiverfolgung

Freiburg. Der Radiosender steht weiterhin unter starkem Druck von Polizei und Justiz (Pol. Ber. 12/85). Nachdem der Stuttgarter Landtag gegen die Stimmen der Grünen deren Gesetzentwurf zur "Erprobung von freiem lokalem Radio" am 12.6. abgelehnt hatte, hat die Freiburger Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen fortgesetzt. Bei verschiedenen Mitgliedern des Radio-Freundeskreises und in dessen Freiburger Büro fanden Beschlagnahmeaktionen statt. Dem Vorsitzenden des Freundeskreises wurden sämtliche Unterlagen beschlagnahmt, die er für eine Anhörung durch den Hamburger Senat zum dortigen

Landesmediengesetz zusammengestellt hatte. Vom 7.7. bis zum 13.7. findet eine Woche "RDL-Live in Freiburg" statt, bei der täglich öffentlich angekündigt gesendet werden soll. Verschiedene Gruppen haben Sendungen zusammengestellt und stellen ihre Räume als "Studio" zur Verfügung, darunter auch die Grünen. — (kuh)

NRW-Landesregierung soll Berufsverbote abschaffen

Bielefeld. Als Reaktion auf den saarländischen Vorstoß, den Radikalerlaß nicht mehr anzuwenden und die entsprechende Landesverordnung aufzuheben, äußerte NRW-Innenminister Schnoor (SPD), daß es in Nordrhein-Westfalen seit 1980 keine Berufsverbote mehr gäbe. Richtig daran ist nur, daß es keine neuen Verfahren gibt; vor 1980 eingeleitete und bislang noch nicht abgeschlossene Berufsverbote werden aber weiter verfolgt. Außerdem sind Richtlinien vom März 1983 nach wie vor gültig, nach denen Kandidaturen bei Landtags- und Bundestagswahlen für die DKP als Grund für disziplinarrechtliche Maßnahmen gelten; drei Lehrer haben wegen ihrer Kandidatur bei den Bundestagswahlen 1983 Abmahnungen erhalten. Nicht nur die Bürgerinitiativen gegen Berufsverbote in NRW, sondern auch die Jusos NRW, der stellvertretende Vorsitzende der GEW in NRW, der DGB-Vorsitzende von Hannover und der dortige Bezirksgeschäftsführer der HBV u.a. fordern, daß die SPD-geführten Länder sich dem Saarland anschließen. — Das "Westfalenblatt", eine CDU/CSU-Zeitung in Ostwestfalen, kommentiert: Die CDU "... sollte vor allem darauf drängen, daß die Kenntnisse der Verfassungsschützer über republikfeindliche Organisationen in die einzig denkbare Konsequenz einmünden: das Verbot als Partei. In diesem Fall vor allem der DKP ..." — (elb)

Fahrpreisausseinandersetzung

Verkehrsbetriebe in Heilbronn: Saftige Tarifierhöhungen beschlossen

Heilbronn. Seit Mitte Februar liegt dem Gemeinderat ein bis Juni nicht-öffentlicher Entwurf der Verwaltung über saftige Erhöhungen der Verkehrstarife vor. Wie Erhöhungen möglichst geräuschlos und mit "breiten Mehrheiten" durchgezogen werden können, darüber wurde bei den bürgerlichen Rathausparteien seither teils "interfraktionell" und nichtöffentlich gemauschelt. Nachdem mehrere Verwaltungsvorlagen verworfen wurden, einigte sich die bürgerliche Mehrheit (CDU 16 + OB, SPD 15, FDP 3, FWV 1 Sitz) auf Initiative der SPD auf eine Erhöhung um knapp 15%. Um die Diskussion in der Öffentlichkeit erst gar nicht aufkommen zu lassen, wurde der Beschluß am 13.6. unter dem Vorsitz des Finanzbürgermeisters Giebler re-

Die Grünen haben zwar gegen diese Erhöhungen gestimmt, jedoch nicht aus prinzipieller Gegnerschaft zu Gebührenerhöhungen, sondern weil sie eine Umweltschutzkarte nach dem Freiburger Modell einführen wollten. Stadträtin Kapp, die für die Grünen sprach, erklärte sogar, daß die Grünen bei Einführung der Umweltschutzkarte nicht gegen Tarifierhöhungen seien.

In Leserbriefen und Umfragen wird die Erhöhung dagegen prinzipiell abgelehnt. Die SPD, die seit sechs Jahren zum ersten Mal wieder Erhöhungen der Busfahrpreise zustimmte, fängt an sich zu rechtfertigen. Viele Argumente und Zahlen lassen sich gegen eine Erhöhung ins Feld führen. So wurde behauptet, die städtischen Zuschüsse dürften nicht ins "Uferlose"



Insgesamt will der Gemeinderat 26 Mio. DM in den Bau zweier städtischer Militärheizwerke (Fernwärme für US-Kasernen) über die Stadtwerke investieren. Mit hohem Schuldenstand wird die Erhöhung der Verkehrstarife (Verkehrsbetriebe sind Teil der Stadtwerke) begründet.

gelrecht durchgepeitscht. CDU-Stadtrat Kübler beantragte Schluß der Rednerliste. Während der sich lautstark wehrende Stadtrat Schwarz (FWV) noch auf die Rednerliste kam, wurde die schüchterne Wortmeldung von Stadtrat Schmidt (Grüne), von Giebler mit den Worten übersehen: "Wir befinden uns in der Abstimmung." Als die Stadträtin Mönch (Grüne) dann endlich einen Antrag auf Vertagung stellte, meinte Giebler nur lapidar: "Zu spät" und ließ die Erhöhung (gegen die fünf Stimmen der Grünen) beschließen. Es ist schon fast Ironie des Schicksals, daß derselbe Giebler, der die Grünen so kaltschnäuzig abservierte, damals einstimmig (also auch mit den Stimmen der Grünen) auf den Posten des OB-Stellvertreters gewählt wurde.

steigen. Tatsache ist, daß der für 1985 geplante Zuschuß (ca 6,2 Mio. DM) nur geringfügig mehr als vor zehn Jahren (1975: 5,8 Mio. DM) ausmacht. In einem Vergleich baden-württembergischer Verkehrsbetriebe hatte Heilbronn 1983 mit 27 Pfennigen den geringsten Verlust je beförderter Person (Mannheim 90 Pfennig, Heidelberg 86 Pfennig, Freiburg 58 Pfennig).

Die Alternative Linke Liste (ALL) setzt mit ihrer Kritik noch an einem anderen Punkt an. Als Begründung für die Erhöhung erklärte CDU-Stadtrat Bauer, daß bei 80 Mio. DM Schulden die Selbstfinanzierungskräfte der Stadtwerke aktiviert werden müßten. Daß in diesen 80 Mio. DM einige Millionen enthalten sind, die die Stadt für den Bau von zwei städtischen Militärheizwerken investieren will, erwähnte

er natürlich nicht. Die ALL wies schon früh darauf hin, daß diese Investition zum Zwecke der billigen Fernwärme-lieferung an US-Kasernen, zum Drehen an der Tarifschraube beitragen kann. Dies hat sich nunmehr bestätigt.

Am 10. Juli plant die ALL zusammen mit den Falken eine Veranstaltung gegen die Erhöhung der Verkehrstarife, zu der auch die Rathausfraktion der Grünen eingeladen wurde. Die Forderungen aus ihrem Wahlprogramm, auf die sich die ALL zu diesem Thema stützen kann, lauten:

- Keine Verschlechterung der Versorgungs- und Verkehrsleistung!
- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs!

- Rücknahme der jüngsten Fahrplanverdünnung und Kilometerkürzungen!

- Finanzierung des Zuschusses zu den Verkehrsbetrieben durch öffentliche Subventionen und durch die Einführung einer Nahverkehrsumlage für Betriebe!

- Senkung der Verkehrstarife auf den Stand von 1980, als ersten Schritt zu unserer langfristigen Zielvorstellung Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr!

Diese Forderungen müssen allerdings konkretisiert und besser begründet werden. Im Herbst will der Gemeinderat erneut über die Verkehrstarife beschließen. Dann soll entschieden werden, ob eine verbilligte Umweltschutzkarte eingeführt wird.

Revanchismus

Stadt Essen soll Patenschaft über "Hindenburg" kündigen

Essen. Bereits zum zweiten Mal hat der Essener Stadtrat in seiner Sitzung am 14.6. einen Antrag der Grün-Alternativen Liste (GAL) von der Tagesordnung abgesetzt. Es geht um die Kündigung der seit 1953 bestehenden Patenschaft der Stadt Essen über Hindenburg. Hindenburg hieß von 1915 bis 1945 die polnische Stadt Zabrze, laut Patenschaftsurkunde das "Zentrum des ober-schlesischen Industriegebietes". Die Patenschaft wird von dem selbsternannten "Vertretungsausschuß Hindenburg" wahrgenommen, einer Untergliederung der "Landmannschaft Oberschlesien".

Die Patenschaftsurkunde von 1953 ist deutlich. Aufgabe der Patenschaft ist es danach, das "Bewußtsein der kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung des deutschen Ostens wachzuhalten". Weiter heißt es: "Die Stadt Essen ist mit der Hindenburger Bevölkerung der festen Zuversicht, daß der Tag der glücklichen Rückkehr in ihre Heimatstadt kommen wird." Noch unter einem CDU-Oberbürgermeister vereinbart, hat auch die SPD,

die seit Ende der 50er Jahre die absolute Mehrheit hat, an der nicht zuletzt finanziellen Unterstützung der "Hindenburgern" nie etwas geändert. Noch Ende 1984, in der Antwort auf eine Anfrage der Jusos, bezeichnete der Essener Oberstadtdirektor Busch die "Partner" als "Repräsentanten der Stadt Hindenburg".

Mit der Patenschaft ebenso wie mit solchen Stellungnahmen unterstützt die Stadt Essen revanchistische Gebietsansprüche gegen die VR Polen. SPD-Ratsmitglieder versuchen dies zu verharmlosen, wenn sie z.B. behaupten, es ginge um die Pflege "kulturellen Erbes". SPD-Ratsfraktionsvorsitzender Malone ließ bei der letzten Ratssitzung durchblicken, daß die SPD einer Kündigung der Patenschaft nicht zustimmen will, sondern stattdessen mit den "Hindenburgern" Änderungen am Text der Patenschaftsurkunde vereinbaren will.

Am Charakter der Patenschaft kann dadurch nichts geändert werden. Die GAL will ihren Antrag auf Kündigung deshalb aufrechterhalten und nach der Sommerpause des Rates erneut einbringen. Unterstützt wurde die Forderung in einem Brief des von VVN/BdA, DKP, DFG/VK, GAL, Volksfront und anderen getragenen Bündnisses zum 8. Mai. Davon bisher unbeschadet wollen die "Hindenburgern" am 3./4. August in den Messehallen in Essen erneut ihr zweijährliches Teffen durchführen. — (wof)

Lehrerausbildung in Bayern

Vorbereitungsdienst nur als Beamter

München. Anfang Mai 1985 hat der Bayerische Landtag einen Gesetzentwurf der Staatsregierung mit dem Titel "Neuntes Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften" angenommen. Der neue §6, der Artikel 5 des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes ändert, sieht vor, daß der Vorbereitungsdienst ausschließlich im Beamtenverhältnis auf Widerruf abgeleistet werden darf. Andere Bestandteile dieses Gesetzes — auf die hier nicht näher eingegangen werden soll — regeln die Ausweitung der Teilzeitarbeit auch über die staatlichen "Monopolbereiche" hinaus mit der eindeutigen Festlegung, daß dienstliche Belange nicht gestört werden dürfen. Ferner regelt das Gesetz, daß im "Bereich der Sicherheit" und im "ärztlichen Dienst" begrenzt bis 1987 noch bezahlte Mehrarbeit zugelassen wird. In einem Landtagsausschuß wurde hierzu die Begründung laut: Ein guter Arzt muß Streßsituationen gewöhnt sein.

Zurück jedoch zur Änderung des Lehrerbildungsgesetzes. Die SPD trägt diesen Teil der Gesetzesände-

rung — ganz im Gegensatz zur CSU/SPD-Koalition bei der Ausweitung der Teilzeitarbeit — nicht mit. Ihr Abgeordneter Jena charakterisierte diese Änderung als eine "Verschärfung der bayerischen Berufsverbotepraxis" und trug als gegenteilige Konzeption vor: "Der Vorbereitungsdienst muß offengehalten werden. Die Ausbildung muß allgemein zugänglich bleiben, auch im Angestelltenverhältnis. Der Staat besitzt im Lehrerbereich ein Ausbildungsmonopol; wer Pädagoge werden möchte, muß die Ausbildung beim Staat durchlaufen, auch wenn er an einer Privatschule lehren will.

Der Ausschluß von der Ausbildung kommt einem Berufsverbot gleich. Mit der Gesetzesänderung sprechen Sie dieses Berufsverbot aus. Die Staatsregierung wurde durch mehrere Urteile verpflichtet, die Ausbildung auch außerhalb des Beamtenverhältnisses zu ermöglichen. Diese Verpflichtung möchten Sie mit einem Gesetzestrick umgehen und die Ausbildung auf das Beamtenverhältnis beschränken. . ."

Mit dem "Privatschule"-Argument ist der CSU nicht beizukommen, denn sie vertritt die Politik, daß auch die Privatschullehrer in Ausübung eines öffentlichen Amtes die "volle Gewähr der Verfassungstreue" bieten müssen. Sie reagiert vielmehr auf verlorene Arbeitsgerichtsurteile und beseitigt den Mangel: "Man muß vielmehr sehen, wer im Rahmen der Gewaltenteilung die oberste Instanz ist und wer sich nach den Gesetzen richten muß. Es ist doch nicht so, daß wir als Gesetzgeber dazu da sind, uns nach der persönlichen Meinung oder Auslegung von Richtern zu richten, sondern es ist doch wohl umgekehrt, daß der Gesetzgeber als Vertreter des Volkes die Regeln aufstellt. Die Funktion des Richters ist es dann, diese nach Buchstaben, Sinn und Geist des Gesetzes auszulegen."

Die Kritik des Beamtenrechts ist unausweichlich.

Quellenhinweis: Plenarprotokoll 10/78 des Bayerischen Landtags — (dil)

Schulname

Bürgermeister diffamiert Edelweißpiraten

Lüneburg. Turbulenzen um den Namen für eine Hauptschule vermeldet die Landeszeitung (LZ). Gesamtkonferenz und Schulleiternrat hatten bei der Stadt beantragt, der Hauptschule Kaltenmoor den Namen "Bartholomäus-Schink-Schule" zu geben. Schink gehörte zu den Kölner Edelweißpiraten, vorwiegend Arbeiterjugendlichen, die gegen die Nazidiktatur gekämpft hatten. Am 10. November 1944 wurde er, gerade 16 Jahre alt,

mit fünf weiteren Edelweißpiraten öffentlich von der Gestapo gehängt, ohne Gerichtsurteil, auf persönlichen Befehl Himmlers.

Die gewünschte Ehrung eines solchen Widerstandskämpfers und ausdrücklich keines von der Stauffenberg-Sorte rief die Reaktion auf den Plan — man ließ forschen. "Was wir erfuhren, läßt uns den Atem stocken", so der Vorsitzende des Schulausschusses, Bürgermeister Hartwig (FDP), zum Ergebnis. "Schink gehörte mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit einer kriminellen Bande an und war Mitglied der HJ und keineswegs



Der von den Faschisten hingerichtete Edelweißpirat Bartholomäus Schink

Widerständler", kolportierte die LZ. Die Namensgebung wurde daraufhin ausgesetzt, bis zur Erstellung eines "neutralen Gutachtens", was Hartwig noch frech mit seinem "Respekt vor den Widerständlern, die ihr Leben ließen oder in Gefahr gerieten", begründete.

Neu sind die Erkenntnisse über die Taten der Edelweißpiraten nicht, die Akten der Nazi-Justiz und der Gestapo — darauf wird sich berufen — sind voll davon:

Sie waren aufmüpfig und führten einen langandauernden scharfen Kleinkrieg gegen die Faschisten; parteitreue Lehrer denunzierten die "Schulschwänzer" mit ihrem zersetzenden Einfluß, Kapitalisten die "Arbeitsbummelanten", die z.T. ganze Schichten lahmlegten, Sabotage betrieben; die Edelweißpiraten versteckten desertierte Soldaten, Juden, geflohene Zwangsarbeiter und versorgten sie mit "illegalen" Lebensmitteln, sie kämpften auch bewaffnet für die Beendigung des Faschismus. — Für Leute wie Hartwig eine "kriminelle Bande"!

Die VVN verlangt eine öffentliche Entschuldigung für diese Diffamierung. Die Grünen fordern die Anerkennung Schinks als Widerstandskämpfer. Die SPD unterstützt den Namensvorschlag der Schule, behält sich aber die Prüfung durch das Gutachten vor. — (ulb)

Halbleiter-Industrie

Der Boom geht rapide zu Ende: Personalabbau und Schichtarbeit

Freiburg. Intermetall ist das deutsche Halbleiterunternehmen der ITT-Semi-conductors-Gruppe. In Freiburg befindet sich das Hauptquartier dieser Gruppe. Zu Intermetall gehört neben dem Freiburger Werk noch eines in Nürnberg und Colmar. Die Beschäftigtenzahl liegt bei ca. 1700, davon 300 Ingenieure und Techniker. Produziert werden Halbleiterbauelemente (Integrierte Schaltungen) und Einzelhalbleiter (Transistoren, Dioden). Der Umsatz betrug 1984 450 Mio. DM. Intermetall fertigt jährlich 3,6 Mrd. Stück Halbleiterelemente an und ist

29% bei Passiven Bauelementen. Die Bauelementenexporte stiegen in 1983 um 16,5% auf 4,9 Mrd. DM und werden in 1984 nach vorläufigen Hochrechnungen um rund 36% ansteigen. Fast 30% der Exporte werden durch die elektromechanischen Bauelemente bestritten, gefolgt von den Integrierten Schaltungen mit rund 22%."

Im Bericht zu den Aktiven Bauelementen (Integrierte Schaltungen, Transistoren, Dioden) schreibt der Verband: "Der Markt für Aktive Bauelemente betrug 1984 4,8 Mrd. DM. Dieses entspricht einer Wachstums-

drastisch beschleunigt. Je mehr neue Kapazitäten nach wie vor in Betrieb genommen werden, desto stärker wird der Druck auf die Preise. Sollte sich die Nachfrage nach Mikroprozessoren nicht schnell beleben, so ist nicht auszuschließen, daß einzelne der neuen Produktionsstätten in absehbarer Zeit vorübergehend stillgelegt werden müssen." (FAZ 7.3.85)

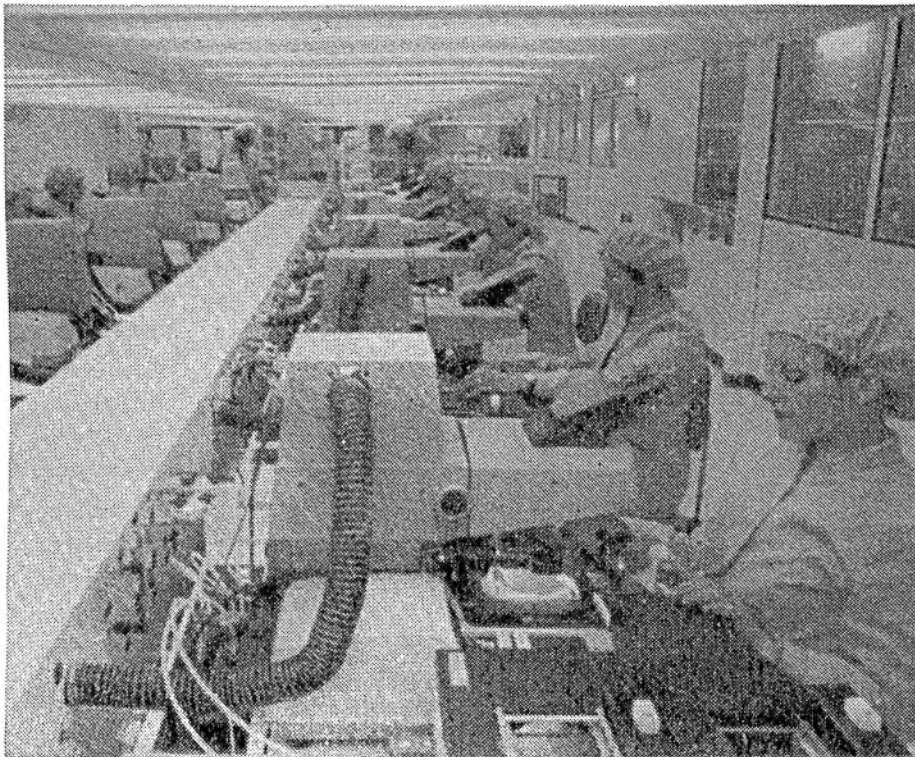
Schichtarbeit und Personalabbau bei Intermetall

Die oben genannte Entwicklung zeigt sich genauso bei Intermetall. 1984 gab es eine Produktionssteigerung in allen Bereichen. Bei Transistoren von 3,4 Mio. auf 5,4 Mio. Stück pro Tag, bei den Integrierten Schaltkreisen auf 100000 pro Tag. Große Investitionen wurden getätigt. 1983 wurde ein Technologiezentrum für die Großserienfertigung höchstintegrierter Chips mit einem Aufwand von 60 Mio. DM erstellt. Der Maschinenpark wurde erweitert. Einstellungen sind relativ wenig erfolgt, hauptsächlich zu dem Zwecke, die Produktion auf den Samstag ausdehnen zu können.

Intermetall besitzt ein ausgeklügeltes System, mit einem möglichst niedrigen Personalbestand die Produktion zu fahren und diesen auch relativ schnell an eine veränderte Produktion anzupassen. In den meisten Abteilungen wird am Wochenende gearbeitet. Diese Schicht besteht rein aus Aushilfspersonal – vielfach Studenten –, so kann es je nach Bedarf eingesetzt werden; z.B. auch in Krankheits- und Urlaubsfällen während der Woche als Springer.

1984 wurde Bedienungspersonal mit befristeten Verträgen eingesetzt, die nach Bedarf verlängert wurden und nur in wenigen Fällen zu festen Einstellungen führten. Nachdem das boomhafte Ansteigen der Produktion von 1984 jetzt rapide abklingt, wird Personal abgebaut. Im iC-Bereich wurde die Samstagsarbeit schon gestrichen, dem dortigen Aushilfspersonal wurde entweder gekündigt oder es wurde – natürlich nur mit befristeten Verträgen – in andere Abteilungen verschoben. Das betrifft auch Personal mit festen Arbeitsverträgen; auch hier werden Leute entlassen.

Außerdem hat die Geschäftsleitung per Aushang angekündigt, daß, wenn es zu weiterem Auftragsrückgang im iC-Bereich komme, mit erneuten Entlassungen gerechnet werden müsse. Zu einer weiteren Zersplitterung der Belegschaft führt die Tatsache, daß in jeder Abteilung die Arbeitszeiten verschieden geregelt sind. Es gibt Gleitzeiten, Normalschicht, Dauerfrühschicht, Dauerspätschicht, Dauernachtschicht, Wechselschicht (früh/spät), Wechselschicht unter Beteiligung der Nachtschicht, sowie 12-Stunden-Wechselschicht und die Wochenendschicht. – (ged)



Die Jahresproduktion pro Beschäftigten bei den Aktiven Bauelementen stieg 1982 um 20,9%, 1983 um 12,7% auf 112900 DM pro Jahr (Bild: Halbleiterproduktion bei Intermetall).

damit einer der größten weltweit tätigen Hersteller auf diesem Gebiet.

Weltweite Stagnation und Preisverfall

Zur Situation der Bauelemente-Industrie schreibt Friederich Ruf, Vorsitzender des Fachverbandes Bauelemente der Elektronik, im Bericht zur Mitgliederversammlung 1985 folgendes: "Die Produktion der deutschen Bauelemente-Industrie hatte nach einem Zuwachs von 1982 von 4,6% bereits in 1983 einen Anstieg von 9,2% und wird in 1984 nach Hochrechnung um rund 28% auf 6,5 Mrd. DM ansteigen. Hervorhebenswert ist der Zuwachs der Produktion von 50% bei Integrierten Schaltungen und von rund

periode von über 30% gegenüber dem Vorjahr 1983. Diese Aufschwungsphase, die in 1983 mit einem Wachstum von ca. 13% im Vergleich zu 1982 begonnen hat, wird sich aus heutiger Sicht mit einer Steigerung von unter 10% deutlich abflachen. Der relative Rückgang betrifft innerhalb der Aktiven Bauelemente fast sämtliche Sektoren. Rückläufige Auftragseingänge seit Anfang des Jahres 1985 deuten bereits auf ein verändertes Dispositionsverhalten in Richtung normativer Auftragsreichweiten von ca. vier Monaten hin."

Weltweit sind gleiche Tendenzen festzustellen. "In Ostasien hat sich der Preisverfall für sogenannte Chips in den letzten Monaten und Wochen

Berufliche Bildung Nds.

Albrecht gegen Gewerkschaftsforderungen

Hannover. In der Beantwortung einer großen Anfrage der SPD im nds. Landtag vom 18.5.85 legt die Landesregierung einige grundlegende Positionen zur beruflichen Bildung dar: "Die Landesregierung sieht keinen Anlaß, eine gesetzliche Regelung zur Heranziehung aller Betriebe zu einer Ausbildungsabgabe zu befürworten oder sogar selbst anzuregen ... Soweit von den Fragestellern die Aufbringung von Kosten für außerbetriebliche Ausbildung im Wege eines Umlageverfahrens gemeint ist, wird darauf hingewiesen, daß die Landesregierung eine institutionalisierte außerbetriebliche Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen ablehnt und dieses bereits mehrfach begründet hat. Infolgedessen lehnt sie auch eine Finanzierung außerbetrieblicher Ausbildung durch ein Fondsaufkommen der Wirtschaft ab." Die ausbildende Wirtschaft habe – so die Landesregierung – mit "hoher Ausbildungsbereitschaft" und "nie dagewesener Aufnahmefähigkeit die angespannte Ausbildungssituation bewältigt und die Vorzüge dieses Systems" bewiesen. Ein System, bei dem erhebliche Teile der Jugendlichen auf der Strecke bleiben: Den 80000 neuen Lehrverträgen in Niedersachsen stehen im Ausbildungsjahr 1984/85 ebenso viele Jugendliche gegenüber, die durch "Aufbewahrungsmaßnahmen" (wie "Arbeiten und Lernen", "Berufspraktisches Jahr", einjährige Fachschulen, BGJ, BVJ, Äpn etc.) geschleust und an einer qualifizierten Berufsausbildung gehindert werden.

Dennoch hält die Landesregierung das duale System für "unerlässlich", insbesondere, da es die "Entwicklung allgemeiner Berufs- und Arbeitstugenden wie Leistungsbereitschaft, Genauigkeit, Zuverlässigkeit, Fähigkeit von Zusammenarbeit und zum Austragen von Meinungsverschiedenheiten" gewährleiste. Sie appelliert schließlich "an die Sozialpartner der Wirtschaft ... notwendige Weiterentwicklung der Berufsausbildung unter Zurückstellung eventueller tarifpolitischer Interessen zu fördern". Die Landesregierung hat sich in allen wesentlichen Fragen: Umlagefinanzierung, außerbetriebliche Ausbildung, tarifliche Absicherung, auf Seiten der Arbeitgeberverbände gestellt.

Dementgegen fordert der DGB in seinem Grundsatzprogramm 1981, "daß die Mittel für eine überbetriebliche Finanzierung durch Beiträge aller Betriebe, Unternehmungen und Verwaltungen zu einem zentralen Fonds aufgebracht werden müssen." In der GEW wird die Forderung nach einem Landesberufsbildungsgesetz



Teilnehmer beim "Forum Jugend" der GEW berichten über ihre Erfahrungen bei der Lehrstellensuche.

erhoben, das nicht nur die Umlagefinanzierung festlegen, sondern auch die Rechte des Auszubildenden sichern soll: Das Recht auf eine dreijährige Ausbildung für alle, Gleichwertigkeit betrieblicher und außerbetrieblicher Ausbildung, tarifliche Absicherung, Abschaffung des BVJ und ähnlicher "berufsvorbereitender" Maßnahmen. Gefordert werden örtliche paritätisch besetzte Ausbildungskommissionen, die das Lehrstellenangebot sowie die Nachfrage erheben und über die Mittelvergabe entscheiden sollen. Die Landtagswahl 1986 kann genutzt werden, die Parteien mit dem Anspruch auf eine qualifizierte Ausbildung zu konfrontieren. – (usm)

Kindertagesheime

Senat plant Zerschlagung des Betriebsrates

Hamburg. Der Hamburger Senat plant, den Betriebsrat der 4000 Beschäftigten in 186 Kindertagesheimen zu zerschlagen. Durch Auflösung der "Vereinigung städtischer Kinder- und Jugendheime" und Angliederung an die Bezirksämter will er die Beschäftigten mit dem Personalvertretungsgesetz zur Treue gegenüber dem Dienstherrn verpflichten, um seine Rationalisierungspläne durchzusetzen. Die DKP schreibt in ihrer Betriebszeitung dazu: "Dem Senat würde mit diesem Schritt etwas gelingen, von dem die Rechtskoalition in Bonn nur zu träumen wagte, die Aushebelung eines bestehenden Tarifvertrages." Die "Vereinigung" hat einen Haustarifvertrag, der für Hauswirtschaftsdienste, Betreuer- und Heimleitungen bis zu 100 DM höhere Gehälter als entsprechende Eingruppierungen im öffentlichen Dienst absichert.

Zum 19. Juni rief die ÖTV zu einer Protestdemonstration auf. Auf einer vorhergehenden Pressekonferenz erklärten ÖTV, Elternrat, GAL und So-

zialabbaubündnis übereinstimmend: "Hinter der Auflösung steht die Absicht, durch die Hintertür den schon im letzten Jahr gewollten Stellenabbau durchzuführen ... Dann werden die Kinder noch schlechter betreut." In einem internen Papier kommt das Senatsamt für den Verwaltungsdienst zu einem "Personalminderbedarf" von 300 Stellen. Die Heime sind laut Verordnung jetzt schon zu 110% belegt. In Zeiten großer Anwesenheit der angemeldeten Kinder führt die derzeitige Arbeitsüberlastung zu einem Krankenstand von 11%. Mit Urlaub erreicht der Personalausfall im Jahresdurchschnitt 20%. Dem steht ein Vertreterkontingent von 60 Erziehern, das sind 3,5%, gegenüber. Für 433000 DM soll jetzt eine Unternehmen-Beratungs-Firma eine Untersuchung anfertigen, wo konkret brutal rationalisiert werden soll.

Transparente wie "Hände weg von der Vereinigung", "Sozialpädagogik – keine Sparpädagogik" und "Frau an Heim und Herd – nicht mit uns" bestimmten dann das Bild der 12000 Demonstranten. Am 20. Juni beeilte sich die CDU, dem Senat vorzuwerfen, "unverantwortliche Unruhe bei den Betroffenen" zu erzeugen. Der SPD-Fraktionsvize Schümann versuchte, die Elternräte von der ÖTV abzuspalten. Die jetzt noch geltenden Mitbestimmungsrechte hätten ihre Grenze da, "wo sie nicht mehr den Kindern dienen, sondern anderen Zwecken".

Die Kapitalisten verlangen billige, flexible Arbeitskräfte und dazu Schürung der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Diesem Bedürfnis ordnet der Senat jetzt die Kindertagesheime unter. Sein "leitender Gesichtspunkt ist es, mit gleichem Aufwand eine größere Zahl von Kindern zu versorgen". Die Senkung des Lebensstandards und der Kosten durch Rationalisierung kann er nur durch Aushebelung des bestehenden Tarifvertrages und weiterer Entrechtung der Beschäftigten durchsetzen. – (mij)



Mit Warnstreik und Demonstration protestierten 12000 in Hamburg.

Faschistische Schülerpresse

Konservative, Polizei und Justiz schützen faschistische Umtriebe

Göttingen. Am 21. Juni 1985 findet vor dem Jugendgericht Göttingen eine Verhandlung gegen einen 18jährigen Schüler statt, dem Körperverletzung, versuchte Nötigung und Beleidigung vorgeworfen wird. Den Schüler angezeigt hat Peter Boßdorf, Herausgeber der Zeitung "Aktion". Diese wird erstellt vom Schülerreferat des "Gesamtdeutschen Studentenbundes" (GDS), der offiziellen Studentenorganisation des "Bundes der Vertriebenen". Die Öffentlichkeit wird ausgeschlossen, und 30 Besucher müssen die Verhandlung verlassen, da sie "Freunde des Angeklagten" seien und den Zeugen, Peter Boßdorf, "beeinflussen" würden— so der Richter. Vor Prozeßbeginn wird der Zeuge Peter Boßdorf vom Jugendrichter in dessen Amtszimmer versteckt, wohin er sich auch in einer Verhandlungspause zurückziehen darf. Der Vorwurf lautet: Der Schüler habe Peter Boßdorf beim Verteilen der Zeitung "Aktion" getreten und in die Flucht geschlagen und ihm "Nazi" hinterhergerufen. Da es über die Tritte gegensätzliche Darstellungen gibt und nur der Schüler einen Zeugen benennen kann, ist der Vorwurf nicht nachzuweisen, obwohl es in der schriftlichen Urteilsbegründung heißt: "Zwar erschien die Aussage des Zeugen Boßdorf durchaus glaubhaft und widerspruchsfrei."

Zur Bezeichnung des Peter Boßdorf als "Nazi" steht der Schüler, und der Jugendrichter muß sich mit dieser Tatsachenbehauptung auseinandersetzen. In der Urteilsbegründung zitiert er aus der verteilten Zeitung "Aktion" folgende Passage: "Die Wiedervereinigung kommt nicht von heute auf morgen. Wir müssen sie alle miteinander fordern und erarbeiten, uns durch Gerede nicht hindern lassen. Wenn das vollbracht ist, kann das gesamte deutsche Volk singen: '... von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt...' Deutschland heute— viergeteilt, zum Teil entmutigt, aber— soweit das möglich ist— für die Einheit eintretend. Wir dürfen die Hoffnung nicht verlieren— auch Deutschland kommt wieder— in Preußens Glanz und Gloria."

Ferner wird über Peter Boßdorf in der Urteilsbegründung festgestellt: "Er nimmt häufiger an Diskussionsrunden und Diskussionsveranstaltungen als Referent teil, u.a. auch gemeinsam mit Mitgliedern der NPD." Ferner wird dem Gericht der nebenstehend auszugsweise abgedruckte Drohbrief des "Wehrwolf Niedersachsen" übergeben, der den angeklagten Schüler und die Göttinger Gruppe der Jungsozialisten anderthalb Wochen

vor dem Prozeß erreichte. Gerade die Jungsozialisten haben in Meerbusch, dem Wohnort von Peter Boßdorf, 1983 eine Broschüre mit dem Titel: "Faschismus in Meerbusch HEUTE" herausgegeben, in der Peter Boßdorf die Hauptrolle spielt. Weiterhin stuft das Innenministerium Nordrhein-Westfalen die Zeitschrift "Aktion" als den JN ("Junge Nationaldemokraten"; Jugendorganisation der NPD) nahe ein. Schließlich gibt Peter Boßdorf in der

Rechtsmittel eingelegt, so daß der ganze Prozeß neu aufgerollt wird. Zweitens bedeutet dieser Freispruch wegen "unvermeidbarem Verbotssirrtum", daß der Schüler künftig verurteilt wird, wenn er Faschisten wie Boßdorf Nazis nennt, weil der "Irrtum" dann vermeidbar ist. Schon mit dem jetzigen Urteil wird Nazis und Faschisten Flankenschutz gegeben. Die Vermutung ist sicher nicht von der Hand zu weisen, daß es ohne die 30 Be-



DEUTSCHE!

DAS REICH LEBT!—Man mag es geteilt haben, man mag den letzten Träger der rechtmäßigen Reichsgewalt in Spandau eingekerkert halten, Minister des Reiches gefangen gesetzt und in Nürnberg hingerichtet haben—dennoch lebt das Reich doch. Es lebt unterirdisch.

Warnung!

an alle Verräter und Sympathisanten des Feindes.

Der niedersächsische Wehrwolf warnt vorsorglich alle diejenigen, die dem Feind helfen oder Deutsche und deren Angehörige bedrohen oder schikanieren die Adolf Hitler die Treue halten. Wir warnen! Verräter und Verbrecher am Volk büßen mit ihrem Leben und dem ihrer ganzen Sippe.

Unsere Rache ist tödlich!



"DER WEHRWOLF"

—Niedersachsen—

Pünktlich zum Prozeß erreicht den angeklagten Schüler ein solcher Drohbrief. Der Betreiber und Zeuge gibt an, kein Nazi zu sein.

Verhandlung noch zu, "ab und an" in der faschistischen Zeitschrift "Nation Europa" zu schreiben.

Der Richter spricht den Schüler zwar vom Vorwurf der Beleidigung frei, führt aber in der Urteilsbegründung aus: "In der Hauptverhandlung ist zwar nicht nachgewiesen worden, daß der Zeuge Boßdorf tatsächlich nationalsozialistisches Gedankengut vertritt. Bei dem erst 18 Jahre alten Angeklagten fehlte jedoch möglicherweise, wovon das Gericht zu seinen Gunsten ausgegangen ist, bei seiner Äußerung i.S.d. § 17 StGB die Einsicht, Unrecht zu tun ... Nach Auffassung des Gerichtes war diese Meinung möglicherweise unvermeidbar für den Angeklagten ..." Die Ermittlungen wegen des Drohbriefes hat die Staatsanwaltschaft binnen einer Woche ergebnislos eingestellt.

Was hilft es da, daß Peter Boßdorf das Gericht nur standesgemäß in hohem Tempo durch ein Klofenster verlassen kann, weil noch genügend Antifaschisten auf ihn warten? Erstens hat die Staatsanwaltschaft tatsächlich

sucher des Prozesses leicht auch eine Verurteilung des Angeklagten gegeben hätte.

Dieses Urteil ist charakteristisch für das Verhalten von Polizei und Justiz in Göttingen im letzten halben Jahr: Die Faschisten können sich ihrer zunehmend bedienen. Im Mai 1984 erklärt der Innenminister Möcklinghoff im Landtag, die Göttinger Schülerzeitung "Komet" habe eine "rechtsextremistische Ausrichtung" (s. PB 07/85). Nachdem Ende des Jahres einige Antifaschisten Exemplare dieser Zeitung den Verteilern abnehmen und so die Verteilung verhindern, läßt der Innenminister Möcklinghoff (CDU) eiligst seine damalige Feststellung durch den Pressesprecher dementieren und behauptet nun, er lese keine Schülerzeitungen und könne deshalb gar nichts sagen. Die nächste Verteilung des "Komet" im Februar findet im Schutze mehrerer Polizisten in Zivil statt. Offensichtlich sind die Herausgeber in der Lage, nach Bedarf Polizeikräfte zu ihrem Leibeschutz anzufordern.

Am 6. Mai führen die fortschrittliche Schülerzeitung "Ahua" und der antifaschistische Arbeitskreis eine Veranstaltung durch, in der die Verbindungen des "Komet" zur NPD enthüllt werden. Im Saal sitzen auch einige "Komet"-Redakteure und einige Mitglieder einer Göttinger Schülerburschenschaft. Wortlos verlassen sie zur Mitte der Veranstaltung den Saal, einige Minuten später stürmen 30 Polizisten das Jugendfreizeitheim, um die Personalien eines Anwesenden festzustellen. Näheres wird nicht mitgeteilt, der Hausmeister versucht vergeblich unter Berufung auf sein Hausrecht, den Polizeiüberfall zu verhindern.

Dagegen: als 1982 bei über 50 Wohnungen die Scheiben zerschossen wurden, konnte die Polizei nichts ermitteln. Auch als der Garten eines Schriftstellers, der sich abfällig über die NPD geäußert hatte, total zerstört wurde, kam die Polizei nicht weiter. Der presserechtlich verantwortliche Schüler der Schülerzeitung "Ahua" hat mittlerweile drei Drohbriefe wie den abgebildeten erhalten. Seine Haustür wurde vollgeschmiert. Die Polizei tappt im Dunkeln. Auch als der Polizei Personenkarteien aus NPD-Quellen überreicht wurden, auf denen Antifaschisten mit ihren Anschriften festgehalten sind, kamen die Ermittlungen nicht voran.

Ein derartiges Vorgehen von Justiz

und Polizei ist ohne Rückendeckung durch die Landesregierung und durch die örtlichen CDU-Kräfte kaum denkbar. Tatsächlich gibt es genügend Hinweise auf eine Verfilzung von CDU und Faschisten. Im niedersächsischen Verfassungsschutzbericht 1983/84 heißt es: "Im Raum Göttingen bestehen verschiedene rechtsextreme Zirkel, die sich vor allem an Schüler, Studenten und Jungakademiker wenden. Sie tragen z.B. die Bezeichnungen 'Studentenbund Schlesien' (SBS), 'Hochschulgruppe Pommern' (HGP), 'Schüler- und Studentenunion Ostpreußen' (SUO). Bei allen Veranstaltungen dieser Kleingruppen zeigen sich enge Verflechtungen zur NPD und zu deren Funktionären." Der Verfassungsschutzbericht "vergift", daß die meisten dieser Gruppen ebenso Verbindungen zur CDU haben, und durch das "z.B." enthebt er sich der Notwendigkeit, diese Gruppen vollständig aufzuzählen, etwa den "Komet", die Burschenzeitung "Der Zirkel", die Verbindungen zur Gruppe um Kausch in Hannoversch-Münden und zur Schülerzeitung "Phönix" in Goslar, die ca. 40 Burschenschaften und Korporationen in Göttingen, die ein schwer überschaubares Reservoir für Faschisten wie auch ein Verbindungsglied zwischen Faschisten und Konservativen darstellen, sowie die Landsmannschaften und Vertriebenenverbände.

Tatsächlich ist die CDU kräftig in

die faschistischen Umtriebe verstrickt: Seit dem Artikel des "Phönix"-Redakteurs Thomas Finke im "Schlesier" ist ein erheblicher Teil der ersten Garnitur im CDU-Kreisverband Goslar und in der Jungen Union ausgewechselt. In Münden ist heute SS-HIAG-Mitglied Karl Krah, einer der drei suspendierten Lehrer im Fall Kausch, CDU-Ratsherr im Mündener Stadtrat, in Göttingen mußte der Vorsitzende der "Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung" in der CDU zurücktreten, weil seine Äußerung bekannt wurde, die Parole "Volk ohne Raum" hätte erst heute eine aktuelle Bedeutung.

Angesichts dieser und anderer Vorfälle ist die Notwendigkeit des antifaschistischen Kampfes vielen wieder deutlich geworden. Revanchismus und Propaganda für großdeutsche Kriegsziele wird ernster genommen und vielfach nicht mehr als Spinnerei von "Ewiggestrigen" verharmlost. Gegen ein größeres Burschentreffen Ende Juni mobilisierte ein größeres antifaschistisches Bündnis von AStA, Fachschaften, KB, BWK, AGIL, GAL, Autonomen und Punks. 500 beteiligten sich zwei Tage lang und verdarben den Burschen das Feiern. In ihrem Aufruf zum 8. Mai ging die VVN-BdA auf die Schülerzeitung "Komet" ein. Hinderlich ist, daß sich die Gewerkschaften, vor allem die GEW, bisher noch nicht deutlich geäußert haben. — (kek)

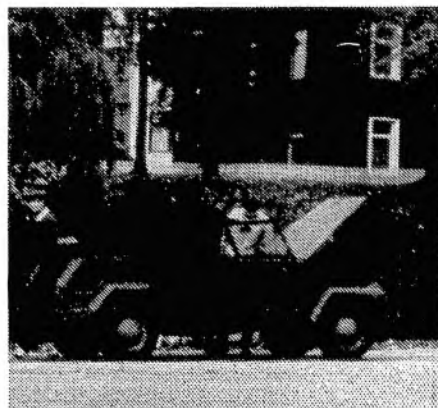
Schülerburschenschaft

Burschenschaften und Korporationen wird es zur Pflicht gemacht, unter Gymnasiasten in den Oberstufen Werbung (Keilarbeit) zu machen. Eine besonders intensive Form der Keilarbeit ist die Gründung von Schülerburschenschaften. Im Süden der BRD existieren davon ca. 100, im Norden verhältnismäßig wenig. In Göttingen wurde Mitte 1982 am Hainberg-Gymnasium eine Schülerburschenschaft gegründet ("Hansea sei's Panier"). Sie werben für sich als "eine wirkliche Alternative zu Konsum, Materialismus und Anonymität in der Schule". "Mitbringen muß er (der Schüler) nicht viel mehr als eine positive und aufgeschlossene Einstellung sowie ein nationales Bewußtsein. Mitglied werden kann jeder Junge ab 16 Jahren, der Schüler der 10. Klasse oder höher eines Gymnasiums ist." (Selbstdarstellung) Mitglieder der Schülerunion gehören dazu ebenso wie Faschisten. Aus der Schülerburschenschaft rekrutiert sich ein Großteil der Redaktion der faschistischen Schülerzeitung "Komet".

"Keilarbeit unter Schülern"

"Im Juli d.J. habe ich ... Kontakt zum Verdener Domgymnasium und

der JU Verden aufgenommen ... In einem in beiden Verdener Tageszeitungen erschienenen Artikel habe ich die Verdensia vorgestellt und gleichzeitig die Gründung eines regelmäßig stattfindenden Stammtisches in Verden mitgeteilt ... Eingeladen hatte ich Gymnasiasten der oberen Klassen (nebst Freundinnen), es erschienen dann sechs Domgymnasiasten (einschl. dem Vorsitzenden der JU und seinem Vorgänger) sowie der Direktor des Domgymnasiums, Herr Dr. Borgerding, mit Gattin ... Bei einem weiteren Treffen ... revanchierten sich die Domgymnasiasten mit der Einla-



Der Vorsitzende Schülerbursche im wehrsporttauglichen Kübelwagen

dung, das Domgymnasium zu besichtigen ... Im Anschluß daran konnte mit Dr. Borgerding vereinbart werden, daß wir im Herbst d.J. ... Studienberatung im Domgymnasium durchführen ... Bundesbrüder aus der Nähe Göttingens bitte ich, an der diesjährigen Silvesterfeier teilzunehmen. Einige Verdener Domgymnasiasten werden mit ihren Freundinnen kommen ..." (Jahresbericht der Landsmannschaft "Verdensia", 1984)

"22. ... Wir besorgen uns über die Verbandsbrüder, die Gymnasiallehrer sind, oder (und) über ehemalige Schüler, die Verbandsbrüder geworden sind, Anschriften von Primanern und Abiturienten, damit wir sie zu den VACC-Veranstaltungen (Orientierungsabend, Vortragsabend, Studienberatung, Biertisch, Kneipe, Tanzabend) einladen können. (...)

27. Wir nutzen als Gymnasiallehrer/Verbandsbrüder die Möglichkeit, auf Klassen- und Studienfahrten mit Primanern in Hochschulorte unseren Schülern einen Einblick in das Korporationsleben an Ort und Stelle zu vermitteln ... Bei den üblichen Schulfahrten nach Berlin bietet sich ein Besuch bei unseren dortigen Verbandskorporationen besonders an." (aus: Verbandsgrundsätze des Coburger Convents)

SOLEX: 115 DM mehr Lohn

Westberlin. Am 2. Juli brachten 250 Beschäftigte in der Frühschicht die Produktion zum Stillstand, um ihre Forderung nach einem "Lohnnachschatz" durchzusetzen. Getragen wurde der Streik von den Akkordarbeiterinnen und -arbeitern. Aufgrund dieses Druckes sah sich die Geschäftsführung gezwungen, noch am Nachmittag des gleichen Tages Verhandlungen mit dem Betriebsrat über die Forderung der Streikenden aufzunehmen. Das Ergebnis: Durchschnittlich erhalten die 600 Akkordarbeiter 115 DM mehr, die Lohngruppe I fällt weg. — (kla).

Urabstimmung im Metallhandwerk NRW

Bielefeld. Ende Juni hat die IG Metall in 18 Betrieben (ca. 1 300 Beschäftigte) des Metallhandwerks in NRW die Urabstimmung durchgeführt. Dabei sprachen sich 86,6% der Stimmberechtigten für Streik aus, um die Forderungen nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, Erhöhung der Löhne und Gehälter um 3,8% sowie der Ausbildungsvergütungen um 20 DM durchzusetzen. Seit über einem Jahr wird bereits über den

Frankfurt. Die IGM-Hessen schließt für das KFZ-Handwerk (35000 Beschäftigte) einen Streik nicht aus. Die Kapitalisten rückten von der Zustimmung zur 38,5 Std.-Woche ohne Flexibilisierung ab und wollen nun die Arbeitszeit je nach Arbeitsanfall zwischen 37 und 40 Std./Woche variieren. Mehrarbeit soll innerhalb von drei Monaten ausgeglichen werden können. Die IGM setzt ihre Warnstreiks, die letzte Woche bei Opel und VW-Glückner in FfM begannen (s. Bild) fort. — (rst)



neuen Manteltarifvertrag verhandelt. In 48 Betrieben hat die IGM über die Bildung von betrieblichen Tarifkommissionen schon Haustarifverträge zur Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt. Die Handwerkskapitalisten wollen nun den Landeschlichter anrufen. Der hat bereits für den 10.7. Gespräche angeboten. Zudem hat der Fachverband Sanitär-Heizung-Klima seine Betriebe aufgefordert, ab 1.6. 3,2% Lohnerhöhung zu zahlen. Dies ist teilweise schon geschehen. Drei Nullmonate und keine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen waren in der Aufforderung enthalten. Die IGM wird die Schlichtung annehmen. — (rav)

Stadtrat unterläuft Ladenschlußgesetz

Peine. Auf Beschluß des Stadtrats dürfen am "Eulenmarkt-Sonntag" (15.9.85, Stadtfest und Wirtschaftsschau) die Geschäfte in der City öffnen. Der Beschluß stößt beim DGB-Kreis Peine und der HBV auf Widerstand. HBV-Geschäftsführer Raser betonte auf einer Pressekonferenz, daß mit diesem Beschluß das Ladenschlußgesetz durchlöchert werde. Um den Beschluß rückgängig zu machen, will die HBV Gespräche mit Stadtrat, Verwaltung, Verein "Peiner Eulenmarkt" und Kirchen führen. Eine Unterschriftensammlung ist geplant. Notfalls geht die HBV vor Gericht. — (anp)

Offener Brief der IGM- Vertreterversammlung Tauberbischofsheim.

Bereits im März hat sich die Vertreterversammlung der IG Metall gegen das Beschäftigungsförderungsgesetz und das geplante Arbeitszeitgesetz ausgesprochen. MdB Miltner (CDU) und Horning (SPD) werden aufgefordert, im Bundestag dagegen zu stimmen. "Unter dem Vorwand, beschäftigungshemmende Vorschriften abbauen zu wollen, wird mit den Gesetzesentwürfen den Wünschen der Bundesverbände der Arbeitgeber, der Industrie und des Handwerks entsprochen, die unter dem Stichwort 'Flexibilisierung' die totale Anpassung der Beschäftigten an die Produktion fordern." Angegriffen wird die Befristung von Arbeitsverträgen, die Ausdehnung von Teilzeit- und Leiharbeit, die

mögliche Verlängerung des Arbeitstags und die Aufhebung von Schutzvorschriften für Frauen. Die MdB sollen sich öffentlich gegen die Wiedereinführung von Samstagsarbeit wenden — was bis heute keiner getan hat. — (hnn)

VW-Gesamtbetriebsrat gegen VW do Brasil

Braunschweig. Während des achtwöchigen Streiks der brasilianischen Metallarbeiter hatten die Automobilkonzerne über 3000 Beschäftigte entlassen. W. Hiller, stellv. Gesamtbetriebsrats-Vorsitzender von VW, protestierte Ende Juni gegen die Entlassung von 1200 Arbeitern bei VW do Brasil und forderte ihre Wiedereinstellung. Der VW-Konzern weist die Forderung zurück: 1100 seien mit Abfindung entlassen, 81 wieder eingestellt und "nur" 90 wegen Gewaltanwendung gekündigt. VW beziffert den Streikverlust auf 100 Mio. DM. Dieser soll durch eine zusätzliche 3. Schicht halbiert werden. — (sie)

Beschäftigungsförderungsgesetz abgelehnt

Bielefeld. Auf Antrag der Grünen/Bunte Liste hat der Bielefelder Stadtrat am 28.5. mit den Stimmen der SPD beschlossen, das Beschäftigungsförderungsgesetz bei der Stadtverwaltung nicht anzuwenden, weil es geltende Arbeiterschutzrechte außer Kraft setzt. Die vom Rat entsandten Mitglieder in den Aufsichtsräten der Stadtwerke und Sparkasse wurden aufgefordert, dafür zu sorgen, daß das Gesetz dort nicht angewandt wird. — (elb)



Am 1. und 2. Juli streikten 20000 Arbeiter in den südafrikanischen Goldbergwerken der Minengesellschaft Gencor, weil die Kapitalisten keinen Tarifvertrag mit den unabhängigen Gewerkschaften schließen wollten. Gencor ließ Polizei gegen die Streikenden einsetzen und drohte ihnen mit Entlassung. Die unabhängige Gewerkschaft NUM (Nationale Gewerkschaft der Bergarbeiter) fordert gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit für Schwarze und Weiße, Verbesserung der Sicherheitsbestimmungen in den Minen und Abschaffung der unwürdigen Wohnbaracken für schwarze Wanderarbeiter (Bild). Am 3. Juli begannen Verhandlungen zwischen Gencor und NUM. — (uld)

Berufsverbotsverfahren wegen MLPD-Kandidatur

Extensive Anwendung von Beamtenrecht und KPD-Verbot

Stuttgart. Der Verwaltungsgerichtshof Mannheim (VGH) hat Mitte Juni die vorläufige Dienstenthebung der Lehrerin Inge Dressler bestätigt. Frau Dressler kandidierte im Oktober 1984 auf der Liste der MLPD zu den Gemeinderatswahlen. Daraufhin leitete das Oberschulamt (OSA) im Dezember Ermittlungen zur Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens gegen die Beamtin auf Lebenszeit ein. Ebenso gegen Wolfgang Serway, der auf derselben Liste kandidiert hatte und seit zwölf Jahren an einem Berufsschulzentrum in Esslingen unterrichtet. Im Februar sprach das OSA gegen Frau Dressler die vorläufige Dienstenthebung aus, welche am 3. April von der Disziplinarkammer beim Verwaltungsgericht (VWG) Stuttgart aufgehoben worden ist: "Bei summarischer Prüfung der Sach- und Rechtslage (besteht) derzeit keine hinreichende Aussicht auf eine Entfernung aus dem Dienst." Eine einmalige Kandidatur für die MLPD genüge nicht, wenn sonst kein weiteres Dienstvergehen vorliege. Die Öffentlichkeitsarbeit des im Januar 85 gegründeten "Solidaritätskomitees gegen Berufsverbote Dressler/Serway" könne der Suspendierten überwiegend nicht zur Last gelegt werden.

Demgegenüber begründet der VGH seine Entscheidung ausschließlich mit der Anwendung der Leitsätze des KPD-Verbotsurteils. Er setzt sich eklektizistisch mit dem Parteiprogramm der MLPD auseinander und konstatiert die Unvereinbarkeit u.a. der dort näher bestimmten Staatsform "Diktatur des Proletariats" mit der fdGO. Der VGH bestätigt damit den Gehalt der vier Wochen zuvor erfolgten Antwort des Innenministeriums auf die Anfrage des Landtagsabgeordneten Weichert (Grüne) in dieser Angelegenheit (vgl. Kasten).

Neben dieser Anfrage wurde die Gemeinderatsfraktion der GRÜNEN mit einem Offenen Brief "an den Stuttgarter Oberbürgermeister und die anderen Fraktionen des Stuttgarter Gemeinderats" aktiv. Diese werden aufgefordert, "sich dafür einzusetzen, daß eine Kandidatur für den Gemeinderat nicht mit einem Berufsverbot belegt werden kann". Dies vertraten auch zahlreiche Leserbriefe in der örtlichen Tagespresse. Die Kritik des Offenen Briefs basiert auf der These, die Berufsverbote höhlichten die "freiheitliche demokratische Grundordnung" aus.

Die GEW Stuttgart führte am 20.5. eine Veranstaltung "Repression gegen Lehrer" durch, wobei die 70 Anwesenden in einer Erklärung "die sofortige

Einstellung der Disziplinarverfahren gegen die genannten und ungenannten Kolleginnen und Kollegen und die Einstellung der Berufsverbotspraxis und anderer Repressionen gegen fortschrittliche Lehrer" verlangen. Die Resolution weist an Beispielen auf, daß der "zunehmenden Unterdrückung demokratischer, antifaschistischer Kräfte eine zunehmende Förderung neonazistischer, faschistischer Kräfte" entspricht.

Die These, die Berufsverbotspraxis in der BRD sei grundgesetzwidrig, die u.a. in der GEW und den Komitees gegen Berufsverbote dominiert, sitzt Illusionen auf und behindert die politische Kritik der aus dem Faschismus stammenden Rechtspraxis. Das Grundgesetz besteht eben nicht aus einer Ansammlung demokratischer Rechte des Bürgers, die ihn vor der Willkür der Exekutive schützen, sondern ist die juristische Umschreibung eines imperialistischen Staates mit dem Recht auf Eigentum (an Produktionsmitteln) als Kern.

Das Bundesverfassungsgericht bezieht sich bei seinen Leitsätzen zur politischen Treuepflicht der Beamten vom 6.2.1975 auf Art. 33 GG, beim KPD-Verbot auf Art. 18 GG (Verwirkung von Grundrechten). Dieser entzieht jedem Gegner des BRD-Staates

die Grundrechte und ist die juristische Umsetzung des "inneren Feind-Begriffs", wie ihn die faschistische Rechtssprechung entfaltet hat. Die Weimarer Verfassung kannte dies nicht. In Art. 33 Abs. 5 GG wird das Berufsbeamtentum mit seinen hergebrachten Grundsätzen bestimmt. Unmittelbarer Vorläufer ist das faschistische Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums von 1933, dessen Sinngehalt sich im sog. Radikalerlaß von 1972 wiederfindet. 1933 hieß es: "Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entfernt werden. § 2a I. Beamte, die der kommunistischen Partei oder Hilfs- oder Ersatzorganisationen angehört oder sich sonst im kommunistischen Sinne betätigt haben, sind aus dem Dienst zu entlassen..." Der Alliierte Kontrollrat hat deshalb mit dem Gesetz Nr. 1 "Aufhebung faschistischer Gesetze" bestimmt: "1. Folgende einzeln aufgeführten Gesetze politischen oder diskriminierenden Charakters, auf die sich das faschistische Regime in Deutschland stützte, werden samt allen ergänzenden und erläuternden Gesetzen, Erlassen und Befehlen widerrufen: (...) b) das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933; Ges.-Samml. I/141."

Um im Kampf gegen die Berufsverbotspraxis weiterzukommen, ist eine fundierte Kampagne zur Streichung der Art. 18 und 33 Abs. 5 GG unumgänglich. — (zem)

Anfrage von MdL Weichert (Grüne) vom 25.4.85 und Antwort des Innenministeriums Ba-Wü vom 17.5.85:

1. In welchen Fällen betrachtet die Landesregierung die Kandidatur zu freien demokratischen Wahlen als einen "verfassungsfeindlichen Akt", der bei Beamten disziplinarisch geahndet werden kann?

A: Nach der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts fordert die politische Treuepflicht vom Beamten, daß er sich eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanziert, die diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe und die geltende Verfassungsordnung angreifen, bekämpfen und diffamieren. Mit der Kandidatur zugunsten einer solchen Gruppierung macht der Beamte sich deren verfassungsfeindliche Zielsetzung zu eigen. In diesen Fällen ist der Vorwurf der Verletzung der Pflicht zur Verfassungstreue in einem Disziplinarverfahren zu prüfen.

(...)

4. Inwieweit wurde bei der Einleitung und wird bei der Durchführung der Disziplinarverfahren gegen I.D.

und W.S. berücksichtigt, daß diese seit 16 bzw. seit 9 Jahren als Lehrer tätig waren?

A: Bei der Verfolgung gravierender Dienstpflichtverletzungen, wie sie hier in Rede stehen, kann es nicht entscheidend darauf ankommen, wie lange sich die betreffenden Beamten bereits im Landesdienst befinden. Dieser Umstand kann im Rahmen der Strafzumessung Bedeutung gewinnen.

5. Inwieweit wird bei Disziplinarverfahren berücksichtigt, daß Lehrer bei Schülern, Eltern und Kollegen beliebt und geachtet sind und daß diese sich gegen Disziplinarmaßnahmen (hier Entlassung) aussprechen?

A: In Fällen, in denen ein Disziplinarverfahren wegen mangelnder Verfassungstreue durchgeführt werden muß, ist die Frage, welches allgemeine Ansehen die betreffenden Beamten bei Lehrern, Eltern und Kollegen genießen, nicht entscheidungsrelevant. Ein Votum dieser Gruppen gegen eine bestimmte Disziplinarmaßnahme kann nach dem geltenden Recht hier letztlich keine Berücksichtigung finden.

(...)

Wohneigentum

(II) Zusammenhang von Einkommenshöhe und Wohneigentum

Die Erwerber von Wohneigentum

Der Vergleich der Erwerberhaushalte mit allen Haushalten mit Haus- und Grundbesitz zeigt (der Erwerb durch Erbschaft wurde ausgeschlossen), daß die Erwerber durchschnittlich ein deutlich höheres Einkommen haben, als alle Wohneigentümer. Nur ca. 25% der Erwerberhaushalte haben ein Haushaltsnettoeinkommen unter 2000 DM, gegenüber etwa der Hälfte bei allen Wohneigentümern. Es stellt sich die Frage, wie können Haushalte mit einem Nettoeinkommen unter 2000 DM überhaupt Wohneigentum erwerben, wo bei einer durchschnittlichen Finanzierung der Wohneigentümer über zehn Jahre lang etwa die doppelten Wohnkosten hat wie ein Mieter (vgl. Schaubilder).

Zunächst muß festgestellt werden, daß der Zwang zu bescheidenerem Wohnstandard mit fallendem Einkommen steigt. Beträgt in den unteren Einkommensgruppen der Wert des erworbenen Wohneigentums durchschnittlich 200000 DM, so steigt er in den oberen auf 440000 DM, wobei berücksichtigt werden muß, daß große und teure Wohnhäuser relativ billiger sind als kleine und billige. 12% der Erwerber haben in den 70er Jahren Wohneigentum unter 80 qm erworben, aber ca. 25% über 140 qm. Es fällt auf,

daß in den unteren Einkommen die Streuung der Wohnstandards bei den Erwerbern am größten ist. 43% der Haushalte mit einem Nettoeinkommen unter 1500 DM hatten Wohneigentum mit einem Wert von unter 200000 DM erworben, aber 22% hatten für über 360000 DM gekauft. In der Gruppe 1500-1750 DM hatten 29% unter 120000 DM ausgegeben, 56% unter 200000 DM und nur 7% über 360000 DM. Es liegt auf der Hand, daß bei so niedrigem Nettoeinkommen Wohneigentum über 360000 DM nur finanziert werden kann, wenn Eigenkapital in großem Umfang vorhanden ist.

Leider liegt uns eine auf das Nettoeinkommen bezogene Statistik über die Finanzierung von Wohneigentums-erwerbern nicht vor. Aber die vorliegenden Daten lassen grobe Rückschlüsse zu. Die durchschnittlichen Eigenmittel aller Erwerber liegen mit 45% (1981/82) bzw. 133000 DM relativ hoch. Die zu verzinsenden Fremdmittel betragen 161000 DM (1977-80: 130000 DM). Von allen Wohneigentümern hatten 1978 jedoch nur rund 10% solche Schuldenberge abzutragen. Restschulden über 80000 DM hatten praktisch nur Haushalte mit einem Nettoeinkommen von über 2200 DM,

also mittlere und höhere Einkommensgruppen, die überhaupt in der Lage sind, zumindest vorübergehend eine gegenüber der Miete höhere Belastung zu tragen.

Daß neben der Senkung der Standards und damit der Erwerbskosten die Erhöhung der Eigenkapitalbasis in den unteren Einkommen entscheidend ist, um Wohneigentum erwerben zu können, zeigen indirekt die Befragungen über die Finanzierung von Wohneigentum durch die über 50jährigen und die Arbeiter. Die über 50jährigen erwerben mit 233000 DM unterdurchschnittliches Wohneigentum, haben aber mit 61% einen enorm hohen Eigenkapitalanteil einzubringen, der im wesentlichen durch jahrelange Ersparnis (41 TDM), durch Verkauf von geerbtem (12 TDM) und nicht geerbtem Haus- und Grundbesitz (54 TDM) aufgebracht wird. Der Selbsthilfeanteil ist mit 12 TDM sehr niedrig, ebenfalls die Bausparguthaben (14 TDM). Die Arbeiter müssen mit 242000 DM Erwerbskosten ihren Wohnstandard ebenfalls drücken und haben mit 49,5% einen hohen Eigenkapitalanteil. Aber sie können die 120 TDM Eigenkapital und 123 TDM Fremdmittel nur erreichen bzw. aufbringen, wenn sie durch viel Selbsthil-

Gesamtkosten und Finanzierungsstruktur von selbstgenutztem Wohneigentum 1969 bis 1982

Erwerbsjahre DM in Tausend	1969 - 72		1973 - 76		1977 - 80		1981/82		1977 - 80 ²	
	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%
Darlehen/Hypothek bei Bank/Sparkasse	37	24,0	48	24,7	63	27,7	80	27,3	87	72,4
Darlehen auf Bausparverträge	21	13,6	37	19,1	50	22,0	56	19,1	49	57,1
Öffentliche Baudarlehen	4	2,6	3	1,5	2	0,9	3	1,0	36	5,6
Arbeitgeberdarlehen	4	2,6	6	3,1	4	1,8	6	2,0	23	17,4
Lebensversicherungsdarlehen	1	0,6	3	1,5	6	2,6	10	3,4	94	6,4
Verwandten-/Bekanntendarlehen	1	0,6	2	1,0	3	1,3	4	1,4	39	7,7
Sonstige Fremdmittel	3	1,9	3	1,5	3	1,3	3	1,0	36	8,3
Summe Fremdmittel	71	46,1	101	52,1	130	57,3	161	54,8	130	-
Eigene Ersparnisse	26	16,9	29	14,9	29	12,8	33	11,3	36	80,6
Bausparguthaben	18	11,7	21	10,8	20	8,8	23	7,8	32	62,5
Schenkung/geerbtes Geld	5	3,2	9	4,6	9	4,0	10	3,4	36	25,0
Aus nicht ererbtem Haus- und Grundbesitz	7	4,5	6	3,1	11	4,8	22	7,5	121	9,1
Aus ererbtem Haus- und Grundbesitz	5	3,2	4	2,1	5	2,2	16	5,5	68	5,9
Sonstiges Eigenkapital	1	0,6	2	1,0	3	1,3	3	1,0	52	5,8
Gegenwert von Selbsthilfe	21	13,6	21	10,8	19	8,4	27	9,2	-	-
Summe Eigenkapital	83	53,9	93	47,9	97	42,7	133	45,2	78	-
Gesamtkosten	154	100,0	194	100,0	227	100,0	293	100,0	-	-

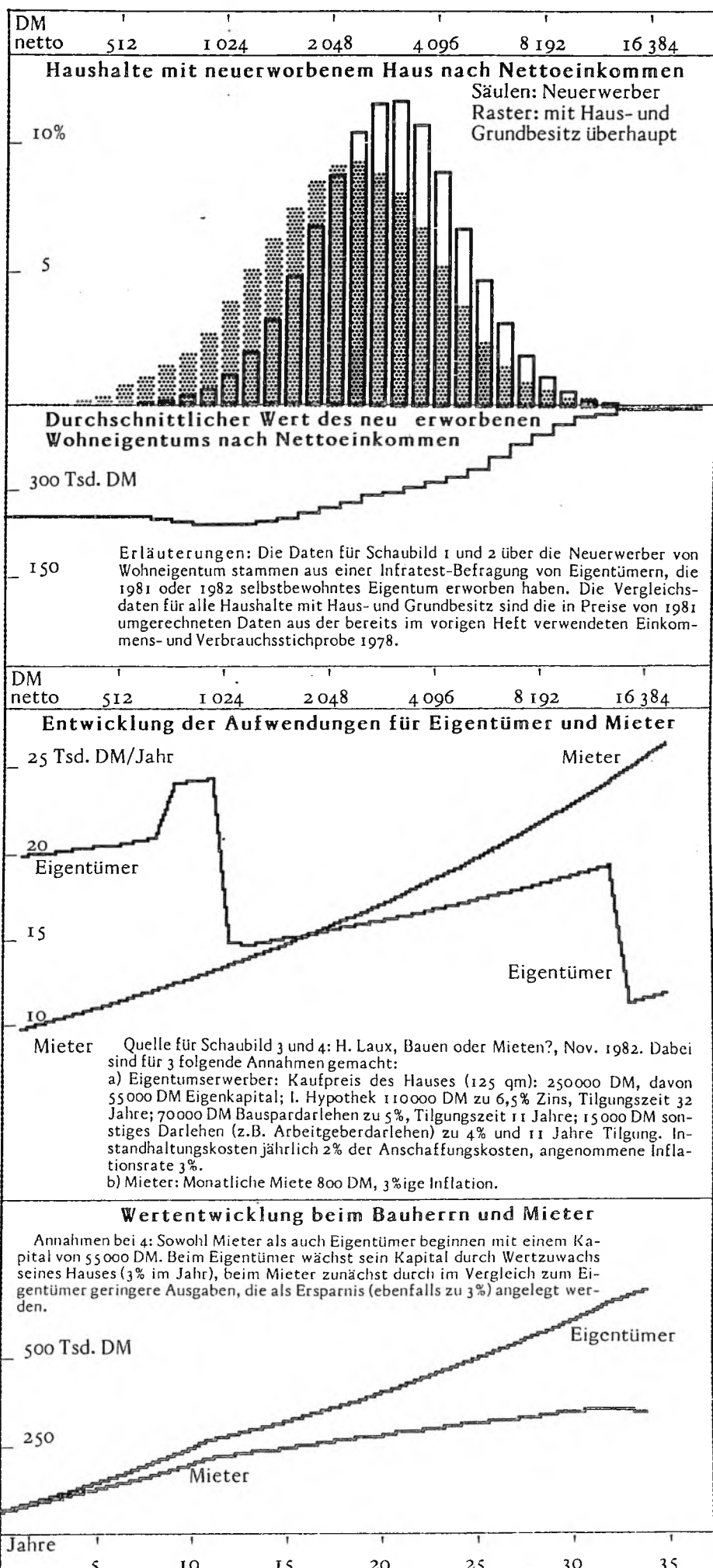
¹ 1981/82 wurde gesondert aufgeführt: Wert des Grundstückes (nur für den Fall, daß das Grundstück aus Erbe oder Schenkung stammt oder getrennt vom Haus finanziert wurde) = 11,7 Tsd. DM; der Erlös aus dem Verkauf = 4,3 Tsd. DM; Summe = 16 Tsd. DM.

² In dieser Spalte beziehen sich die durchschnittlichen DM-Beträge auf die Eigentümer, die die jeweiligen Mittel genutzt haben, die Prozentzahl gibt an, wieviele Eigentümer solche Mittel herangezogen haben.

Quelle: Die Eigentumsbildung im Wohnungsbau, Bundesbauminister Heft 07.014, Infratest Sozialforschung 1983

fe (39 TDM: 16%), Mitarbeit der Frau, Überstunden und Einschränkungen in der Lebensführung große Anstrengungen und Entbehrungen auf sich nehmen. Es sei denn, sie gehören zu den wenigen, die aus Erbschaften ihr Eigenkapital erhöhen konnten. (vgl. Tabelle)

Welche Anstrengungen große Teile der Erwerber auf sich nehmen, zeigen die folgenden Befragungsergebnisse. Von den Bauherren erbrachten 81% Selbsthilfeleistungen von durchschnittlich 50 TDM. 67% der Erwerber mußten sich schon sieben Jahre vor dem Erwerb einschränken, bei den öffentlich geförderten liegt der Anteil sogar bei 80%, in den unteren Einkommengruppen liegt er bei 76% (hier wurde als Einkommen das Vielfache des Sozialhilfesatzes verwendet). In der Ansparphase waren die Haushalte zu folgenden Einschränkungen gezwungen: Gelegenheitsarbeit 7%, Mitarbeit des Ehepartners 25%, regelmäßige Überstunden 16%, Änderung der Familienplanung 5%, Konsumausgaben 23%, Reisen 48%, Auto 20%, keine größere Wohnung 21%. Kurz vor der Bezugsfertigkeit steigt z.B. die Mitarbeit des Ehepartners auf durchschnittlich 56%, bei Haushalten mit Kindern sogar auf 61%. Nach dem Erwerb müssen sich mit 71% noch mehr Haushalte einschränken. 38% mußten sich nach Erwerb sogar sieben Jahre lang stark einschränken. Je niedriger das Einkommen, desto länger und stärker die Einschränkungen. Auffällig ist, daß nach dem Erwerb die Zahl der Haushalte nicht mehr steigt, in denen der Ehepartner mitarbeiten muß oder Überstunden gemacht werden müssen. Nach Erwerb steigen zusätzlich nur die Einschränkungen in der Reproduktion noch weiter an: Konsum auf 35%, Reisen 57%, Auto 26%. Auf der anderen Seite ist der Anteil derjenigen, die sich nicht einschränken müssen mit 33% vor dem Erwerb und 29% nachher relativ groß. Diese Gegensätze drücken sich auch in der unterschiedlichen Belastung im ersten Jahr nach dem Einzug aus: 15% hatten eine Belastung unter 10% des Nettoeinkommens, aber 10% über 50% (hier wurden die steuerlichen Vergünstigungen nicht berücksichtigt).
Fazit: Bei Einkommen unter ca. 2000 DM ist der Erwerb von Wohneigentum nur möglich, wenn er durch Erbschaft, Verkauf von Wohneigentum oder enorme Selbsthilfeaufwendungen im wesentlichen aus dem Eigenkapitalanteil finanziert werden kann. Bei mittleren Einkommen, die auch den größten Teil der Erwerber ausmachen, ist aus eigener Kraft der Erwerb von Wohneigentum nur durch große Anstrengungen über zehn bis 20 Jahre möglich. Nur bei den höheren Einkommen ist das Wohneigentum ohne Anstrengungen erreichbar. Allerdings können durch Erbschaften u.ä. diese Wirkungen erheblich geändert werden.— (jeb, alk)



Bücher

Frauen in der Dritten Welt

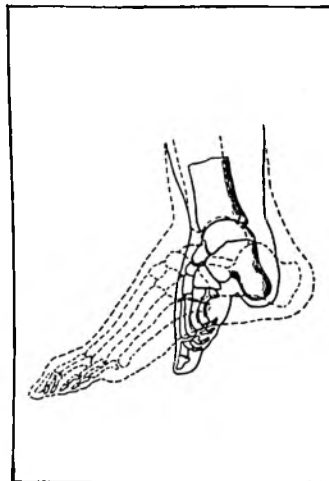
"Die Frauen von Zimbabwe"

Dieses Buch von Ruth Weiss schildert in Form von Berichten und Gesprächsprotokollen, außerdem zwei Kurzgeschichten und drei Gedichten, das Leben und die Stellung der Frau im vorkolonialen Zimbabwe, während des Kolonialismus, im Befreiungskrieg und im heutigen Zimbabwe. Im alten Zimbabwe war die Frau Mittelpunkt der Familie, sie besaß Land und Vieh, über das sie frei verfügen konnte, und war materiell relativ unabhängig. Gleichzeitig war sie in allen gesellschaftlichen Bereichen dem Mann untergeordnet, vom Erbrecht ausgeschlossen, die Kinder gehörten dem Mann und seiner Familie. Der Kolonialismus zerstörte die traditionellen Gesellschaftsstrukturen. Die Weißen zwangen dem Land ihre Kultur, ihr Erziehungswesen und das Wanderarbeitssystem auf. Die Männer mußten oft weit entfernt von ihrem Heimatort arbeiten, die Frauen dann allein die Kinder und die älteren Verwandten des Mannes versorgen und wurden praktisch zum Haushaltsvorstand. Diese erzwungene Selbständigkeit nutzten die Frauen später im Befreiungskampf. Ab den 50er Jahren waren die Landfrauen in diesem Kampf am aktivsten. Über die Zeit von 1964 bis 1983 läßt Ruth Weiss die Frauen von Zimbabwe vor allem selbst zu Wort kommen. Sie berichten über ihre Erlebnisse und Erfahrungen im Kampf gegen das Smith-Regime und über die politische und soziale Situation vor und nach der Befreiung. Die aktive Beteiligung am Befreiungskampf, das daraus resultierende neue Selbstverständnis und Selbstbewußtsein der Frauen widerspricht der traditionellen Rolle der Frau in der afrikanischen Gesellschaft. Das Buch schildert die Probleme und Konflikte, die sich daraus im heutigen Zimbabwe ergeben. Es

schildert den Kampf der Frauen um Ausbildung, materielle Unabhängigkeit, um Gleichberechtigung in Politik und Gesellschaft, und es schildert die Fortschritte, die hier seit 1980 gemacht wurden. (Ruth Weiss, Die Frauen von Zimbabwe, Frauenbuchverlag – bab)

Zweimal Stolpern, in China und hier

Vom fünften bis zum elften Lebensjahr wurden den Chinesinnen vor der Befreiung die Füße so fest eingebun-



den, daß sie nicht nur klein blieben, sondern auch verkrüppelten. Noch heute sieht man alte Frauen über die Straßen stolpern und trippeln. Die jüngeren Chinesinnen, die Große-Füße-Frauen, bewegen sich natürlich, zielbewußt in flachen Sandalen. – So beginnt A. Meulenbelt, eine niederländische Feministin und Sozialistin, ihren Bericht über eine Rundreise durch die VR China, die sie mit einer Frauengruppe aufgrund einer Einladung durch die chinesische Frauenvereinigung 1981 machte. Sie schließt ihren Bericht mit einer Beobachtung in Amsterdam: "Vor mir sehe ich eine Niederländerin auf ihren viel zu hohen modischen Absätzen über die ... Straße stolpern. Die hat sie freiwillig angezogen. Was muß noch alles geschehen." Dies ist beispielhaft für ihre Berichtsform. Neben den Auskünften chinesischer Busfahrerinnen, Bäuerinnen, Partei-

und Gewerkschaftsführerinnen, Kindererzieherinnen, Opersängerinnen, Ärztinnen, Kranführerinnen, Psychologinnen stellt sie Untersuchungen über die Stellung der Frauen in China heute im Vergleich zu früher und im Vergleich zu den Zielen der Feministinnen dar. Schwerpunkte sind die Familienstruktur, die Arbeitsteilung sowie das Gefühlsverhalten.

– Frauenarbeit ist ermöglicht, da die Kinderversorgung durch Krippen, die es überall in der VR China gibt (im Gegensatz zu den Volkskantinen), gesichert ist. Jedoch: die Krippen sind durchweg bei den Arbeitsplätzen der Frauen.

– Frauen können sich leicht scheiden lassen, da ihre materielle Versorgung durch eigene Arbeit und u.a. das Landreformgesetz gesichert ist. Sie verlieren dadurch nicht ihre Kinder.

– Frauen sollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit bekommen. Sie erhalten jedoch oft von vornherein eine schlechtere Ausbildung, da die Kommune dies als Fehlinvestition betrachtet, denn bei der Heirat ziehen die Mädchen traditionsgemäß meist in die Kommune des Ehemannes. (Anja Meulenbelt, Kleine Füße, Große Füße, Knauer TB, 7,80 DM – bia)

Freuden der Mutterschaft

"Mehr möchte ich nicht sein als Frau und Mutter." Mit dieser Vorstellung wird Nnu Ego, Tochter eines Ibo-Chefs, 1934 an einen Hausdiener weißer Kolonialbeamter nach Lagos/Nigeria verheiratet. Kurz vor ihrem Tod muß sie sich eingestehen: "Ich habe viele Kinder. Aber wie soll ich sie ernähren? Mit meinem Leben. Ich muß mich zu Tode schuften, um sie zu ernähren." Nie reicht der Lohn des Mannes als Hauswäscher und Gelegenheitsarbeiter zu mehr, als das Verhungern zu verhindern. Für Kleidung, Schulgeld, oft genug für Essen überhaupt muß Nnu Ego durch Handel mit Streichhölzern, Zigaretten und Lebensmitteln sorgen. 1941 wird der Mann von der Arbeit weg zu den britischen Kolonialtruppen nach Indien verschleppt. Während dieser

Jahre muß Nnu Ego zusammen mit der Zweitfrau – der entsprechend der Tradition geheirateten Witwe des ältesten Bruders des Mannes – insgesamt fünf Kinder durchbringen. Die Zweitfrau wird schließlich Prostituierte, um ihre Kinder versorgen zu können. Von klein auf müssen die Kinder arbeiten, Holz zum Verkauf sammeln und hacken, Obst auf den Straßen verkaufen u.a. Oft genug kann das Schulgeld für die ältesten Jungen nicht aufgebracht werden, die älteren Mädchen haben eh nur zwei Jahre billigen Privatunterricht. Nnu Ego hat am Schluß neun eigene Kinder, nie haben sie mehr Platz gehabt als ein Schlafzimmer, einen Kochraum und eine Veranda, nie gab es genug Essen für alle. Als die beiden ältesten Söhne, statt die Eltern zu unterstützen, weiter die Schule besuchen und schließlich ins Ausland zum Studieren gehen, bricht die Familie völlig auseinander. Das Buch zeichnet genau nach, wie unter der Wucht des Kolonialismus alle sozialen und kulturellen Strukturen der traditionellen afrikanischen Gesellschaft zerfallen. Nach den alten Vorstellungen kann keine Frau mehr leben: Fruchtbarkeit sicherte ihr soziale Anerkennung, jetzt bedeutet sie Not. Polygamie führt zu unerträglichem Leid, weil die Löhne der Männer nicht mal ausreichen, eine Kleinfamilie zu ernähren. (Buchi Emecheta, Nnu Ego, Frauenbuchverlag, 26 DM – mek)

Afrikanische Mittelschicht

"Du kannst bezeugen, daß ich Tag und Nacht in seinem Dienste auf den Beinen war und ihm jeden Wunsch von den Lippen abgelesen habe", schreibt die Ich-Erzählerin einer Freundin. Ihr Mann hat es dabei vom Gewerkschaftssekretär während der Kolonialzeit zum leitenden Regierungsbeamten Senegals gebracht. Nach 25 Jahren Ehe verläßt er Frau und Kinder und nimmt eine Abiturientin als Zweitfrau. Das Buch beschäftigt sich aber nur vordergründig mit der Polygamie. In Wirklichkeit scheitert die Vorstellung der monogamen Einzelehe, an der die Erzäh-

lerin vehement festhält. Mit der Demütigung des Verlassenseins wird sie nur fertig, indem sie sich auf die Erziehung der Kinder stürzt. Der Grundtenor des Buches ist konservativ: Die Familie ist "das Fundament der Nation", die Monogamie die Voraussetzung einer intakten Familie, Erziehung der Kinder entscheidende Aufgabe der Mutter. Gerade deswegen ist das Buch, ausgezeichnet mit einem internationalen Preis für afrikanische Literatur, im Senegal heftig umstritten. Beim Lesen hat man häufig den Eindruck, daß sich trotz ausführlicher Schilderung der afrikanischen Lebensweise die Probleme der afrikanischen Mittelschichtfrauen nur wenig von denen ihrer europäischen Schwestern unterscheiden. (Mariama Ba. Ein so langer Brief, Ullstein TB— mek)

Eine Arbeiterfrau aus Bolivien

Die Arbeiterfrau Domitila vertrat beim Tribunal der UNO zum Internationalen

den Sturz der Diktatur Banzer erfaßt der Bericht nicht mehr). Domitila lebt mit ihrem Mann, der Bergarbeiter ist, und ihren sieben Kindern in zwei Zimmern, ohne Toilette, ohne fließend Wasser. Die "Wohnung" im Dorf "Siglo XX" gehört der Bergwerksgesellschaft, die die Familien rauswirft, wenn die Männer von der Minenkrankheit zerfressene Lungen haben und nur noch zum Sterben zu gebrauchen sind. Von vier Uhr morgens bis tief in die Nacht hinein arbeitet Domitila, um den Lohn aufzubessern: einkaufen, Wäschekochen, Kleidungsweben und -nähen, Pasteten herstellen und verkaufen. Als 1961 die Bergwerksgesellschaft drei Monate keinen Lohn auszahlt, keine Lebensmittel und keine Medikamente vorhanden sind, bereiten die Frauen mit den Mineros (Bergarbeitern) einen Protestmarsch zur Hauptstadt vor. Die leidenden Mineros werden verhaftet; die Frauen setzen nach vielfältigen Einzelaktionen mit einem gemeinsa-



Bolivianische Arbeiterfrau beim Kleidungs nähen.

Jahr der Frau 1975 das "Hausfrauenkomitee von Siglo XX", der größten Zinnmine Boliviens. Ihr Bericht — sie war die einzige Vertreterin der Arbeiterklasse Boliviens — erweckte so große Anteilnahme und Interesse, daß Moema Viezzer nach Domitilas Berichten, Tonbandprotokollen usw. eine Dokumentation erstellt über die allgemeinen Lebens- und Arbeitsbedingungen, die Arbeiterbewegung, das persönliche Leben Domitilas und ihrer Familie sowie die Streikaktionen bis ins Jahr 1976 und deren Folgen (den kurz darauf folgen-

den Hungerstreik — unterstützt von Fabrikarbeitern und Studenten — die Freilassung und die Lohnauszahlung und Nahrungs- und Medikamentenlieferung durch. Aus diesen Erfahrungen heraus organisieren sie das Hausfrauenkomitee. Domitila wird vom Staat und den Kapitalisten verfolgt und gefoltert. Sie beklagt sich nicht; sie kämpft. Die USA und auch die BRD-Imperialisten werden als Nutznießer der Ausbeutung angegriffen. (Domitila, Wenn man mir erlaubt zu sprechen, hrsg. v. M. Viezzer, Lamuv-Verlag— bia)

Großbritannien

Unruhe bei den Tories— Pym für die Volksgemeinschaft

In der britischen konservativen Partei hat sich eine offene Opposition gegen Premierministerin Margaret Thatcher gebildet, die sich in Zirkeln von Unterhausabgeordneten findet und vorsichtige Unterstützung von verschiedensten Seiten der Reaktion erfährt — von Bischöfen der anglikanischen Kirche gleichermaßen wie von Sprechern des Industriekapitalistenverbandes CBI.

Anerkannter Sprecher der Opposition ist der frühere Kriegs- und Außenminister Francis Pym. Katastrophale Wahlergebnisse der letzten Monate haben Pym's Anhang gestärkt. Vor allem die Einbrüche der Allianz aus Liberalen und SDP in ihr Publikum unter den Mittelklassen beunruhigt Tory-Politiker.

Pym veröffentlichte 1984 das programmatische Buch "The Politics of Consent" ("Die Politik der Übereinstimmung"), eine Abrechnung mit der Politik Margaret Thatchers und die Darstellung einer neuen konservativen Politik, die die Übereinstimmung, in Britannien wiederherstellen soll. (Francis Pym, The Politics of Consent, Verlag Hamish Hamilton, London 1984, Preis 8,95 Pfund).

Darin besteht Pym's Hauptvorwurf an die Adresse Margaret Thatchers: Sie spalte die Nation, und schuld sei ihre ideologische Herangehensweise, die eigentlich vollständig im Widerspruch zu konservativer britischer Tradition stehe.

Pym's Kritik ist in keiner Weise fortschrittlich. Es geht ihm um das Überleben reaktionärer Politik, nicht ihre Beseitigung. Er lobt ausdrücklich die Ergebnisse konservativer Regierungspolitik. In seinen drei außenpolitischen Kapiteln z.B. rechtfertigt er den Malvinen-Feldzug, den er als Außenminister maßgeblich mit anführte, die Aufstellung von Cruise Missile und Pershing II in Großbritannien und die britische Polaris-Atomrüstung. Ziel der Außenpolitik sei eine "friedliche und stabile Welt, in der unser Handel gedeiht" (S. 27).

Aber die große vaterländisch-britische Gemeinschaft, hergestellt durch den Krieg gegen Argentinien, ist abgenutzt. "Welche Gesellschaft wollen wir?", fragt Pym. "Zuallererst geht es um die Einheit der Nation. Innerhalb einer Nation kann sich Spaltung und Konflikt genauso tief ausbreiten wie zwischen Nationen. Alle Gesellschaften tragen den Samen ihrer eigenen Zerstörung in sich: Latente Elemente, die, wenn sie nicht beschränkt werden, sie zerreißen können. In der ganzen Geschichte kommt es in vielen Ländern zu solchen Explosionen, einschließlich Britanniens, obwohl sie hier leicht waren, und die Konsequenzen sind immer traurig, für die Individuen und für die Nation." (S. 117/118). Das ist der Kern des Pym'schen Vorwurfs. Statt die Klassenwidersprüche abzustumpfen, schürt Thatcher sie. Er fürchtet Unruhe, Revolten, Revolution als Folge. Die nationale Einheit werde, so Pym, untergraben durch Massenarbeitslosigkeit und ihre Begleiterscheinungen, wie z.B. die Straßenkämpfe in den schwarzen Vierteln von London und Bristol 1981, sowie durch "Widersprüche zwischen den Rassen" (für die Pym u.a. die "liberalen Einwanderungsgesetze" der siebziger Jahre verantwortlich macht).

Die Regierung habe als ökonomisches Dogma auf den Monetarismus gesetzt. "Wo der Monetarismus versagt", überschreibt Pym ein Kapitel, in dem er eine Abkehr fordert. Zwar habe die Wirtschaftspolitik der Regierung viel Gutes erreicht, zum Beispiel die Inflation verringert, jedoch sei der Monetarismus ein Dogma, eine unflexible Theorie, die vor allem in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit versagt habe. Pym verlangt eine "industrielle Strategie" und staatliche Hilfen für die Industrie, damit sie "restrukturiert" werden könne, wenn nötig auch mit der Hilfe neuer Kredite. "Staatsverschuldung ist nichts Böses an

sich, und es gibt keine ideale Höhe der Neuverschuldung" (S. 141). Schließlich: Regierungseingriffe in die Industrie seien "nicht notwendigerweise falsch", sondern manchmal nötig. Und jetzt, wo nach den Anti-Gewerkschaftsgesetzen diese ihre Rolle realistischer einschätzten, müsse eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen ihnen, Regierung und Unternehmen geschaffen werden.

Schließlich beschreibt Pym in einem historischen Exkurs, wie die konservative Partei sich immer angepaßt habe an die Zeitumstände. "Ihr Hauptfeind ist die Ideologie", einerseits links, der Marxismus, andererseits aber auch die radikalliberale Ideologie, der "laissez-faire-Kapitalismus". Indirekt beschuldigt er Thatcher, eine solche Ideologie zu sein.

Thatcher hat ihre Schuldigkeit getan: Die Gewerkschaften sind empfindlich geschwächt, die Löhne gesenkt, auch bei Sozialhilfe; Renten und Krankenversicherung der Arbeiter geschröpft, die Profite schießen nach oben. Es ist Zeit, das Erreichte zu sichern und auszubauen. Francis Pym bietet sich an. – (hef)

Katholische Soziallehre

Blüms Theorie von der "Selbstbeschränkung" der Gewerkschaft.

In der Krisenentwicklung des Kapitals haben die Kapitalisten mehrere Millionen Lohnabhängige auf die Straße gesetzt, arbeitslos gemacht. Damit haben sie die objektiven Bedingungen hergestellt für die Steigerung der individuellen Konkurrenz unter denjenigen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft existieren. Eine erhöhte oder ungehinderte Konkurrenz wirkt in der Produktion als Mittel für verstärkte Arbeitsanstrengung. Das angestrebte Ergebnis, auf das die Kapitalisten ihre Bemühungen richten, ist Lohnsenkung, erhöhte Ausbeutung der Arbeitskräfte und Senkung des Lebensstandards der Arbeiter und der Masse der übrigen Lohnabhängigen. Das zu entwickeln, dafür ist eine Schwächung der kollektiv organisierten gewerkschaftlichen Interessenvertretung vonnöten. Blüm kritisiert an einer "Allzuständigkeit" der Gewerkschaften, seine beständig wiederholte Forderung nach einer "Selbstbeschränkung" der Gewerkschaften, seine Theorie der "Freiheit, die auf Differenzierung angewiesen ist", entfalten auf der Grundlage der angedeuteten gesellschaftlichen Entwicklung ihre Propaganda: für Sicherung und Wahrung individueller Aufstiegschancen, ausgerichtet gegen die Verteidigung und Stärkung der gemeinsamen Interessen der Lohnabhängigen.

Blüm hat seine Auffassungen zu dieser Sache zusammengestellt in dem Band "Gewerkschaften zwischen Allmacht und Ohnmacht. Ihre Rolle in der pluralistischen Gesellschaft", erschienen 1979. In seinen zahlreichen Interviews und Reden wiederholt er, oft wörtlich, das dort einmal Niedergeschriebene. Für eine Darstellung seiner theoretischen Überlegungen ist die Konzentration auf diesen Band daher möglich.

Pluralistische Gesellschaft – theoretische Rechtfertigung für die Abhängigkeit der Arbeit

Blüm geht davon aus, daß in Ansätzen eine "pluralistische Gesellschaft" existiert und ihre vollständige Ausformung anzustreben sei. Blüm schreibt: "Ihre soziologische Unterlage sind die Gruppen. Der Pluralismus hat sich Platz geschaffen. 'Unter Pluralismus versteht man das gleichberechtigte, durch grundrechtliche Garantien geschützte Nebeneinander, Existieren und Wirken einer Mehrzahl sozialer Gruppen innerhalb einer staatlichen Gemeinschaft.' (Kurt Sontheimer)". Mit dieser Pluralismustheorie formuliert Blüm einen Abhängigkeitszusammenhang zwischen Kapital und Arbeit und behauptet, daß die Existenz des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln

eine Notwendigkeit für die Arbeit selbst und für das Leben jedes Einzelnen in dieser Gesellschaft sei: "Ohne Arbeit ist das Kapital wertlos, und ohne Kapital ist die Arbeit um ihre Wirkung gebracht. Es müßte also gelingen, die divergierenden Interessen zu guter Letzt auch im Individuum zu vermitteln."

Die Möglichkeit einer gemeinsamen Anstrengung der Werktätigen, das Kapitalverhältnis zu beseitigen, und einer von ihnen bestimmten und geplanten Entwicklung der Gesellschaft und der Produktion ist damit von vornherein verneint. Für den einzelnen Lohnabhängigen bleibt die Aufgabe, die offensichtlich gegeneinanderstehenden Interessen, den gesellschaftlichen Grundgegensatz in sich zu vermitteln. Das soll er können, indem er seine – von Gott gegebene – Person entfaltet in verschiedenen Rollen. Das mache – so Blüm – gerade die Freiheit der Menschen in dieser Gesellschaft, die "ein Rollengeflecht" oder auch "Funktionsgeflecht" sei, aus.

Statt Arbeiterklasse einzelne Rollenträger

Wie Blüm in seinem Buch begründet, den Widerspruch von Kapital und Arbeit durch das Rollentragen von Einzelpersonen lösen zu können, zitieren wir hier länger, weil Blüm damit zugleich die Verkehrung der Aufgaben der Gewerkschaften andeutet:

"Wenn im Pluralismus Herrschaftsfunktion nicht mehr einer Gruppe von Menschen, sei es geburtsständischer oder klassenmäßiger Herkunft reserviert wird, sondern wechselt, entsteht eine Gesellschaft, in der sich das traditionelle 'Oben und Unten' in ein Funktionsgeflecht auflöst ... Der Forderung zum Beispiel der Arbeitnehmer nach Mitbestimmung und Miteigentum wird entgegengehalten, daß ihre Erfüllung den Arbeitnehmern die Mehrheit im Aufsichtsrat brächte, denn sie säßen dann auf beiden Seiten ... Das Argument ist nur plausibel, wenn 'Arbeit' und 'Kapital' jeweils als Bezeichnung einer Klasse von geradezu geburtsständischer Herkunft verstanden werden. Sobald jedoch 'Arbeit' und 'Kapital' Rollenträger sind und deren Funktion bezeichnen, wird das Argument sinnlos. Wenn Mitbestimmung und Miteigentum verwirklicht sind, kann mit gleichem Recht behauptet werden, die Träger der Rolle Kapital, wie entgegengesetzt die Träger der Rolle Arbeit, hätten die Mehrheit. Beide Rollen sind wechselseitig das Pendant zur jeweils anderen Rolle und können von derselben Person getragen werden. Arbeitnehmer sind dann auch Kapitalbesitzer und Kapitalbesitzer dann auch Arbeitnehmer. Eine solche Verwandlung alter Klassenbegriffe in Rollenbezeichnungen verwischt noch nicht die Grenze zwischen beiden. Arbeit und Kapital sind nicht austauschbar. Mit ihnen verbinden sich unterschiedliche Interessen. Aber der Unterschied ist nicht kollektiv auf Klassen verteilt nach dem Schema: für die einen das Lohn-, für die anderen das Kapitalinteresse, sondern er ist mit Rollen verknüpft, welche dieselben Träger haben können.



Nacht-, Schicht-, Teilzeitarbeit herrschen bei der Post vor. Nach Blüms Theorie könnte sich das Wesen des Individuums hier besonders freiheitlich entfalten.

Der alte Klassenkampf verliert dann seinen 'Truppencharakter'."

Da Blüm unter "Arbeit" unterschiedslos menschliche Tätigkeiten einordnet – in der materiellen Produktion und außerhalb ihrer, lohnabhängige Arbeit, die Tätigkeit der Kapitalisten, Hobby und auch Freizeitbeschäftigung – und da er zugleich von den konkreten Bedingungen der Produktion, z.B. von der Trennung in Hand- und Kopfarbeit, absieht, hat er so die Voraussetzung geschaffen, die Arbeit der Lohnabhängigen als Rollenträger vorzuführen. 1. Die Feststellung, daß der Arbeiter Rollenträger zweier entgegengesetzter Interessen in einer Person sein kann, beseitigt die Tatsache nicht, daß die Arbeiter weiterhin das ihnen als Herrschaft entgegenstehende Kapital produzieren müssen. Die Lohneinlage als Kapitalbeteiligung – für die Arbeiter bringt sie Lohnkürzung, für die Kapitalisten ist sie billige Kapitalverrechnung – verändert nicht die Gesetzmäßigkeiten, denen die wachsende Aufhäufung von Kapital notwendig unterliegt und die die gesellschaftliche Entwicklung fesseln. 2. Eine Änderung des gesellschaftlichen Verhältnisses, daß die Arbeiter insgesamt den Kapitalverwertungsbedingungen unterworfen und dadurch als Klasse konstituiert sind, ist dagegen nur möglich, wenn die Form der privaten Aneignung des von den Arbeitern geschaffenen Mehrwerts und damit das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft sind. Damit aber wäre diese Blümsche Art des Rollenträgerspiels tatsächlich beendet. Blüm weiß Rat, solche Änderung wäre gegen die menschliche Natur: "Wenn die menschliche Arbeit (in Verbindung mit der Schöpfung Gottes, der Natur) als Ursprung aller Werte angesehen wird, dann könnte daraus etwas vor schnell geschlossen werden, daß privates Eigentum an den Produktionsmitteln, die ja Hilfsmittel der menschlichen Arbeit sein sollen, abgelehnt wird, soweit es nicht unmittelbar im Besitz der Arbeitnehmer selber ist ... entsprechend ihrem realistischen Menschenverständnis berücksichtigt sie (die katholische Soziallehre) daß 'gemeines Gut zumeist verloren geht'. Das private Eigentum – auch an Produktionsmitteln – wird als Stütze für das Selbstbewußtsein, für die Eigenständigkeit und die verantwortliche Berufsausübung der Menschen angesehen." (Blüm, Die Arbeit geht weiter, S.25).

Gewerkschaften auf Teilinteresse beschränkt

Blüm über die Funktion der Gewerkschaft in der behaupteten gegenwärtigen pluralistischen Gesellschaft: "Gewerkschaften werden bei diesem Austausch von Klasse mit Rolle nicht verschwinden. Jedes Interesse benötigt seine Repräsentanz." Die Gewerkschaft ist nach Blüm eine neben anderen Gruppenorganisationen eingeordnete Vertretung. Er fordert daher die "Selbstbeschränkung der Gewerkschaften": "In einer pluralistischen Gesellschaft kann es keine Organisation geben, die Allzuständigkeit beansprucht. Mit einer Kompetenzinflation, die mit der Allzuständigkeit verbunden ist, läßt sich der machtsverteilende Impuls des Pluralismus nicht in Übereinstimmung bringen. In einer Zeit, in der vier Fünftel der Gesellschaft durch den Arbeitnehmerstatus charakterisiert sind, ist eine umfassende Repräsentation der Arbeitnehmer durch die Gewerkschaften auch schwerer durchsetzbar als zu Zeiten, in denen die Arbeitnehmer eine kleinere homogene Gruppe in der Gesellschaft waren. Das Selbstverständnis des Bürgers wird nicht mehr ausschließlich durch seine Arbeitnehmerrolle bestimmt ... Die Chancen für eine einflußfähige Organisation, die nicht im Widerspruch zu den Vorzügen des Pluralismus gerät, liegen allein in einer Repräsentanz von Interessen, für die sich eine große Zahl mitgliedschaftsfähiger Identifizierungen ergibt. Solche Interessen können nur Teilinteressen sein, denn sobald in einer entwickelten pluralistischen Gesellschaft der Umfang einer Interessenvertretung zunimmt, schwindet die Zahl derjenigen, die für eine solche Interessenvertretung organisierbar sind." Mit dem Verlust des "Truppencharakters" der Arbeiterklasse hat, nach Blüm, die Gewerkschaft keine Berechtigung mehr, Klasseninteressen zu formulieren und für ei-

ne gesellschaftliche Durchsetzung einzutreten. Woran ist dabei gedacht? Blüm verlangt Konzentration auf die Rolle der "Arbeit", keine Forderung mehr z.B. nach gesetzlicher Begrenzung des Arbeitstages. In Bezug auf die Entwicklung der Gesamtgesellschaft habe die Gewerkschaft sich zu beschränken und nur für Teilinteressen einzutreten. Diese Teilinteressen wiederum dürfen aber nicht aufgrund einer Analyse der Lage der Lohnabhängigen festgestellt werden, sondern: "Die Normen, die es in einem vernünftigen Konsens zu ermitteln gilt, sind nicht der Willkür der Beteiligten anheimgegeben, sondern auch Widerschein vorgegebener, vernünftiger Strukturen der Welt." Vorgegeben und vernünftig ist, wie uns Blüm weismachen will, die Existenz des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Damit die Gewerkschaften nicht auf einen Weg kommen, der sie zu den vorgegebenen Normen in Widerspruch geraten ließe, sorgt der Staat: "Die Konzertierte Aktion könnte ein Modell sein für kooperativen Pluralismus, in dem der Staat als Dritter im Spiel der Interessengegensätze einen Zwang zur Rationalisierung der Übereinkünfte auslöst." Und damit das ganze Konstrukt Blüms wirklich hält, sorgt der göttliche Herrscher dieser Welt: "Im Prozeß der normativen Konsensfindung ist die Vernunft nicht lediglich Ableseorgan einer objektiven Natur der Sache, sondern auch als Abbild der göttlichen Vernunft eine schöpferische Kraft."

Unterwerfung unter die derzeitigen konkreten Interessen der Kapitalisten

Da die wirklichen Klassengegensätze von Blüm durch das Rollengeflecht in der pluralistischen Gesellschaft ersetzt sind, kann er, die steigende Konkurrenz der Lohnabhängigen ideologisch wirksam nutzend, einen "neuen Klassenkampf um Arbeitsbesitz", den "Klassenkampf Arbeitsbesitzer gegen Arbeitslose", ausmachen. Dieser muß zur Begründung für Lohnreduzierungen herhalten: "Lohnpolitik ohne Rücksicht auf Beschäftigung entscheidet möglicherweise weniger über die Verteilung des Einkommens zwischen Kapital und Arbeit, sondern mehr über die Zahl der Arbeitslosen."

Die Differenzierung der pluralistischen Gesellschaft verlange nach individuellen Lösungen. Blüm dringt auf "freiheitliche Arbeitszeitregelungen". Die flexible Arbeitszeit – wichtiges Mittel für das Kapital, den Mehrwert zu erhöhen und den fixen Kapitalanteil zu senken – entspreche dem Wesen des Individuums. Mit der Begründung, die individuellen Bedürfnisse der Lohnabhängigen verlangten nach Individualisierung der Arbeitszeiten, führt Minister Blüm seine Angriffe auf die von der Arbeiterbewegung erkämpften kollektiven Schranken, den Schutz gegen die uneingeschränkte Ausbeutung der Arbeitskraft. Von den Gewerkschaften fordert Blüm, sie sollten eintreten für eine "Entkolonialisierung der Arbeitszeit". Wer hätte wohl etwas für graue Kolonnen? Die Verdächtigung des kollektiven Normalarbeitstages soll der Freiheit auf den Weg helfen. Mit seinem neuen Beschäftigungsförderungsgesetz gibt Blüm den Kapitalisten mehr von der verlangten Art uneingeschränkter Freiheit.

Blüms Vorstellungen laufen hinaus auf eng an das Kapitalinteresse des jeweiligen Betriebes gekettete Betriebsorganisationen der Lohnabhängigen. Damit diese Sorte katholischer Soziallehre größere Einwirkungsmöglichkeiten gegen die Kräfte der organisierten Arbeiterbewegung bekommt, betreibt die Bundesregierung die Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes und verfißt Blüm, daß die Umtriebe der reaktionären christlichen Gewerkschaften in den Betrieben und den Betriebsräten gesetzlich besser gestützt werden müssen.

Quellenhinweis: Norbert Blüm, Gewerkschaften zwischen Allmacht und Ohnmacht. Ihre Rolle in der pluralistischen Gesellschaft. 1979; N.Blüm, Werkstücke. Aufsätze, Essays, Reden. Bund-Verlag, 1980; N.Blüm, Die Arbeit geht weiter. Piper, 1983; Gewerkschaftliche Monatshefte 1/1985; Jakob Moneta, Norbert Blüm. Herz-Jesu Marxist oder kapitalistischer Propagandist? isp-Verlag, 1985 – (gba, AK Konservatismus)

Liberalismus/Faschismus

Führende FDP-Politiker wollen populär machen, daß Arbeiter wie Sachen behandelt werden können

Mit rabiaten Vorschlägen zur Gestaltung von Löhnen und Arbeitsbedingungen tritt die FDP derzeit als politischer Vorreiter gegen die Arbeiterbewegung auf. Beseitigung von Tarifen, Propaganda gegen "Gleichmacherei" und für Elite – die FDP verlangt, nahezu alle Schranken einzureißen, die den Kapitalisten in der Ausbeutung der Arbeiter gesetzt sind – Schranken, die in dem angestrebten Umfang bisher nur die Faschisten im Dritten Reich beseitigt hatten.

Abschaffung aller Mindeststandards

FDP-Generalsekretär Haussmann schlug Anfang April die Aufhebung der bestehenden Lohntarife für Arbeitslose vor:

"Die Arbeitslosigkeit kann langfristig nur bekämpft werden, wenn auch die Tarifpartner bei Lohnabschlüssen den Erfordernissen des Arbeitsmarktes Rechnung tragen. Es ist eine unumgängliche Notwendigkeit, vom strengen Lohndiktat bei Problemgruppen und strukturschwachen Gebieten abzuweichen. Die F.D.P. fordert, daß bei künftigen Tarifvereinbarungen 'Gleitklauseln' eingebaut werden, die kleineren und mittleren Betrieben die Chance geben, Arbeitnehmer zu anderen Bedingungen einzustellen, als profitable Großbetriebe."

In Interviews mit verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften konkretisierte er, welche "Gleitklauseln" sein sollen.

Im "Spiegel" vom 15. April erklärte er: "Tarifverträge müssen sehr viel flexibler werden, nicht nur nach oben, sondern auch nach unten ... wenn es zu 16 Mark keine Arbeit gibt, zu 14 Mark aber zum Beispiel 150 Arbeitslose im norddeutschen Raum bereit sind zu arbeiten, dann sollten die eine Chance bekommen ... Ein Arbeitsloser, der nach zwei Jahren der Arbeitslosigkeit die Chance hat, in ein Beschäftigungsverhältnis zu kommen, das etwa 80 Prozent des bestehenden Tariflohns entspricht, sieht das als deutliche Verbesserung seiner sozialen Situation an." Und im Bonner "General-Anzeiger": "Mir geht es ausschließlich um die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen durch zunächst befristete Verträge ... Kein Arbeitsloser wird bereit sein, zu Bedingungen zu arbeiten, die unterhalb der Arbeitslosenunterstützung oder der Sozialhilfe liegen."

Haussmann hat die Forderung der Kapitalisten nach "Differenzierung" der Löhne aufgegriffen und erweitert: nicht nur regionale und branchenweite "Differenzierung", sondern auch unterschiedliche Löhne nach Betrieben in derselben Branche und innerhalb der Betriebe wiederum verschiedene Löhne für länger Beschäftigte und neu eingestellte Arbeitslose mit Zeitverträgen. Damit wäre tarifvertraglich

festgelegt, was durch die Arbeitslosenversicherung bereits als "zumutbar" betrieben wird: Wer keine Arbeit zu seinem früheren Lohn bekommt, muß schlechter bezahlte annehmen. Jüngere Facharbeiter oder angelernte Arbeiter, die arbeitslos sind, müssen oft Lohneinbußen von zwei Mark in der Stunde nach Arbeitslosigkeit hinnehmen. Haussmanns Vorschlag richtet sich gegen die Arbeiter in den

Löhne der schwer arbeitenden Frauen, Ausländer, Jugendlichen, angelernten und ungelernten Arbeiter weit unter das Existenzminimum zu drücken.

Graf Lambsdorff machte sich in besonderer Weise zum Fürsprecher Haussmanns. In einem Artikel in der Illustrierten "Quick" vom 16. April drohte er der Arbeiterbewegung:

"Wenn das Wort 'Solidarität' mit den Arbeitslosen' keine leere Phrase ist: jetzt ist es Zeit zu handeln. In einer freien Gesellschaft tun das die Tarifpartner selbst. Sie müssen es jetzt tun, bevor der Gesetzgeber eingreifen muß."

Das ist die dumpfe Ankündigung



Statt Festgeld für die unteren Lohngruppen will die FDP Öffnung der Tarife nach unten. Bild: Warnstreik der IG Metall, Stuttgart 1983

mittleren und untersten Lohngruppen. Wie niedrig die unterste Grenze des gesenkten Tariflohns sein soll, läßt sich aus Haussmanns Verweis auf den Sozialhilfesatz schließen: etwas mehr als 600.- DM für Alleinstehende, um 800.- DM für Arbeiter mit Familien. Ob und wie ein Arbeiter davon leben kann, interessiert Haussmann nicht.

Haussmann ist mit seinem Vorstoß nicht allein geblieben. Er hat die Unterstützung mindestens des gesamten FDP-Vorstandes. Führende FDP-Politiker griffen den Vorschlag auf und setzten nach. Am 10. April verlangte der FDP-Vorsitzende Bangemann in "Bild":

"Die niedrigen Lohngruppen müssen Abschied nehmen von überdurchschnittlichen Tarifsteigerungen ... In einigen Lohngruppen müssen auch mal Nullrunden hingenommen werden."

Die FDP wird also jede Anstrengung der Kapitalisten unterstützen, die

staatlicher Gewaltmaßnahmen gegen die Gewerkschaften. Wenn sie den Ansinnen der Kapitalisten nicht nachgeben, wird der Staat nachhelfen. Graf Lambsdorff hat den Haussmann-Vorstoß in einer achteiligen Serie in der "Bild" fortgeführt. Dort setzte er weitere Marken, wohin die Besitzlosen mit und ohne Arbeit gedrückt werden können und sollen:

"Zum Beispiel jetzt und hier, wenn ich die menschliche Arbeitskraft mit einer Ware vergleiche. Die kann doch nicht mit Käse gleichgesetzt werden, heißt es oft. Wirtschaftlich gesehen ist es aber so. Wenn ihnen als Hausfrau im Laden oder auf dem Wochenmarkt ein Stück Käse zu teuer ist, lassen sie es liegen. Genauso macht's der Arbeitgeber."

Lambsdorff trägt als Programm vor, was er einzeln bereits häufig gefordert hat: Die untersten Lohngruppen müssen niedriger werden; die

Nationalsozialisten zur Sozialversicherung und Sozialpolitik der Nationalsozialisten

In einer Darstellung der Geschichte deutscher Sozialpolitik jüngeren Datums wird darüber folgendes Urteil geäußert: "Abgesehen von dieser Anwendung an nationalsozialistische Organisations- und Verwaltungsgrundsätze (gemeint: die Beseitigung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, d. Verf.) war vielleicht das Bemerkenswerteste an der nationalsozialistischen Politik der sozialen Sicherung, daß es eine spezifisch nationalsozialistische Politik der sozialen Sicherung eigentlich nicht gab." (1)

Der sozialdemokratisch geprägte Begriff "sozialer Sicherung" ist zweifellos unglücklich in diesem Zusammenhang gewählt. Die vollständige Beseitigung dessen, was in der Weimarer Republik (noch) an Einrichtungen und Ansprüchen sozialer Sicherung bestand, die durch Zwang und Terror verwirklichte NS-Propaganda der "Volksgemeinschaft": Das ist nationalsozialistische Sozialpolitik. Die dafür maßgeblichen Kapitalinteressen wurden schon Jahre zuvor geäußert.

Dies wird am deutlichsten, wenn unter "sozialer Sicherung" kollektive Rechte verstanden werden wie z.B. Koalitions- und Streikrecht, Tarifvertrag, Versicherungsschutz usw. Brüningssche Notverordnungen hatten die Zwangsschlichtung eingeführt und sogar in laufende Tarifverträge zwecks Lohnkürzung um zehn bis fünfzehn Prozent eingegriffen. Mit dem Gesetz "zur Ordnung der nationalen Arbeit" vom 20. Januar 1934 erklärten die Nationalsozialisten die Tarif- und Schlichtungsordnung ebenso wie das Betriebsrätegesetz für komplett aufgehoben.

Die Unfallrenten waren schon von Brüning gekürzt und bei geringerer Schädigung beseitigt worden. Die Nationalsozialisten änderten das nicht. Mit steigender Beschäftigung stieg noch rascher die Zahl der den Berufsgenossenschaften gemeldeten Unfälle. Dies ist Folge der rücksichtslosen Antreiberei bei Ausdehnung der Arbeit auf dem Bau und in der Industrie. Aber die Zahl der Entschädigungen stieg bloß geringfügig: von 634 000 im Jahr 1932 auf 659 100 im Jahre 1938. Dies danken die Kapitalisten der Fortsetzung der Brüningsschen Entlastung durch die Nationalsozialisten.

Die Sozialrenten waren von Brüning prozentual gekürzt und teilweise gestrichen worden. Papen zog nach mit einer Kürzung der vom Reich zu zahlenden Grundbeträge. Ende 1933 leiteten die Nationalsozialisten die Überprüfung der Invali-

denrentner auf Arbeitsfähigkeit ein, "um die Versicherungsmoral zu stärken und den Rentenbestand zu säubern", erklärt ein Kommentar 1934.

Brüning und Nachfolger hatten den Krankenkassen verboten, mehr als die gesetzlich bestimmten Regelleistungen zu erbringen. Sie erweiterten Eigenbeteiligung, vertrauensärztliche Kontrollen, Karenztage und kürzten die Dauer der Krankengeldleistungen. Es dauerte bis 1938. Erst zu diesem Zeitpunkt hatten die Ausgaben je Versicherten etwa wieder das Niveau der Krankenkassenausgaben von 1929 erreicht, ohne daß die gesetzlich verordneten Beschränkungen zu diesem Zeitpunkt etwa aufgehoben worden wären.

Eine wesentliche Bedingung dieser rigorosen Beschränkung von Versicherungsleistungen waren zwei Gesetze, die der Selbstverwaltung der Sozialversicherung den Garaus machten: erstens die Gesetze vom 7. April 1934 ("Wiederherstellung des Berufsbeamtentums") und 15. Mai 1933 ("Ehrenämter in der Sozialversicherung und der Reichsversorgung"). Mittels dieser Gesetze fand eine Säuberung des Beamtenapparats auch in den Sozialversicherungen statt (so wurden ca. 10% der Krankenkassengestellten entlassen) und auch die überwiegend sozialdemokratischen Vertreter der abhängig Beschäftigten in den Selbstverwaltungsorganen wurden Säuberungsziel. Zweitens folgte das "Gesetz über den Aufbau der Sozialversicherung" vom 5. Juli 1934. Mit diesem Gesetz wurde die bereits durch Brüningssche Notverordnung auf Ermessensbeurteilungen ausgedehnte staatliche Aufsicht vollendet: Die Selbstverwaltungsgremien der Sozialversicherungen wurden aufgelöst und ihre Einrichtungen den staatlichen Leitern der Aufsichtsämter direkt unterstellt.

Die Kürzung der Unfallrenten wurde 1939, Kürzungen in den anderen Versicherungszweigen erst zum Zeitpunkt des Überfalls auf die Sowjetunion zurückgenommen. Jedoch wurden keineswegs die Beiträge bzw. Lohnabzüge zu den (früheren) Sozialversicherungen gegenüber dem Niveau abgesenkt, das diese in der Depressionsphase erreicht hatten. So betrug beispielsweise der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung 6,5% im Jahre 1932 und dabei blieb es auch, obwohl bald überhaupt keine Arbeitslosengelder mehr gezahlt wurden. So ist verständlich, daß die Einnahmen aus Lohnabzügen recht schnell stiegen, während die Ausgaben auch im Verhältnis zu 1929 bloß auf etwa zwei Drittel anstiegen. Damit waren alle Bedingungen vorhanden, diese Kassen der Fi-

nanzierung von Expansion und Rüstung zu erschließen. Eine Anwartschaftsdeckung der Rentenvermögen sei nicht mehr erforderlich, da jetzt "die Volksgemeinschaft" garantierte, also wurden die Landesversicherungsanstalten verpflichtet, alle Finanzmittel in Brief- und Schuldbuchforderungen des Reiches anzulegen. Ein Teil der Einnahmen aus Beiträgen für die Arbeitslosenversicherung wurde abgezweigt und über die Rentenkasse in den Reichshaushalt eingebracht, die übrigen Mittel wurden verwendet für Autobahnbau, Kinderbeihilfen "sowie Mittel für sonstige staatspolitisch wichtige Aufgaben des Reiches. Was dann noch an Überschüssen verblieb, wurde an das Reich zur Deckung allgemeiner Reichsausgaben abgeführt ... In Wirklichkeit wurde ihr Beitragsaufkommen wie eine Steuer für den Reichshaushalt behandelt und eingezogen." (2)

Um "den Führer, der die Arbeitslosen von der Straße geholt hat", wurden und werden Legenden gestrickt (3), jedoch steht fest, daß die hier geschilderte Politik bei Aufrechterhaltung eines elenden Lohnniveaus bloß durch Zwang und Terror gegen die Arbeiter ermöglicht wurde. Selbst die "Deutsche Arbeitsfront" DAF, gegründet als Unternehmen gegen den Klassenkampf des Proletariats, wird in ihren Kompetenzen begrenzt auf Propagandaunternehmen wie "Kraft durch Freude", "Winterhilfe" oder die Gründung der "Volkswagenwerke-AG". Für die Gewinnerwartungen des Monopolkapitals wird die Aufrechterhaltung des Hungerlohnlevels der Weltwirtschaftskrise zu einer wichtigen Frage. Schon 1936, also Jahre vor Kriegseintritt, droht Göring zu Beginn des "Vierjahresplans" zur Herstellung der Kriegsfähigkeit im Berliner Sportpalast und verlangt Opfer: "Um das Werk zu vollenden, können wir im Augenblick das Lohnniveau nicht erhöhen; es ist unmöglich ... Und so wie es die Aufgabe der vom Staate eingesetzten Treuhänder ist, unter allen Umständen in den Lohnfragen führend zu sein und auszugleichen, für den Betrieb und seine Ruhe verantwortlich zu sein, so hat die Deutsche Arbeitsfront sich mit ihrer ganzen mächtigen Organisation leidenschaftlich in den Dienst dieses Planes zu stellen ..." (4)

Quellenhinweis: (1) V. Hentschel, Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1880-1980, Frankfurt/Main 1983; (2) L. Zumpe, Wirtschaft und Staat im Imperialismus, Berlin 1976; (3) F. Syrup-Neuloh, 100 Jahre staatliche Sozialpolitik 1839-1939, Stuttgart 1957; (4) T. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1975

Renten dürfen nur "wenig" erhöht werden; bei den Krankheitskosten muß die "prozentuale Selbstbeteiligung" eingeführt werden, um die Beiträge der Kapitalisten zu den Sozialversicherungen zu senken; Abfindungen bei Entlassungen müssen niedriger sein; Zeitverträge müssen ausgedehnt werden. 300000 könnten sofort "Arbeit" finden, wenn das Ladenschlußgesetz gelockert und die Bauvorschriften "entbürokratisiert" werden; Schwarzarbeit soll nicht polizeilich verfolgt, sondern durch Steuersenkungen überflüssig werden, Samstags- und Sonntagsarbeit bei Vier-Tage-Woche ohne Lohnausgleich erlaubt und üblich werden.

Der Graf wirft in die öffentliche Diskussion: Die Kapitalisten sollen die Ware Arbeitskraft gebrauchen können wie eine Sache, wie ein Nahrungsmittel – Käse –, von dem sie das Beste verspeisen und den Rest wegwerfen. Wer wenig hat, soll noch weniger haben, wer krank ist, seine Krankheit selbst bezahlen, der Versicherungsschutz bei Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit soll weitgehend aufgelöst, "bürokratische" Sicherheitsvorschriften sollen beseitigt werden, Anspruch auf Nachtruhe, Erholungs- und Bildungszeiten soll in den unteren Lohngruppen keiner mehr haben.

Mobilisierung der "Leistungselite"

Die FDP richtet sich mit ihren Vorschlägen nicht an die Gewerkschaften und die Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen, die sich der Schinderei zu Niedriglöhnen unterwerfen sollen. Die FDP will vielmehr diejenigen sammeln und ermutigen, die materielle Vorteile von brutaler Schinderei der Arbeiter gewinnen oder sich erhoffen können: Kapitalisten, leitende Angestellte, bessere Verwaltungsangestellte, Universitätsprofessoren. Sie können höhere Profite, höhere Beteiligung am Profit und z.B. die Erleichterung ihres Lebenswandels durch Dienstboten, die unter solchen Umständen auch für den Professor bezahlbar werden, erwarten.

Der frühere FDP-Vorsitzende Genscher faßte die Ziele, für die die FDP mobilisieren will, vor einer Versammlung von Bankiers in Bielefeld zusammen:

"Die Leitworte, die die Zukunftsdiskussion prägen ... heißen:

Weniger Staat und weniger Bürokratie; Dezentralisierung; mehr Eigenverantwortung" – und die will Genscher im Sinne der von Haussmann, Bangemann und Graf Lambsdorff vorgetragenen Angriffe auf die Lebensumstände der Arbeiter verstanden wissen. Die Kapitalisten und ihren Anhang ermuntert er: "Unternehmergeist und Risikobereitschaft; Vertrauen auf die Initiative und die Kreativität des Einzelnen; Anerkennung der Leistung und Anerkennung von Lei-

stungs- und Verantwortungselite in ihrer unentbehrlichen Rolle für das Wohlergehen des Ganzen." Wo sollen sich die geforderten Eigenschaften bilden können außer bei Leuten, die Kapitalisten, Teilhaber an Kapital oder wenigstens berechtigt auf Teilhabe an Kapital Hoffende sind, die von Konkurrenzkampf und Vernichtung des Konkurrenten überhaupt Vorteile erwarten können? Besitzlose Arbeiter können ihren Interessen nicht anders als kollektiv Geltung verschaffen. Wo die "Unentbehrlichkeit" von Elite anerkannt sein soll – und sich auch unbedingt "lohnen" soll, d.h. entweder in Profit oder Beteiligung daran niederschlagen muß –, muß auch das Gegenteil vorhanden sein, die "Nichtelite". Sie darf keinen Führungsanspruch in der Gesellschaft erheben, sondern sie muß arbeiten.

Entsprechend den von Genscher formulierten "Leitworten" führt die FDP eine Kampagne gegen die "Gleichmacherei". Der FDP-Vorsitzende Bangemann schreibt in seinem jüngst erschienenen Buch "Kurs 87":

"Heute aber wird das Ideal der Gleichheit mißverstanden als Forderung nach Aufhebung jeder Ungleichheit zwischen Menschen. Es ist nicht mehr die notwendige Aufhebung ungleicher Chancen, es erstrebt die Auflösung qualitativer Unterschiede und damit das Ende Individuums. Deshalb stehen wir vor der historischen Entscheidung, ob wir Gleichheit opfern müssen, um mehr Freiheit zu gewinnen. Freiheit und Gleichheit sind widersprüchliche Forderungen geworden.

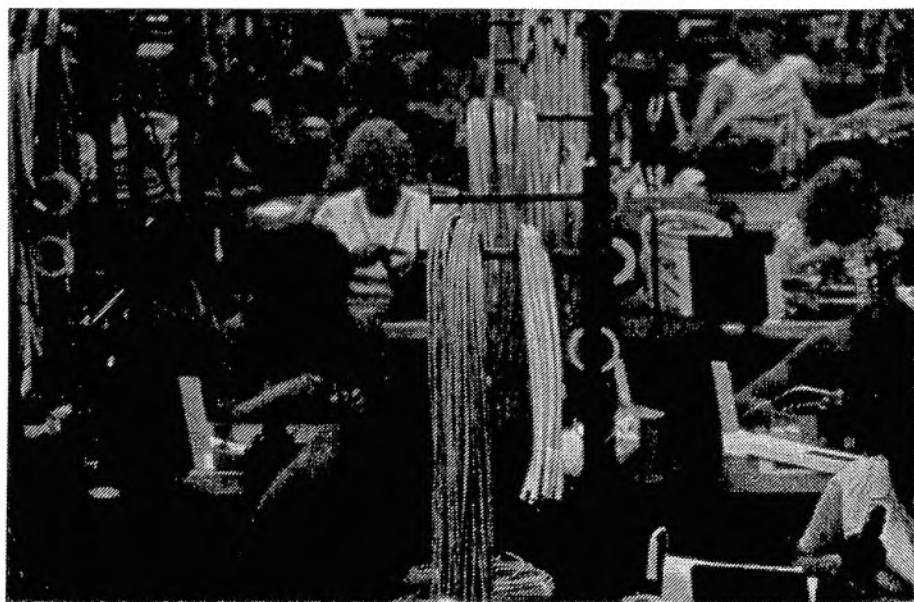
In dieser Lage entscheidet sich der Liberale – und nicht nur im Zweifel – für die Freiheit."

Das ist eine eindeutige Ablehnung aller kollektiven Absicherungen. Ob Gewerkschaften, Sozialversicherungen oder Mindestlöhne und Mindestar-

beitsbedingungen – alle Bestimmungen, die die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt dämpfen und die Möglichkeiten der Arbeiter für den gemeinsamen Kampf gegen die Kapitalisten erleichtern, will die FDP unter dem Vorwurf der "Gleichmacherei" aus dem Weg räumen.

Die FDP knüpft an faschistische Vorbilder an

Was unterscheidet die von der FDP vorgetragenen Angriffe auf das Leben der Arbeiter noch von den Maßnahmen der Faschisten? Die faschistische Regierung wandte Zwangsmaßnahmen gegen die Arbeiter und blutigen Terror an, denn in den Jahren vor dem Machtantritt der Faschisten hatte sich erwiesen, daß die Kapitalisten allein die Organisationen und den kollektiven Widerstand der Arbeiter nicht brechen konnte. 1933 hob die Reichsregierung auf Drängen der Kapitalisten die zwischen den nunmehr verbotenen ADGB-Gewerkschaften und Kapitalistenverbänden geschlossenen Lohntarife auf und überführte sie als Mindestlöhne in das Tarifgesetz. Die Faschisten haben die gesetzlichen Mindestlöhne nie erhöht, stattdessen waren die staatlich bestellten Reichstreuhänder der Arbeit ermächtigt, einzelne Arbeiter, Betriebsteile und Betriebe aus der Tarifordnung herauszunehmen. Die Kapitalisten, erhielten das Recht, die Löhne und die Arbeitsdauer nach ihren "betrieblichen" Notwendigkeiten zu gestalten. Staatliche Eingriffe und Hilfe verlangten und erhielten die Kapitalisten, wenn die Gefahr bestand, daß die Arbeiter den Arbeitsmarkt nutzen konnten, um ihre Löhne zu erhöhen. Sobald die Versuche, die elenden Lebensverhältnisse durch Arbeitsplatzwechsel zu verbessern, zunahmen, führte die Reichsregierung förmliche Verbote ein, bestimmte Arbeitsplät-



Frauenschinderei bei Nixdorf: Billige Arbeit schütze vor Rationalisierung, behauptet die FDP.

ze, wie z.B. in der Rüstungsindustrie und in der Landwirtschaft, zu wechseln, bzw. zog Zwangsarbeiter in solche Branchen ein.

Auch mit der Propaganda der "Leistungsgesellschaft" knüpft die FDP teilweise an faschistische Grundsätze an. Die Verordnung über "Wesen und Ziel der Deutschen Arbeitsfront", der faschistischen Einheitsorganisation von Arbeitern und Kapitalisten, hielt fest:



Billigste Arbeitskräfte: Zwangsarbeiter in der faschistischen Rüstungsindustrie.

"§ 2. Das Ziel der Deutschen Arbeitsfront ist die Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft aller Deutschen. Sie hat dafür zu sorgen, daß jeder einzelne seinen Platz im wirtschaftlichen Leben der Nation in der geistigen und körperlichen Verfassung einnehmen kann, die ihn zur höchsten Leistung befähigt und damit den größten Nutzen für die Volksgemeinschaft gewährleistet..."

Obgleich die FDP für die ungehemmte Ausbeutung der Arbeiter eintritt, hält sie in an dem liberalen Grundsatz fest, daß die Freiheit der Person gegen staatliche Eingriffe gewahrt bleiben muß. Aber ihre Mobilisierung der "Leistungselite", ihr Eintreten für elende Lebensverhältnisse der Arbeiter, der "Unterklasse", fördert die Bildung eines reaktionären, faschistischen Bündnisses gegen die Arbeiter. Graf Lambsdorffs Drohungen, die Staatsgewalt gegen die Gewerkschaften in Gang zu setzen, und Dahrendorffs Vorschläge für arbeitsdienstähnliche Maßnahmen (s. Kasten) weisen darauf hin, daß in der FDP Kräfte vorhanden sind, die willens sind, traditionelle liberale Schranken zu beseitigen.

Quellenhinweis: Martin Bangemann, Kurs '87, Auf die F.D.P. kommt es an, Stuttgart, Herford 1985; Bild v. 10.4.-8.5.85; fdk-Pressedienst der FDP Ausgaben 90-161/85; Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes v. 26.4.85; T.W. Mason, Sozialpolitik im Dritten Reich, Opladen 1977 — (uld, haj, rül)

Die liberale Ordnung des Prof. Dahrendorf

Der Soziologieprofessor Ralf Dahrendorf war 1968 bis 1974 Vorstandsmitglied der FDP, 1969/70 Staatsminister im Auswärtigen Amt, danach EG-Kommissar, dann acht Jahre Leiter einer Londoner Hochschule. Seit 1982 ist er Leiter der Friedrich-Naumann-Stiftung, seit 1984 Mitglied der Programmkommission der FDP. In diesem Amt hat Dahrendorf ein Taschenbuch herausgegeben, das wegen seiner teilweise bruchlos an faschistische Grundsätze anknüpfenden Propaganda unbedingt stärker bekanntgemacht und kritisiert gehört.

"Wohnhochhäuser nein — Fußgängerzonen ja; Startbahn West nein — Schwellen in Wohnstraßen, die zum langsamen Fahren zwingen, ja; Motorboote auf Binnenseen nein — öffentliche Spazierwege an See- und Flußufern ja", mit solchen "ökologischen" Forderungen versucht er darin zunächst, unter seinem Publikum den Eindruck zu erwecken, die FDP übernehme grüne Kritiken des Kapitalismus. Dann aber folgt der liberale "Sachverstand": Wahrer Ökologismus sei nur mit "wirtschaftlichem Sachverstand" zu erreichen, und dieser gebiete: "Wirtschaftspolitik muß vernünftig, dogmenfrei und mit einem einzigen Ziel verfolgt werden: die Wirtschaft soll funktionieren."

Diese Forderung nach Unterordnung aller unter den "Sachverstand" der Kapitalisten und das "Funktionieren" ihrer Wirtschaft hat weitreichende Folgen. Denn der Sachverstand der Kapitalisten und des Prof. Dahrendorf hat ausgemacht: Die "enorme Steigerung der Reallöhne in den letzten Jahrzehnten" muß ein Ende haben, bis zum Jahr 2000 müssen die Einkommen von "manchen" "eher etwas sinken". Wie tief? Jedenfalls tiefer, als mit einem anständigen Leben vereinbar ist. Wer fordert, "daß ein Mindesteinkommen für alle garantiert sein muß, das ein anständiges Leben erlaubt", betreibt schädlichste "Gleichmacherei". Und diese müsse überwunden werden.

Dieses Ziel vor Augen, propagiert er sodann so ziemlich jede Abscheulichkeit, die die Kapitalisten gegenüber den Lohnabhängigen schon erreicht haben oder planen, als Verwirklichung liberaler Grundsätze. Die "Schattenwirtschaft" — also die Ausbeutung von Lohnabhängigen bei Verweigerung von Sozialversicherung und Arbeitsschutz — ist für ihn "ein wahres Dokument der Liberalität", die "flexible Arbeitszeit" eine "Humanisierung der Arbeitswelt", Bildung muß stärker "talentbezogen" werden, Heimarbeit ist eine "neue Form der Selbständigkeit", der "So-

zialstaat" dagegen ein "Faß ohne Boden".

Genauso schrankenlos, wie sich die Gier der Kapitalisten im Innern der BRD entfalten soll, genauso entschieden verlangt Dahrendorf ihre Durchsetzung nach außen. An die Stelle einer von den "beiden Supermächten" dominierten Welt sei längst eine "große Weltunordnung" getreten, "in der jeder jedes anderen Wolf ist", stellt er fest, um dann das ordnende Eingreifen "Europas" zu verlangen: "Europa muß bestimmte Fragen gleichsam stellvertretend für eine unordentliche Welt beantworten". Und wer ordnet Europa? Der Liberalismus müsse "Deutschlands europäische Mission" verwirklichen helfen, erfährt man. Kein Zweifel, wer hier berufen ist, Ordnung zu schaffen, zuerst in Europa und dann in der Welt.

Selbst vor der Propagierung des faschistischen Arbeitsdienstes schreckt er nicht zurück. Auf die selbstgestellte Frage: "Wer tut, was niemand tun will? Wer also tut die Drecksarbeit?" antwortet der liberale Professor kühl:

"Hier ist der Punkt, an dem es mir nötig erscheint, die Frage eines allgemeinen Sozialdienstes zu erwägen." Dieser "sollte ... nicht mit dem Hinweis auf unselige Erfahrungen mit dem paramilitärischen Reichsarbeitsdienst einfach zu den Akten gelegt werden. Ein allgemeiner Sozialdienst wäre unter allen denkbaren Gesichtspunkten besser, als ... Gastarbeiter als geliehenes Proletariat ins Land zu holen."

Irgendwelche Bedenken, dieses Programm verstoße gegen liberale Prinzipien, wischt Dahrendorf beiseite. Reichsarbeitsdienst und Versklavung der Lohnabhängigen sind mit liberalen Prinzipien durchaus vereinbar, ist seine These. Dahrendorf wörtlich: Elementare Menschenrechte sind solche Rechte, die "keine sozialen Voraussetzungen haben". Die einzigen Menschenrechte, auf deren Einhaltung Liberale zu achten haben, sind deshalb der "Schutz vor Willkür", das "Recht auf einen fairen Prozeß" und die "Meinungsfreiheit". Ausdrücklich nicht zu den Menschenrechten gehören dagegen: "das Recht auf Gemeinschaftshilfe bei unverschuldeter Not oder das Recht auf eine angemessene Versorgung bei Krankheit oder das Recht auf Bildung" — oder eben, siehe oben, das Recht auf freien Verkauf der Arbeitskraft. Dahrendorfs zynischer Schlußkommentar zum Thema Menschenrechte: "Armut ist keine Verletzung von Menschenrechten".

Quellenhinweis: Ralf Dahrendorf, Die Chancen der Krise, Knauer Taschenbuch, 1983, 8,80 DM



Kohl in die Türkei

Vom 9. bis 12. Juli reist Kohl in die Türkei. Dort wird er u.a. über eine Erhöhung der westdeutschen Militärhilfe verhandeln. Türkischen Zeitungen zufolge wünscht die Regierung Özal eine Erhöhung der westdeutschen Militärhilfe von 130 auf 400 Mio. DM. Auch auf anderen Gebieten will Kohl die "deutsch-türkischen Beziehungen"

festigen. Schon jetzt ist die Türkei für westdeutsche Kapitalisten ein wichtiger Absatzmarkt, Lieferant von billigen Rohstoffen und ein bedeutendes Kapitalanlagegebiet, das es zu sichern und enger an die BRD zu binden gilt. Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung den westdeutschen Einfluß in der Türkei erhöhen, welche Forderungen stellt sie an die türkische Regierung?

Programm der philippinischen Revolution

Das Marcos-Regime, Repräsentant der philippinischen Kompradorenbourgeoisie und der USA, hat die Kontrolle über das Land verloren. Teile des Inselreiches sind von der kommunistischen Neuen Volksarmee befreit. In den Städten reißen Streiks und Demonstrationen gegen das Regime, organisiert von der Nationalen Demokratischen Front, nicht ab. Die USA, besorgt um ihre größten Militärbasen im Pazifik und die US-Investitionen im Land, sind auf der Suche nach einer "demokratischen Alternative". Mit welchem Programm wollen die philippinischen Revolutionäre die US-Marcos-Diktatur zerschlagen und gleichzeitig jeder Scheinlösung begegnen?



Punks gegen Reaktionäre

Preetz: Beschauliche 15000 Einwohner zählende Kleinstadt in Schleswig-Holstein. Das Image einer konfliktlosen Gemeinschaft von Bürgern ist Geschäftsgrundlage für den Fremdenverkehr und die ansässige Mittelschicht. Diese spießbürgerliche Idylle wird durch Punks und andere Jugendliche abgelehnt. Sie passen sich nicht

an. Sie kämpfen gegen Neofaschisten und Reaktionäre. Polizei, Sozialamt, Schulbehörde und ein Teil der Eltern verfolgen sie deshalb. Ihre Lebensumstände sind sehr schwierig. Warum hassen diese Jugendlichen die Faschisten? Welche Hoffnungen und Wünsche haben sie? Finden sie bei fortschrittlichen und antifaschistischen Organisationen Unterstützung?

Forschungspolitik der Reaktion

Seit ihrem Amtsantritt fordert und betreibt die konservativ-liberale Bundesregierung eine Neuausrichtung der Forschungs- und Technologiepolitik. Ein "forschungsfreundliches Klima" soll in der BRD geschaffen werden. Das Riesenhuber-Ministerium will dafür "günstige und verlässliche Rahmenbedingungen" schaffen, "einen Orientierungsrahmen, in dem sich Privatinitiative und unternehmerische Eigenverantwortung voll entfalten..." Das Ziel ihrer Politik formuliert die Bundesregierung in ihrem im letzten Jahr veröffentlichten Forschungsbericht so: "Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit auf den umkämpften Weltmärkten".



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76
Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen:

Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 42,90 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 85,80 DM (13 bzw. 26 mal Politische Berichte zu 2,50 DM plus Portopauschale von 0,80 DM je Lieferung). Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 0,80 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
5000 Köln 1, Kamekestr. 19

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Pritzwalkerstr. 10, 1000 Westberlin 21

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover

BWK Nordrhein-Westfalen
Kamekestr. 19, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
M2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40
Bestellungen für Politische Berichte wegen der Lokalbeilagen bitte an die Anschrift im jeweiligen Bundesland richten.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Spezialberichte, Sozialstatistik: Alfred Küstler.
Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.